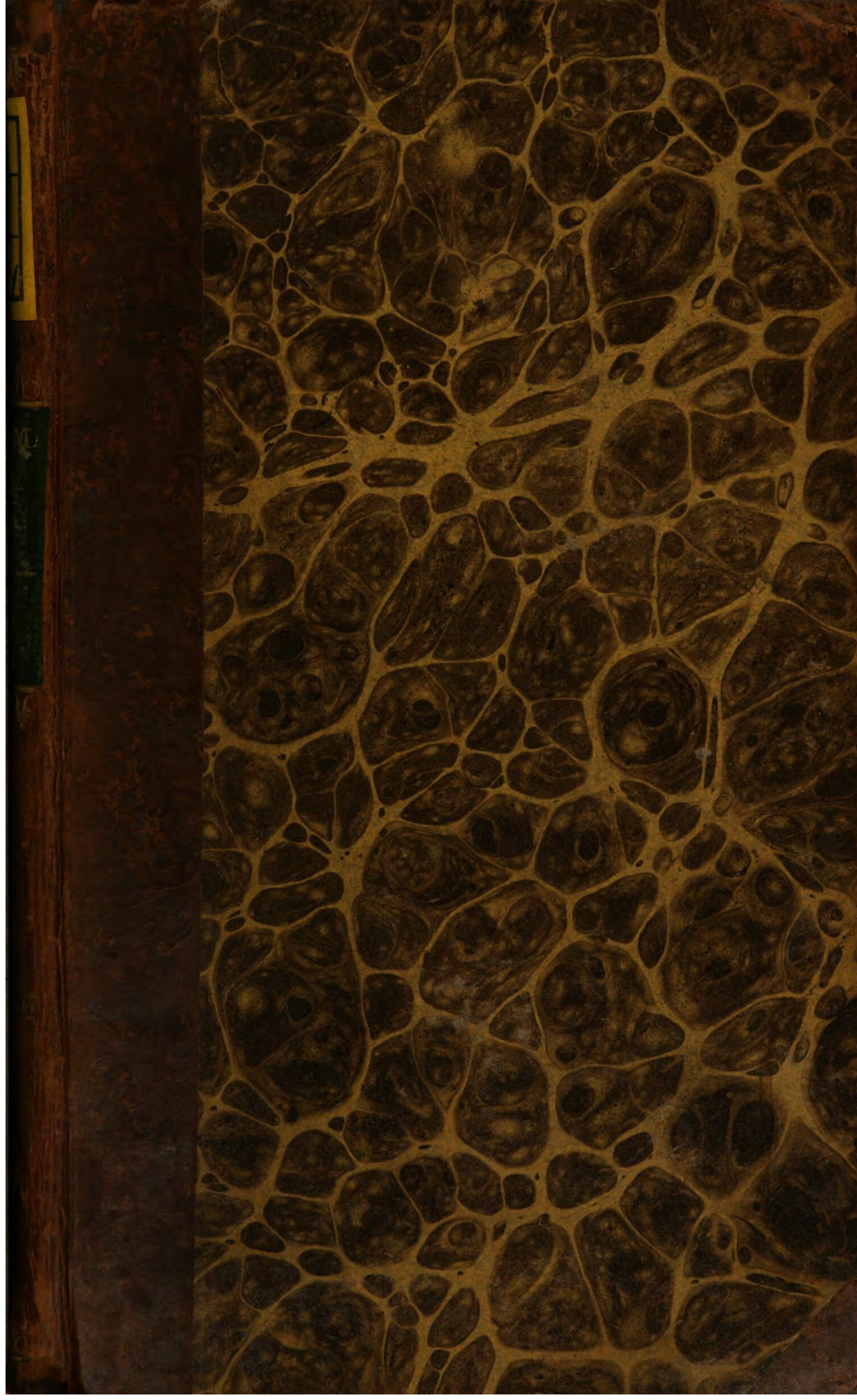




NOTICE

TO THE

READERS

OF THE

LIBRARY

OF THE

UNIVERSITY

OF TORONTO

AND

THE

LIBRARY

OF THE

OF THE

OF THE

Ph. Fr. 420nd - 1

Eschenmayer

R

172
N o r m a l - R e c h t.

E r s t e r T h e i l.

F u n d a m e n t a l - S ä t z e.

V o n

C. A. Eschenmayer,

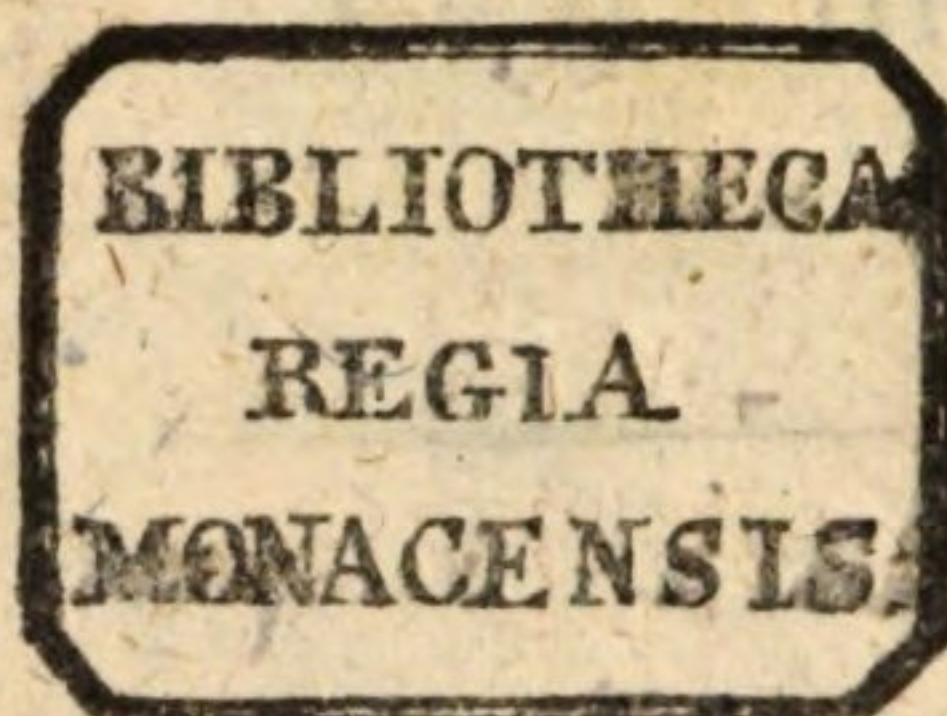
Professor in Tübingen.

Stuttgart und Tübingen,

in der J. G. Cotta'schen Buchhandlung.

1 8 1 9.

98 B



V o r r e d e.

Der Verfasser sollte sich eigentlich gegen das Publikum entschuldigen, daß er seit einigen Jahren mehrere Werke verschiedenen Inhalts schnell aufeinander folgen läßt, als ob er beeilt wäre, seine Weisheit zu Märkte zu tragen, wenn es überhaupt einer Rechtfertigung bedürfte, die Stimme des wissenschaftlichen Berufs auch ausser den Hörsälen vernehmen zu lassen, und einem weitem Kreise von Lesern zur Beurtheilung zu übertragen. Was die Eile betrifft, so ist sie nur scheinbar; denn den Maasstab, den er sich seit

20 Jahren aus der Philosophie bildete, auf einzelne Richtungen und Gebiete des menschlichen Geistes anlegen, kann man nicht als Eilfertigkeit ansehen. Der Maasstab selbst ist an den ältern Systemen (besonders Plato) und an den neuern (Kant, Fichte, Schelling u. a.) geprüft und geläutert, und der Verf. gesteht frei, daß er für die gegenwärtige philosophische Epoche denselben wohl noch mehr berichtigen, aber keinen andern sich aneignen könnte. Der Verfasser hat seinen philosophischen Ansichten seine Psychologie vorangeschickt; in ihr ist auch dieser Maasstab für alle einzelne Richtungen niedergelegt, und obgleich es scheinen könnte, daß der vielfache Stoff, den er daselbst behandelte, nur wieder mehrere Prinzipien erfordere, so glaubt er doch durch denselben zur Vereinfachung aller Grundlehren beigetragen zu haben. Den Kritikern, welche über diese Psychologie erschienen sind, und erscheinen dürften, wird der Verf. nie ein Wort

zur Haltbarkeit oder Rechtfertigung entgegensetzen, sich tröstend mit dem Spruch des Weisen: „Ist etwas Wahres daran, so wird's bestehen, ist es falsch und irrig, so mag's untergehen.“ Die Systeme haben ihr Geschick, wie die Angelegenheiten der Menschen, und mit diesem läßt sich nicht rechten. Indessen wünschte er, daß seine Psychologie zuvörderst nicht so wohl aus ihren innern Fundamenten, die in ihren Abweichungen mit den angeeigneten Systemen der Kritiker, wie er wohl einsieht, einen zu großen Kontrast bilden können, beurtheilt würde, als vielmehr aus ihrer Fruchtbarkeit und ihrem Uebertragen auf die besondere Richtungen des menschlichen Geistes, die er in seiner Moralphilosophie, Religionsphilosophie und nun auch in dem Natur- oder Normal-Recht anschaulich machen wollte. Eines ist hier der Prüfstein für das andere; Sind die Ableitungen falsch und irrig, so ist es auch das Fundament, aus dem sie genommen sind; sind sie wahr und

haben Bestand, so muß auch ihr Fundament gelten, und dann erst wünschte er die Aufmerksamkeit auf dasselbe gewandt.

Was das Normalrecht betrifft, so gesellt sich gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt zu dem wissenschaftlichen Interesse noch der besondere Aufruf, der für Verfassung und Recht durchs ganze deutsche Vaterland sich hören läßt. War bisher ein zahlloses Heer von Zeitschriften beschäftigt, diese Angelegenheit in einzelnen Puncten zu debattiren, so mag es sich wohl auch der Mühe lohnen, sie im Ganzen aufzufassen, und unter den allgemeinen Gesichtspunct des Normalrechts zu stellen. Verfassung und Naturrecht leihen einander gemeinschaftliche Kräfte. Jene muß einer schulgerechten Deduction aus den Prinzipien von diesem fähig seyn, und dieses muß von jener neue Rechte und neue Ansichten aufnehmen, und dadurch einen vollern Gehalt und eine größere Bündigkeit gewinnen.

Wir hören von vielen Rechtsgelehrten die Beschuldigung, daß das Naturrecht der positiven Gesetzgebung noch wenig genützt habe, und daß es überhaupt im Zweifel stehe, ob die Rechtswissenschaft aus der spekulativen Philosophie jemals einen realen Gewinn ziehen werde. Sie sagen: „— die Rechtsphilosophie sey von ganz anderer Art; Jedes Volk müsse sich aus seinen Elementen entwickeln und werde für seine sociale Verhältnisse eine bestimmte Tendenz suchen. Daraus bilde sich allmählig von selbst ein Rechtszustand, der dem Karakter, den Sitten, Gebräuchen und Gewohnheiten des Volks am besten anpasse; die Weisheit des Gesetzgebers habe dann weiters nichts zu thun, als alle die verschiedene Richtungen zur Einheit zu bringen, und das Einzelne mit dem Ganzen auszugleichen. Dazu aber bedürfe man keines spekulativen Naturrechts, das doch die sociale Verhältnisse in ihrer Eigenthümlichkeit nie auffassen könne; vielmehr sey das

Studium der Rechtsquellen zu empfehlen, welche aus der Socialität hervorrinnend sich selbst zu einem stetigen Flusse bildeten, welcher dann als Rechtsstrom jedem Einzelnen zu freier Bewegung diene.“

Diesem Raisonnement halte ich zuvörderst nur folgende Fragen entgegen, welche ihre Lösung im Werke selbst erhalten werden;

Haben sich die sociale Verhältnisse des Volks wirklich frei entwickelt? Hat nicht die Willkür sehr oft das Gesetz und die Gewalt das Recht geschaffen? Ist die Feudalverfassung, die Staatsverfassung mit ihren vielen Hoheitsrechten, die Kirchenverfassung aus einer freien Entwicklung des Volks hervorgegangen? Hat nicht der alte Aristokratismus überall, wo er konnte, nur für sich die Rechtsnormen regulirt, und die Rechtsgleichheit aufgehoben? Gibt es keine natürliche Ansprüche der Persönlichkeit, die jeder Mensch im Staate machen kann, und welche, weil die

vernünftige Natur des Menschen früher ist, als aller Besitz und Erwerb, auch allen erworbenen Rechten vorausgehen? Gibt es nicht ein ewiges Recht in der Brust des Menschen, das unabhängig ist von Klima, Gebräuchen, Gewohnheiten, Politik und Staatsformen? Sind die Dokumente dieses ungeschriebenen Rechts etwa später, als die dem Nothstand der Menschen aufgedrungene Kontrakte? Sind die vielerlei Lokal-, Provinzial- und Gewohnheits-Rechte nicht vielmehr Hemmungen des einzig — wahren Rechts? Sind die vielerlei Zumischungen von Gebrauch, Sitte, Kultur und Politik zum Recht nicht vielmehr Trübungen desselben?

Diese Fragen sind Gegenstände der wahren Rechtsphilosophie. Sie hat eben jene Trübungen und Hemmungen von dem, was an sich Recht ist, abzusondern, und dabei weder auf Zeit noch Ort zu sehen. Die subjectiven Rechtsquellen, die unversiegbar in der menschlichen Vernunft

fließen, nicht die objectiven, die eben durch jene fremdartige Zuflüsse sich trübten, sind es, welche das Normalrecht aufsucht und öffnet. Möge dieses Werk ein Beitrag zu Lösung dieser Fragen seyn!

Was der Verfasser andern Naturrechtslehrern verdankt, und von denselben benützt hat, hat er nicht immer namhaft gemacht, möge man dieß nicht als ein Nichtanerkennen fremden Verdienstes ihm zurechnen!

In n h a l t.

	Seite
Einleitung. Geschichtliche und andere Bemerkungen	3 — 40
Was nannte man früher Naturrecht	40 — 47
Was nennt man heut zu Tage Naturrecht und wie sollte man es nennen?	48 — 50
Die Eintheilung des Naturrechts	50 — 56
Nutzen des Naturrechts	56 — 60
Erster Theil. Fundamental-Begriffe und Sätze.	
Erste Abtheilung. Philosophische Entwicklung des Rechts.	
Erster Abschnitt. Unterschied zwischen innerer und äußerer Freiheit.	§. 1 — 4.

Zweiter Abschnitt. Grundsätze, die
aus der Rechtsidee abstammen . §. 5 — 10.

Dritter Abschnitt. Entwicklung der
Kategorien der Normalidee des Rechts §. 11 — 13.

Vierter Abschnitt. Darstellung des
Rechtsprinzips aus der Rechtsidee . §. 14 — 16.

Fünfter Abschnitt. Ableitung der
Rechte aus dem aufgestellten Rechts-
prinzip §. 17 — 24.

Sechster Abschnitt. Angränzungen
und Verwandtschaften anderer Verhält-
nisse mit dem Rechtsverhältniß.

- A. Das sittliche Verhältniß . . . §. 25 — 27.
- B. Politisches Verhältniß . . . §. 28.
- C. Sinnlich - physisches Verhältniß . . §. 29.
- D. Religiöses Verhältniß . . . §. 30.

Zweite Abtheilung. Geschichtliche Ent-
wicklung des Rechtsbegriffs mit Rück-
sicht auf die philosophische.

Erstes Hauptstück.

Erster Abschnitt. . . . §. 31 — 33.

Zweiter Abschnitt. . . . §. 34 — 38.

Zweites Hauptstück.

Erster Abschnitt. . . . §. 39 — 43.

Zweiter Abschnitt. . . . §. 44 — 47.

Dritte Abtheilung.

Erstes Hauptstück. §. 48.

Erster Abschnitt. Von den angeborenen Rechten.

A. Recht des Lebensunterhalts. §. 49.

B. Recht der Ansiedlung §. 50—53.

C. Recht der Selbstvertheidigung §. 54.

Zweiter Abschnitt. Von den wesentlichen Rechten.

A. Das Recht der persönlichen Freiheit §. 55.

B. Das Recht der persönlichen Gleichheit §. 56.

C. Das Recht der persönlichen Sicherheit §. 57—58.

Zweites Hauptstück.

Erster Abschnitt. Von den erworbenen Rechten §. 59—60.

Von dem Verhältniß der erworbenen Rechte zu den wesentlichen §. 61—68.

Zweiter Abschnitt. Von den zufälligen Rechten §. 69—72.

Dritter Abschnitt. Von den Verunftrachten §. 73—76.

A. Revision aller alten Gesetze und Rechte	§. 77.
B. Oeffentlichkeit	§. 78.
C. Oeffentliche Meinung	§. 79.
D. Censurfreiheit	§. 80.
E. Schule und Kirche	§. 81 — 82.
F. Verfassung	§. 83 — 86.
Vergleichung der aufgezählten Rechte.	§. 87 — 94.

E i n l e i t u n g.

Die Geschichte jeder Wissenschaft hat einen eigenthümlichen Reiz für den Philosophen, weil, wenn er einmal die Entwicklung der Menschheit ihrer geistigen Seite nach in einem Plane aufgefaßt hat, er immer suchen wird, jedes Wissen als Exponent oder Coëfficient in denselben einzutragen. Die wissenschaftliche Entwicklung des menschlichen Geistes ist keineswegs bloß Sache des Geschickes oder auch der Willkühr der Menschen, sondern vielmehr eines Evolutionsgesetzes, dem der Mensch vergeblich zu entrinnen suchen würde. Jedes Wissen hat in der Menschheit seine Keime, sein Wachsthum, seine Blüthe, seine Frucht und, ich möchte sagen, seine Zeit des Genusses und des guten Verbräuchs. Wie mannigfaltig alle die Richtungen des Geistes ineinandergreifen, lehrt uns die Gestalt jedes Jahrhunderts. Immer werden wir sehen, daß irgend eine Richtung des menschlichen Geistes in jedem Jahrhundert vorherrschend war, und ihren Karakter auf die große Angelegenheiten der Völker ausdrückte. Während nun eine solche Richtung gleichsam als Exponent sich behauptet, bilden

alle Uebrige nur Coëfficienten und sind gezwungen, dem Ganzen zu dienen und dieß so lange, bis das Evolutionsgesetz wieder einen andern Faktor ergreift und ihn zum Exponenten erhebt. Das wandelbare Fortschreiten der Coëfficienten bis zur Erhebung in den Exponenten ist das, was ich Keim, Wachsthum, Blüthe, Frucht und Genuß einer Wissenschaft nenne. Wird nun von irgend einer Wissenschaft die Blüthe zur Frucht erhoben, so läuft alles herbei und will pflücken und genießen; aber kaum haben sich die Menschen angeschickt, die Mühen ihrer Pflanzungen recht gemächlich und in Ruhe zu genießen, so kommt ein Sturm und verweht alles. Und warum dieß? — Es war noch nicht die rechte gesunde Frucht, sie mußte verwelken, um einer schönern und bessern Platz zu machen. Fragen wir die Geschichte, so wird sie uns dieses Gemälde fast überall aufweisen, sie wird uns zeigen, daß die Menschheit gewisse Grundverhältnisse entfalte, die aber immer in höhern Ordnungen wiederkehren. Sehen wir die aesthetische, rechtliche, gemüthliche, sittliche und religiöse Kräfte, wie im einzelnen Menschen so auch in der ganzen Menschheit, als bestimmte Exponenten an, die sich nach und nach ausbilden, so können wir auch begreifen, wie jede einzelne Kraft derselben keimen, wachsen, blühen, reifen und auch wieder verwelken könne, ohne daß dadurch ein Rückschritt geschieht. In Athen blühte einst

die Kunst so herrlich und schön, daß wir noch ihre Meisterwerke anstaunen und für unerreichbar halten. Viele Jahrhunderte waren diese Werke im Schutte begraben und die Barbarei erstickte allen Kunstsinn. Diefs ist wahr, aber ist dann die aesthetische Kraft die höchste im Menschen? Soll sie alle Herrschaft an sich reißen oder einer höhern Entwicklung Platz machen? Im römischen Staat blühte einst das Recht so herrlich und schön, daß wir heute noch die römische Rechtsgelehrsamkeit als ein Muster aufstellen. Auch sie vertilgten lange genug die Barbaren. Diefs ist wahr, aber ist dann das rechtliche Grundverhältniß das höchste im Menschen? Soll es alle Herrschaft an sich reißen oder einer höhern Entwicklung Platz machen? So können wir bei jeder Richtung des menschlichen Geistes fragen. Jede wird in irgend einem Zeitalter sich vorherrschend zeigen, und dann wieder vergehen, oder vielmehr nur zurücktreten und eine Pause machen, ohne daß dem Ganzen Abbruch geschieht. Gesetzt — das sittliche und religiöse Grundverhältniß des Menschen stehe über dem aesthetischen und rechtlichen, so wird ohne Zweifel die Kraft ihrer Blüthe die reifen Früchte der Andern abtreiben und allein ihre Herrschaft im Gemüthe der Menschheit behaupten. Dieser Rang gebührt ihnen, und wenn sie nicht anders ihren ersten Grund legen können als auf Kosten

der Andern, so werden wir dieß dennoch für keinen Rückschritt halten können. Gerade in den Jahrhunderten, welche uns die Geschichte als barbarisch schildert, erstarkte die christliche Lehre selbst in dem Gemüthe der Barbaren. Ist dieses Kleinod nicht das Opfer werth, das die aesthetischen und spekulativen Kräfte ihm bringen mußten?

Ist aber die höchste Richtung des menschlichen Geistes entwickelt, so wird auch ein höherer Cyklus beginnen, in welchem nun alle Kräfte wieder aufgenommen und harmonisch vereinigt werden. Die christliche Religion ist mit allem Wahren und Schönen befreundet, und wie sie selbst sich festgesetzt hat, so arbeitet sie daran, die Unterkräfte des Geistes so viel möglich sich selbst zu identificiren. Sie wird daher die aesthetische und rechtliche Kraft schon wieder wecken, ihre verlorengegangenen Muster wieder aufsuchen, und dieselbe nicht einseitig, wie vormals, sondern mit sich selbst im Bunde wieder ausbilden. Nicht die Kunst, so vortrefflich sie auch seyn mag, nicht das Recht, so wahr und consequent es auch seyn mag, sollen für sich bestehen, und sich selbst zum Zweck machen, sondern beide sollen der Moral und der Religion dienen. Dieß ist nun auch wirklich geschehen. Die Kunst, wie sie in Griechenland blühte und das Recht, wie es die römischen Rechtsgelehrte hinterließen, sind nun wieder erstanden, aber zugleich mit Moral und

Religion in einen Bund getreten, der ihnen keine Einseitigkeit mehr gestattet.

Die Rechtswissenschaft, von der ich einige historische Züge hier aufnehme, ist ohne Zweifel von ihrer Wiege bis zum Mannsalter durch die Römer ausgebildet worden. Es sey daher erlaubt, an einem speciellen Recht, das sich von Romulus an bis zu Justinian verfolgen läßt, die vielerlei Gestalten des Rechtsbegriffs nachzuweisen und einige allgemeine Folgerungen daran zu knüpfen.

Romulus bestimmte durch den Grundsatz der gleichen Feldervertheilung das ganze Schicksal seines Volks. Was auf der naturrechtlichen Basis aufgebaut ist, steht fest und sicher. Die unmittelbare Folgen davon mußten seyn: das Erbrecht ab intestato, gleicher Wohlstand der Familien, gleiche Theilnahme am Ganzen, heimisches Glück ohne Sorge und die Vaterlandsliebe. Obgleich Rom anfangs Könige hatte, so ist doch der Grundsatz der Gleichheit, welchen auch Numa und Servius Tullius aufrecht erhielten, so republikanisch, daß bei der ersten Veranlassung das Königthum sich in eine Republik umwandeln mußte, was auch geschah.

Den ersten Einfluß hatte jener Grundsatz in das Erbrecht. Sollten die Güter bei einer Familie bleiben, so konnte kein Testament gestattet werden, die Kinder konnten ihre Mutter und die Mutter ihre Söhne nicht erben. Das väterli-

che Vermögen der Töchter fiel den Verwandten väterlicher Seits oder den Agnaten zu, die Verwandte mütterlicher Seits oder die Cognaten waren ausgeschlossen. So unnatürlich dieses privatrechtliche Verhältniß war, so sehr begünstigte es das allgemeine Wohl. Auf gleiche Weise, kann man sich denken, mußten die Verträge oder Contracte der Römer sehr sparsam seyn; denn wo das liegende Eigenthum nicht Object eines Contracts werden kann, da sind die übrigen Gegenstände von keinem großen Belang.

War nun gleich für den republikanischen Grundsatz der Gleichheit gesorgt, — und ohne Zweifel erstarkten auch unter ihm alle die republikanische Tugenden, welche wir an den Römern bewundern, — so wollte doch auch der Grundsatz der Freiheit sein Recht behaupten. Dieser aber fordert eine freie Disposition über Eigenthum durch Veräußerung, Verschenkung, Uebertragung und Vermächtniß. So kam es, daß späterhin das Gesetz der zwölf Tafeln demjenigen, der ein Testament machen wollte, gestattete, sich unter den Bürgern nach Gefallen einen Erben auszulesen. Diese Freiheit der Römer vereitelte nach und nach ihre weise Verfügungen über die Theilung der Felder, und sie war es, die den verderblichen Unterschied zwischen Reichthum und Armuth einführte.

Eine andere verderbliche Folge des Erbrechts

war der Luxus der Weiber. Da die Töchter wohl ihren Vater erben, aber von ihren Kindern nicht mehr beerbt werden konnten, so läßt sich wohl denken, daß sie ihre Reichthümer nicht zum Besten der Agnaten werden aufgehäuft, sondern in Luxus und Schwelgerei verschwendet haben. Dieser Luxus veranlafte das vokonische Gesetz, welches das weibliche Geschlecht ganz von der Erbfolge ausschloß und demselben nur eine gewisse Summe bestimmte.

Ohne Zweifel war dieses Gesetz noch härter als alle vorigen. Die menschliche Natur, welche Vater und Tochter miteinander verknüpft, war aufs empfindlichste beleidigt, und wer in diesen Fall kam, mußte auch suchen, das Gesetz zu umgehen. Zwei Wege standen dazu offen, der Eine, daß der Vater sich nicht in den Census einschreiben ließe, und sich unter die Classe des Pöbels setze, auf welche das Gesetz nicht angewandt wurde; der Andere, daß man zwar einen Erben dem Gesetz nach erwählte, aber ihm zugleich übertrug, — was übrigens bloß Sache von Treu und Glauben seyn konnte, — die Erbschaft der Person, die man bedenken wollte, einzuhändigen.

Endlich wurde das Geschick durch die Entvölkerung Roms dem weiblichen Geschlecht wieder günstiger. Man mußte die Ehen begünstigen, den Bürgern die Hoffnung zu erben einräumen,

und die Weiber wieder zur Erbfolge und zu Er-
langung der Vermächtnisse fähig machen. Es er-
schien das papische Gesetz, das gröfstentheils
das vokonische aufhob.

Nach und nach verlor sich die anfängliche
Strenge der Erbgesetze unter den Kaisern, bis end-
lich Justinian das alte Erbfolgegesetz gänzlich
aufhob, und die Erbfolge in die aufsteigende, ab-
steigende und Seitenlinien einführte.

Erwägen wir diese verschiedene Gestalten des
Erbfolgerechts, so werden wir finden, daß die
Römer ihre Gesetze immer nach den augenblick-
lichen Bedürfnissen der Republik einrichteten,
und sich hiebei blos von einem politischen Ele-
ment leiten ließen. Sie scheuten sich nicht, das
Privatrecht ihrem öffentlichen Wohl zum Opfer
zu bringen, sobald es nöthig schien. Ein solcher
Zustand, in welchem ein Volk bei einem so wich-
tigen Punkte, wie das Erbrecht und das Vermächt-
niss, das jedes Glied eines Staats berührt, sich
durch beständige Gesetzes-Veränderung helfen
mufs, bleibt immer mangelhaft, und die wahre
Rechtsidee, welche das Privatwohl mit dem öf-
fentlichen in Uebereinstimmung setzt, scheint hier
nicht ausgedrückt.

Von der gleichen Beschaffenheit waren die Ge-
setze der väterlichen Gewalt bei den Römern.
Der Vater war Herr über Leben und Tod der
Kinder, er war lebenslang Herr über ihr Vermö-

gen, er konnte sie nicht nur gänzlich enterben, sondern auch verkaufen. Die Tochter mußte sich auf Befehl des Vaters von ihrem Manne trennen. Die Minderjährigkeit dauerte sehr lange. Wenn nun gleich diese Einrichtungen in einer Republik, wo der Geist der Gleichheit sehr bald anmaßlich wird, zur Sitte und zur Achtung der Gesetze mögen beigetragen haben, so sind sie doch unnatürlich und zeugen keineswegs von einer guten Rechtsverfassung.

Das Gleiche ist der Fall mit den Gesetzen über Ehebruch, wo der Mann in einem häußlichen Gerichte die Frau verstossen konnte.

Noch schlimmer sind die römischen Gesetze über die Sklaverei.

Der Sillanische Senatsschluss und andere Gesetze verordneten, dafs, wenn ein Herr getödtet wurde, alle Sklaven, die mit ihm unter einem Dache sich befänden, ohne Unterschied zum Tode verdammt werden sollen. Tacitus gibt ein solches Beispiel, wo vierhundert Sklaven wegen des in seinem Hause todtgefundenen Pedanius Secundus, eines Stadtpräfects, zur Hinrichtung geführt wurden.

Die, welche einem solchen Sklaven Zuflucht gestatteten, wurden als Mörder bestraft. Wenn ein Herr auf einer Reise umgebracht war, wurden alle, sowohl die, welche bei ihm blieben, als die, die davon liefen, hingerichtet; auch gegen dieje-

nigen fand das Gesetz statt, deren Unschuld erwiesen war.

Wenn gleich solche Gesetze vielfältig gemildert wurden, so zeigen sie uns doch, wie wenig die römische Gesetzgebung auf Menschenrecht und Menschenwürde gegründet war. Der Grundsatz der Gleichheit wirkte ausschliessend und verlor seine wahre Natur, d. h. er galt nur für den römischen Bürger; alle übrige waren ausgeschlossen und das politische Element, das für das Innere des Staats zusammenhaltend wirkte, wirkte nach aussen despotisch. Jeder Bürger glaubte ein König zu seyn, und seiner Majestät alle übrigen Völker unterwerfen zu können.

Die römisch-republikanische Gesetzgebung bietet uns überhaupt nur die Anlagen oder Elemente zu einer Rechtswissenschaft dar, aber nicht ihr Wachsthum und ihre Erfüllung. Der Grundsatz der Gleichheit, wovon das Volk ausgieng, war zwar rein naturrechtlich, aber er war nicht unterstützt vom Grundsatz der Freiheit, welcher das Privatrecht begünstigt und vom Grundsatz der Sicherheit, welchen das Staatsrecht in sich trägt. Daher rühren einerseits die viele Collisionen der Gesetze mit dem Privatwohl der Einzelnen und die stete Parteisucht andererseits, welche so oft die Republik an den Rand des Verderbens führte. Das Volk mußte sich bald einem Dictator, bald einem Decemvirat Preis geben, um die Einheit,

welche in einem geordneten Staat dem Regenten gebührt, zu ersetzen.

Wir dürfen wohl sagen, daß nicht die Gesetze es waren, welche dieses Volk groß und mächtig machten, sondern seine anfängliche Tugenden. Es war mäßig, treu und tapfer, drei Eigenschaften, welche die Irrthümer der Verfassungen verbessern und schlechte Gesetze unschädlich machen. Daher kam es, daß, wie die Sitten und die Censur in Verfall geriethen, die Gesetze den Sturz der Republik nicht mehr halten konnten. Der Grundsatz der Gleichheit, der anfänglich zwischen Privatrecht und Staatsrecht ein eigenes Reich sich zu bauen schien, nemlich das Reich des selbstständigen Bürgers, wurde allmählig aufgegeben und so pflanzte sich am Ende auf den Nacken jener üppigen und stolzen Bürger ein Kaiserthum auf, das zwar noch lange die republikanische Formen stehen liefs, aber den republikanischen Geist vertilgte.

Was die Rechtswissenschaft gewann, verdankte sie größtentheils den Kaisern. Es ist leicht zu ermessen, daß ein Volk, das von guten Elementen ausgeht und sich im Verlauf von 700 Jahren zu einer Weltherrschaft erhebt, alle socialen Verhältnisse im Politischen wie im Rechtlichen, im Privat- wie im öffentlichen Leben, beides nach innen und nach außen, aufs höchste werde ausgebildet haben, besonders da es die griechische Epo-

che von allen Seiten noch dazu benutzen konnte. Da die Socialität gleich von Anfang auf dem Grunde einer bürgerlichen Gesetzgebung ruhte und nicht wie bei den Despoten von unbedingter Willkühr abhieng, so mußte für jedes sociale Verhältniß und seine Störungen eine eigene Rechtsnorm erfunden werden. Diese Rechtsnormen, welche anfangs theils aus Gewohnheiten, Sitten, Gebräuchen, ja selbst Vorurtheilen und Aberglauben, theils aus dem politischen Element, das der Gesetzgeber hinzuthat, um Ordnung und eine höhere Tendenz zu gewinnen, ihre Bestandtheile zogen, mußten sich immer mehr veredeln, je mehr der menschliche Scharfsinn in die feinere Unterschiede der socialen Verhältnisse eindrang, die verwandte in einerlei Ordnung brachte und so durch eine fortlaufende Induction das ganze Gebiet gewissen Grundsätzen unterordnete.

Das Recht ist das Gleichgewicht des Einzelnen mit allen in Beziehung auf die äußere sociale Freiheit. So viele Faktoren nun vorhanden sind, welche dieses Gleichgewicht stören können, so viele Rechtsnormen müssen da seyn, um es wieder herzustellen. Diefs erfordert keinen geringen Scharfblick, 1) um das Zuviel und Zuwenig zu vermeiden, worein schon Pythagoras die wahre Gerechtigkeit setzte, 2) keine Antinomien zu begehen, so daß ein direct bestehendes Gesetz durch ein anderes indirecte entkräftet oder gar aufgehoben

ben werde, und 3) was noch wichtiger ist, daß kein auf natürliche Ansprüche gegründetes Verhältniß des Menschen dadurch gestört werde, wie z. B. die Gesetze der Römer über Erbfolge, väterliche Gewalt, Sklaverei, welche auf Kosten des natürlichen Privatrechts und der Menschenwürde den Wohlstand und die Bequemlichkeit des bürgerlichen Verhältnisses begünstigten. Je mehr diese Proportionen (denn das Recht besteht aus lauter Proportionen) auf diese Weise gefunden sind, desto mehr werden auch die fremdartigen Bestandtheile desselben, wie z. B. die Gebräuche, Gewohnheiten, Vorurtheile eliminirt und auf die eigene geistige Basis zurückgeführt. Schon Sokrates behauptete gegen die Sophisten, es könne nur ein Recht geben in der Welt, d. h. nur eine richtige Proportion aller socialen Verhältnisse, und Plato behauptete, Gesetze müßten allgemein seyn, und sowohl für Perser und Macedonier, als für die Spartaner taugen. Es ist daher ein Wahn, wenn die Juristen glauben, man solle die vielerlei Land- und Provinzial-Rechte nur geradezu stehen lassen, weil sie das Erzeugniß eigener Volksentwicklung seyen. Denn gerade die Gebräuche und Gewohnheiten, welche ein Volk zu Gesetzen erhebt, trüben das wahre Recht und hemmen die Tendenz zu höherer Bildung. In jener Meinung ist nur das wahr, daß der Gesetzgeber nicht sein Ideal vornehin stellen und das Volk zu einem

Sprung nöthigen solle. Desto gewisser aber soll der Gesetzgeber die Capacität des Volks auffassen und durch solche Gesetze steigern, welche von selbst die Gewohnheitsrechte allmählig schwächen und durch Ersatz des Besseren in Abgang bringen.

Die Rechtswissenschaft ist Eines der konsequentesten Begriffssysteme, das sich denken läßt, man könnte sie die aufs sociale Leben angewandte Logik nennen. Gefühl und Gemüth haben keinen Antheil an ihrer Construction; ihre Analysen und Combinationen sind ganz dem Verstande und der Urtheilskraft übertragen und darum muß dasjenige Rechtssystem, das von einem Prinzip aus am weitesten analysirt, das beste seyn, so wie derjenige Rechtsgelehrte, der die größte Verwicklungen unter die angemessensten Rechtsbegriffe zu subsumiren weiß, der beste ist. Verstand und Urtheilskraft aber sind Vermögen, die sehr ungleich unter die Menschen ausgetheilt sind und daher rührt es, daß die Autorität eine so große Rolle in der Rechtswissenschaft spielt.

Unter den römischen Kaisern war noch keine Rechtsphilosophie vorhanden, ja ich möchte sagen, sie war noch gar nicht möglich, weil die Römer noch kein Natur- oder vielmehr Normalrecht kannten und mithin zu allen ihren positiven Sätzen keinen allgemeinen Maßstab finden konnten. Dagegen waren die römischen Rechtsgelehrte um so emsiger, die einzelnen Gesetze und

einzele Rechtsfragen durch eine fortlaufende Induction mit großem Scharfsinn zu entwickeln. Allerdings mochte hiebei mancher philosophische Blick das ganze Gebiet erhellen, da aber nirgends allgemeine Prinzipien festgestellt waren, so konnten diese Rechtssätze nur hypothetisch wirken und sich mehr oder weniger Autorität verschaffen. In den ersten Jahrhunderten des römischen Kaiserthums hatten sich die Rechtsgelehrte in enormer Menge angehäuft; bei dem Mangel eines Gesetzgebungssystems konnte es nicht fehlen, daß sie die Gesetzedicte auf die verschiedenste Weise commentirten und überhaupt in ihren Ansichten divergirten, was schon aus dem Streite zwischen Proculianern und Sabinianern hervorgeht; was blieb nun hiebei in Rechtsentscheidungen für ein anderer Ausweg übrig, als sich entweder nach der Autorität eines berühmten Mannes, oder nach der Majorität der Stimmen zu richten? Demzufolge mußten die Entscheidungen der römischen Rechtsgelehrten entweder auswendig gelernt oder mit unglaublicher Mühe nachgeschlagen werden, was wohl die peinlichste Gedächtnißsache seyn mag, der sich ein vernünftiger Mensch unterziehen kann. Die Summe fremder Urtheile zur Entscheidung der Rechtsfälle wählen, macht das Recht immer ungewifs und schwankend.

Dieser Ungewifsheit des äufsern Rechtsverfahrens machte endlich Justinian ein Ende, in-

dem er im Jahr 528 einen Justinianäischen Codex publicirte und im Jahr 530 siebenzehn Rechtsgelehrten auftrug, die ungeheure Menge von Schriften römischer Rechtsgelehrten unter gewisse Titel in Ordnung zu bringen, sich vor Antinomien zu hüten und das Unbrauchbare wegzulassen. Dieses erstaunende Werk, das in drei Jahren zu Stande kam, ist unter dem Namen Pandekten bekannt, zu welchen sich auch die Institutionen und später die Novellen gesellten.

Das in Ordnung gebrachte und aus der ganzen römischen Rechtsgelehrsamkeit zusammengeflossene Recht theilte übrigens sein Geschick mit dem politischen Schicksal der Völker. In dem orientalischen Kaiserthum blieb es mit Modificationen bis zu seinem Untergang in Kraft. In den abendländischen Provinzen hingegen konnte es nach dem Sturz des Kaiserthums nur wenig Glück machen.

Endlich erhielt es in Italien an Irnerius, Professor zu Bologna, seine vorzüglichste Stütze um das Jahr 1115, er erklärte es auf dem Catheder mit vielem Glücke, und von da drang es bald in die Gerichtsstellen ein, und verdrang allmählig die longobardischen und salischen Gesetze.

In den folgenden Jahrhunderten holten es die Deutsche aus Italien; sie studirten daselbst, und da sie nachmals die obere und niedere Gerichte Deutschlands besetzten, so mußten die Landes-

und Provinzialrechte nach und nach dem justinianischen Recht weichen besonders, da es bald zu einer allgemeinen Lehre auf Universitäten erhoben wurde. Zuletzt wurde dieß Recht zu Ende des 15ten Jahrhunderts als ein *jus subsidiarium*, jedoch der Landesrechte unbeschadet, durch die Reichsgesetze sanctionirt.

Es wird wohl keine Frage seyn, daß das römische Recht, das auf eine bürgerliche Gesetzgebung gegründet war, mit ihr aufwuchs und sich ausbildete, weit vortrefflicher war, als jenes deutsche Recht, wo noch Gaugrafen, Baronen und Ritter zu Gerichte saßen und richteten, — wo die Feudalverfassung und das kanonische Recht fast alles verschlang und die ritterliche Freiheit in beständigem Kampfe mit der bürgerlichen Freiheit lag. Ohne Zweifel haben wir es dem römischen Recht zu danken, daß es überall die bürgerliche Freiheit erhob und allmählig mit der ritterlichen ins Gleichgewicht brachte, und wir haben es, wie mir scheint, keineswegs zu bedauern, daß das römische Recht in unsern höhern und niedern deutschen Gerichten den alten Landes- und Gewohnheitsrechten Abbruch that, besonders wenn man sich erinnert, daß die eingeführte gerichtliche Zweikämpfe und der Mißbrauch der durch das kanonische Recht eingeführten Eide, nur ein Nothbehelf des Rechts, aber selbst kein Recht war, und daß der Rechtsverwirrung der

unzähllichen Lokalgesetze nicht besser gesteuert werden konnte, als durch das römische Recht. Nicht Neuerungssucht hat die römische Gesetze bei uns eingeführt, sondern der gefühlte Mangel an Recht. Recht ist an sich Recht, und hierbei gilt es gleich, ob es die Perser oder die Griechen, die Römer oder die Deutschen zuerst finden. Haben aber die Römer seine bessere Grundlage zuerst entdeckt, so sehe ich nicht ein, warum es nicht die Deutsche und andere Nationen mit Dank annehmen sollten.

Die ersten Einrichtungen, von welchen die Römer ausgingen, waren in den meisten Stücken denjenigen, von welchen die Deutsche ausgingen, entgegengesetzt, und es ist in der That wichtig, dieß ins Auge zu fassen, um sich erklären zu können, wie aus dem anfangs gleichfalls freien Volke der Deutschen sich allmählig eine so schwerlastende Lehensverfassung entwickeln konnte, während bei den Römern die Republik sich entwickelte.

Romulus gieng von dem Grundsatz der gleichen Feldervertheilung aus. Dadurch waren die Menschen an den Fleiß des Anbaus gewiesen, der heimische Boden mußte ihnen lieb werden, sie konnten die Künste des Friedens üben, ein geringer Raum nährte viele Menschen, und machte sie gegen ihre Feinde stark. Gesetze gedeihen nur bei Ackerbau und Gewerbe, und dann erst

erhält ein Volk ein Vaterland und eine Liebe zum Vaterland, und diese ist die Mutter aller Volkstugenden.

Anders verhält es sich mit dem Deutschen, wie ihn Tacitus und Cäsar schildern: Der Deutsche hielt nicht viel auf den Ackerbau, er lebte von Milch, Fleisch und Käse. Er hatte kein eigenthümliches umzäuntes Feld, sondern jeder Familie wurde von der Obrigkeit und den Vornehmsten ein Stück Landes nach Gutdünken angewiesen, welches sie aber nach Jahresfrist gegen ein anderes wieder verlassen mußten, sie übten nicht die Künste des Friedens, sondern des Kriegs, sie wohnten nicht nahe, sondern waren auf weiten Räumen zerstreut. Ein solches Volk hat eigentlich kein Vaterland, das die Spuren seines Fleißes trägt, sondern nur eine vaterländische Gewohnheit, die sich überall hin verpflanzen läßt. Sie hatten in Friedenszeiten keine allgemeine Obrigkeit, sondern in jeder Gemeinde sprachen die Vornehmsten unter ihren Miteinwohnern Recht. In geringeren Angelegenheiten rathschlagten die Fürsten, in wichtigeren das ganze Volk, doch so, daß den Vornehmsten die Untersuchung darüber zustand. Alle ihre Einrichtungen, ihre Erziehung und Gebräuche waren so sehr auf den Krieg berechnet, daß sie nicht nur alle Privat- und öffentliche Geschäfte mit den Waffen in der Hand verrichteten, sondern auch die Mündigkeit aus der Fähig-

keit, einen Spiess zu tragen, erklärten. Bei einem Volke, das nur auf Sieg und Beute ausgeht, kann das wahre Recht keine Wurzeln fassen, und eben so wenig kann die ächte bürgerliche Freiheit gekannt seyn. Der Krieg führt seiner Natur nach eine bestimmte Subordination mit sich, und gründet ein ungewöhnliches Ansehen glücklicher Befehlshaber. Die Verehrung, die im friedlichen Volke dem Gesetzgeber gebührt, wird beim kriegerischen Volke dem Feldherrn zu Theil, der das Recht auf sein Schwert gründet. Fixiren sich nun diese anfangs nomadische Verhältnisse einer kriegerischen Nation in einem Lande durch feste Wohnungen, so fixirt sich zugleich auch damit jenes Subordinations-Verhältniß, und nun stellt sich die ritterliche Freiheit über die bürgerliche hinauf, und die Feudalverfassung ist fertig.

Vergleichen wir nun die Entwicklung des Römers mit der Entwicklung des Deutschen, so finden wir, daß die bürgerliche Freiheit und mit ihr das Recht aus Jenem, die ritterliche Freiheit aber und die Feudalverfassung aus Diesem entspringen mußte, und daß wir keine Ursache haben, zu klagen, daß das römische Recht gleichsam als ein fremdes uns aufgedrungen sey.

Aber — ist mit diesem römischen Recht, seinen Pandekten, Institutionen, Novellen und andern wohl alles gethan? Dieß ist nun die zweite Frage. Ich sehe das Recht als einen innern Stamm

des Menschen an, der seine Wurzeln in der Vernunft hat und, wann seine Zeit kommt, sich in Aeste, Zweige, Blätter, Blüthen und Früchte entfalten muß. Auf dem Grunde des socialen Lebens wächst es empor und vermischt sich hier mit all dem Fremdartigen, was das Klima, Gewohnheit, Sitte, Politik und Religion hinzubringen. Dadurch erhalten wir ein getrübtetes Recht, das sich in beständigen Collisionen zwischen Privat- Staats- und Völker-Recht ausdrücken wird. Je mehr es nun von diesen fremden Bestandtheilen gereinigt wird, desto fester werden seine innere Proportionen und desto universeller ihre Anwendung. So weit haben es die römische Rechtsgelehrte gebracht, daß ihre Rechtsnormen sich beinahe in das kleinste Detail des socialen Lebens verzweigen und mit einer großen Consequenz von gewissen Grundsätzen aus verfolgt sind. Allein — diese Methode, das Recht zu behandeln, ist dennoch weiter nichts als eine Vorbereitung zur Wissenschaft. Justinian mit all dem Verdienst jener Rechtsgelehrten that doch weiter nichts als sammeln, und das gesammelte unter bestimmte Ordnungen stellen. Daraus entstand zwar das *corpus juris*, aber wir können nun mit Recht fragen, wo ist die *anima juris*?

In der Rechtswissenschaft soll das Recht selbst zum Object werden, d. h. es soll aus seinen innern Principien ganz unabhängig von der Er-

fahrung abgeleitet werden. So gewiß der Mensch in allen seinen socialen Verhältnissen mit sich selbst und mit allen übrigen einig seyn kann, was zur Idee der Gerechtigkeit gehört, so gewiß muß es eine Harmonie geben, welche dieses innere Eins-seyn äußerlich nachbildet, und dieß ist das Recht. Will dieses die Wissenschaft leisten, so darf sie nicht etwa die positive Sätze, wie sie vor 2000 Jahren den socialen Verhältnissen entnommen sind, zu Hülfe nehmen, sondern sie muß die Einheit des Maßstabs, der für alle Zeiten gilt, in sich selbst aufsuchen. Das Mannigfaltige der Erscheinung zuerst auffassen, und dann durch Analogie und Induction unter gewisse Gesichtspuncte bringen, ist für die Wissenschaft nicht genug; diese verlangt zuerst die Exposition der Principien, und dann können die Richtungen, in welche das Princip sich trennt, bis in das sociale Leben hinab begleitet werden. Daraus entsteht ein innerer Zusammenhang des Systems und eine Nachbildung dessen, was der Fundamentalbegriff des Rechts als Vorbild der Vernunft enthält. Wenn daher Jemand sagte: „willst du das Recht „gründlich erlernen, so gehe hin und suche alle „die objective Rechtsquellen auf,“ so kommt es mir vor, als ob man sagte: „nimm dein Schiffchen „und fahre stromaufwärts und merke dir alle die „tausend Bäche, Flüsse und Quellen, welche „diesen Strom gebildet haben.“ Dieß mag einige

Zeit gelingen, aber zuletzt steht das Schiffchen auf der Seichtigkeit des Grundes still und geht nicht weiter. Gelänge es aber auch, alle aufzufinden und aufzuzählen, so wäre dieß Geschäft doch undankbar, weil eben der ruhige und gleichförmige Spiegel die Hauptsache ist und nur dann entsteht, wenn alle die Individualitäten der Flüsse und Bäche ausgeglichen sind. So verhält es sich auch mit dem Rechtsstrom. Er wird erst gleichförmig und, ich möchte sagen, proportional, wenn er das Mannigfaltige seiner Quellen zur Einheit verknüpft. Was würde es nützen, zu wissen, wie viel tausend individuelle Meinungen es waren, aus welchen die Pandekten gesammelt sind, und wie die Gestalt des socialen Lebens beschaffen war, welche den vielerlei Gesetzen und Rechtsnormen ihre Entstehung gab? Nicht etwa ein ganzes Jahrhundert, schon ein Vierteljahrhundert, zeigt uns in der römischen Gesetzgebung eine Menge Antinomien auf. Ein Beispiel ist das Erbfolgegesetz, das durch die ganze Dauer der Republik sich nach politischen Momenten richtete, das natürliche Privatrecht verhöhnte, und in einem beständigen Wechsel begriffen war, bis Justinian ihm seinen natürlichen Standpunct anwies.

Nicht die objective Rechtsquellen, die in jedem Zeitalter, in jedem Klima, in jeder Volksthümlichkeit anders sind, können uns Aufschlüsse

geben über die allein richtige Proportion des Rechts, sondern die subjective Rechtsquellen, die ewig frisch und lebendig im menschlichen Geiste selbst entspringen, und noch ungetrübt sind von politischen, konventionellen und sinnlichen Dingen. Sie enthalten die Einheit des Mafsstabs, der für alle Zeiten, Oerter und Völker gilt, und alles, was mit diesem Masstab übereinstimmt, kann zur Rechtsnorm erhoben werden, was nicht damit harmonirt, ist unrecht. Diesen Mafsstab nenne ich das Normalrecht oder die Philosophie des Rechts, was man bisher unter dem einseitigen Namen des Naturrechts begriff. Der Unterschied zwischen den subjectiven und objectiven Rechtsquellen ist zugleich der Unterschied zwischen der Rechtsphilosophie und der Rechtsgelehrsamkeit. Die letztere allein war Sache der Römer, die erstere kannten sie noch nicht und konnten sie nicht kennen. Ulpian (unter dem Kaiser Alexander Severus um das Jahr 222) theilt zwar das Rechtsgebiet ein in jus naturale, jus civile und jus gentium, aber seine Definition von Naturrecht: „jus naturale est, quod natura omnia animalia docuit“ beweist, dafs noch nicht eine leise Ahndung von einer Rechtsphilosophie darin war.

In neuerer Zeit haben sich zwei Heroën der Rechtswissenschaft, — Thibaut und Savigny — erklärt, der Erste für die Aufstellung eines neuen deutschen Gesetzbuchs, indem er zugleich

den mürben Zustand des römischen Rechts mit den lebendigsten Farben schildert, und eine Reform als die größte Wohlthat des Zeitalters betrachtet, der zweite gegen die Aufstellung desselben, indem er die größten Bedenklichkeiten entgegenhält, und aus dem innersten Charakter der Rechtsgelehrsamkeit ein Moment um das Andere hervorzieht, um seine Meinung zu unterstützen. Mir, der ich, was mein Beruf mit sich bringt, nur die philosophische Seite des Rechts, jedoch mit einer besondern Vorliebe, inzwischen bearbeitete, dagegen die historische und technische Seite liegen liefs, steht es nun nicht zu, auch nur mit einem Wort diesen Streit kritisch zu berühren, und etwa die Gründe und Gegengründe gegeneinander abzuwägen. Ich bescheide mich vielmehr über das, was Theorie und Praxis in Hinsicht jenes Zweckes für nützlich oder schädlich halten, ein Urtheil fällen zu wollen, und erlaube mir blos von meinem Standpunct aus einige Bemerkungen.

Savigny nimmt für das Rechtsgebiet zwei Elemente an, 1) das politische, welches den Zusammenhang des Rechts mit dem allgemeinen Volksleben darstelle und 2) das technische, welches das abgesonderte wissenschaftliche Leben des Rechts enthalte. Sollte es nicht noch ein drittes geben, das weder mit der Mannigfaltigkeit des Völkerlebens wie das politische, noch mit der

Rechtskunst, wie das technische zusammenfällt? Ich nehme ein solches an, und nenne es vorläufig das philosophische oder rein wissenschaftliche. Die Juristen sprechen für das ganze Rechtsgebiet nur von Stoff und Form; die metaphysische Proportion zeigt uns aber sehr genau, daß über der Form noch ein drittes stehe, nemlich das Wesen, und daß diese drei Glieder von Stoff, Form und Wesen an jedem Dinge in der Welt, es stamme aus der Natur oder aus dem menschlichen Geiste, realisirt seyen. Bei dem Recht ist das Mannigfaltige, was auf dem Boden der Socialität entspringt, und das Völkerleben in eine Rechtsbeziehung bringt, der Stoff, oder auch das politische Element, die Bildung des Stoffs aber, was wie bei der Kunst plastisch wirkt, und in einer lebendigen Anschauung der Rechtsregel besteht, ist die Form oder das technische Element, das Prinzip hingegen, das ganz geistig ist und nur in den allgemeinen Grundsätzen und Kategorien des Rechts erscheint, und unter welchem alle mögliche Rechtsregeln und Rechtsnormen stehen, ist das Wesen des Rechts oder das philosophische Element. Die beide erstere Elemente nun haben ohne Zweifel die Römer auf eine sehr hohe Weise ausgebildet und Savigny, welcher die classische Epoche der römischen Rechtsgelehrsamkeit in die Zeit von Ulpian und Papinian setzt, schildert sehr

schön das Zusammentreffen und die Stärke dieser beiden Elemente — als ein lebendiges Anschauen der Regel im Rechtsfall und des Rechtsfalls in der Regel, als eine Ununterschiedenheit der Theorie und Praxis, als ein leichtes Auf- und Absteigen vom Besondern zum Allgemeinen und vom Allgemeinen zum Besondern. Wie die Griechen ihre Meisterwerke aus einem Kunstinstinct und Kunstgefühl ohne wissenschaftliche Aesthetik schufen, so hatten die Römer ein technisches Talent zum Recht, so daß ihre Rechtsentscheidungen nicht nöthig hatten, sich durch ungeheure Folianten hindurch zu arbeiten; sie entschieden in einer kurzen Reihe von klaren Sätzen, welche ein einziger Blick umfasste. Das Rechtsgefühl belebte und erwärmte den Rechtsbegriff und so wurde das Wahre leicht gefunden, ohne Hülfe eines Codex von Gesetzen, welchen eben die classische Zeit, von der Savigny redet, noch nicht kannte. Der Unterschied zwischen jener classischen Zeit und der Unsrigen ist nun freilich sehr groß. Den todten Leib des Rechts hat uns Justinian auf Schweinsleder zurückgelassen, wir haben ihn in unsere Gerichte herübergangen, und studieren nun mit der größten Sorgfalt seine Anatomie, so daß jedes Fäserchen seinen eigenen Namen erhält, und daß bei vorkommenden Störungen des socialen

Lebens durch hundert Bogen lange Deductionen, worinn die Kriterien jener Fasern angegeben sind, gezeigt wird, ob das Uebel am Magen, am Herzen oder an der Leber sitzt. Aber jene lebendige Kraft, jenes Rechtsgefühl, welches einst den Leib beseelte, hat uns Justinian nicht zurückgelassen, und daher ist für unsere Juristenwelt die Art der Verbindung der Rechtsseele mit dem Rechtskörper eine ewige Enträthselung geworden, welche das, was jene lebendige Anschauung in einem Moment auffasste, in hundert hypothetische Sätze zersplittert. Wir suchen jetzt aus dem todten Leichnam zu errathen, wie einst die Bewegung möge beschaffen gewesen seyn, wenn dieser oder jener Wille (Rechtsbegriff) auf ihn gewirkt habe und umgekehrt, wie der Wille möge beschaffen gewesen seyn, wenn er sich in dieser oder jener Bewegung geäußert habe, statt dafs in jenem Volk, wo Seele und Leib beisammen war, der Rechtsbegriff unmittelbar die Bewegung bestimmte und die Bewegung unmittelbar auf den Rechtsbegriff zurückwirkte. Das physiologische Prinzip des Rechts ist uns entschwunden, dagegen ist das Geschäft unserer Zeit die Zergliederung jenes Leibs, und daher rührt es, dafs die Masse über die Geschwindigkeit siegen mußte. Wenn wir jetzt bei einem einzigen Proceß die ungeheuern Actenstöße erblicken, wenn wir den Kampf sehen, womit die Gerichtsherrn wie die Gnomen durch die Pa-

piergebirge sich hindurcharbeiten, wenn wir wahrnehmen, daß zwei sonst friedliche Nachbarn, jetzt im Proceß begriffen, 10 und 20 Jahre auf ihre Rechtsentscheidung warten, und daß die Rechtsgebühren drei- und vierfach den Werth des Streitobjects übersteigen, ja, wenn uns grelle Beispiele zeigen, daß der Reichere im Bewußtseyn des Unrechts sich an die Gerichte wendet, um durch langes Hinhalten der Förmlichkeiten den ärmern Gegner zu ermüden und mürbe zu machen, — wenn dieß alles aus der Zergliederung des todten Rechts - Corpus folgt, so müssen wir uns freilich wieder nach jenen altgermanischen Schöffen zurücksehnen, welche zwar ohne Wissenschaft und Actenkenntniß, aber feierlich, ernst und unumwunden ihre Gerichte hielten, und sich dabei allein von Gewohnheiten und einem schlichten Rechtsgefühl leiten ließen.

Niemand hat dieß besser gefühlt als Savigny, wenn er im Bewußtseyn dieser todten Zergliederung das Studium wieder an die Rechtsquellen jener classischen Zeit zurückleiten will, wenn er neue Stärkung und Labung von ihnen erwartet, wenn er jene lebendige Anschauung und jenes innige Gefühl des Rechts zurückrufen will, wenn er die schreiende Mängel unseres Proceßverfahrens rügt, und unseren Zustand der Rechtsgelehrsamkeit überhaupt nicht geeignet hält, etwas Besseres an die Stelle des römischen Rechts zu setzen.

Darinn stimmen wohl alle überein, daß die classische Zeit der römischen Rechtsgelehrsamkeit verlebt ist und nur noch in Trümmern vor uns liegt. Savigny nun will diesen todten Kloß dadurch wieder beleben, daß er das Studium der Rechtsquellen empfiehlt, damit der objective Gehalt derselben wieder zu dem subjectiven führe, wie er einst in den Römern beisamen war; er will, daß das politische und technische Element des Rechts einander eben so innig durchdringen, wie es einst in den Römern lebte und sucht von da aus wieder einen höhern Schwung der Rechtswissenschaft vorzubereiten, vielleicht selbst wieder zu einer classischen Epoche zu bringen.

Thibaut hingegen schreitet rasch vorwärts, läßt die Trümmer des römischen Rechts wie eine ehrwürdige Ruine hinter sich zurück; und will im Bunde mit der Philosophie ein neues Nationalgebäude des Rechts aufführen, das in heiterer gesunder Luft den Rechtssinn aufs neue stärke, und mit Abschüttlung des tausendjährigen Schulstaubs unsere Kultur aufnehme und die fortschreitende Bildung begünstige.

Hierinn pflichte ich Thibaut bei. Es gibt, wie ich glaube, keinen andern Ausweg, als die subjective Rechtsquelle, die unversiegbar in der menschlichen Vernunft liegt, durch Philosophie zu reinigen, den Rechtsbegriff nicht vom Rechtsgefühl und vom Rechtssinn abgesondert auszubile

den, und dann beides allmählig mit den objectiven Verhältnissen unseres socialen Lebens in Zusammenhang zu bringen. Die Rechtsanschauung, wie sie bei den Römern als technische Genialität, aber unbewusst der Vernunftprinzipien, hervortrat, soll jetzt auf gleichwirksame Weise aber im Bewußtseyn der Prinzipien hervorgehen. Nie hätte der Römer es angeben können, wenn er gefragt worden wäre, auf was dann bei der Entscheidung seines Rechtsfalls die kurze Reihe seiner Rechtssätze sich gründe, und worinn dann alle Sätze übereinstimmen müssen, weil er nie zum Bewußtseyn derjenigen Vernunftwahrheiten gelangte, für welche die Einheit aller Rechtssätze selbst wieder Object der Reflexion wird. So classisch auch die Zeit des Ulpian's war, so unclassisch ist seine Definition vom Naturrecht und ein klarer Beweis, daß die wahre Rechtsphilosophie noch kein Element bildete.

Mag Savigny Ursache haben, von den flachen Philosophien, wie er es zu nennen beliebt, nichts für die Rechtswissenschaft zu hoffen, sondern lieber sich den historischen Quellen anzuvertrauen, so ist dieß doch nicht von allen Bemühungen zu sagen. Ein Recht wenigstens, wovon die Römer nichts wußten, ist auf heimischem Boden aufgewachsen, und dieß ist das Naturrecht. Es ist der einzige kräftige deutsche Stamm im römischen Walde, der aus eigenem Saamen sich ent-

wickelte, groß und stark wurde und, weil ihm die vaterländische Erde mehr als dem fremden Holze zuschlägt, wohl die fremde Bäume überwachsen dürfte. Sollen wir diesen einzigen deutschen Baum nicht nähren und pflegen? Sollte dieß etwa Savigny nicht gerne sehen, da er doch sonst der eigenen Entwicklung der Nation so sehr das Wort redet? Jeder Baum muß wachsen und erstarken, ehe er Blüthen und Früchte trägt. Hat dieser deutsche Naturstamm bis jetzt noch keine Früchte getragen, so müssen wir bedenken, daß er noch nicht viel über 300 Jahre steht, während der römische Stamm bis zur Zeit seiner reifen Früchte über 1000 Jahre nöthig hatte, unter weit günstigeren Auspicien stand und nie von Parasitenpflanzen, wie bei uns das Feudalwesen, zu leiden hatte. Diesem Rechtsstamm ist, das philosophische Element zu entwickeln, allein übertragen und wie er zu seiner Reife gediehen seyn wird, so wird er von selbst mit dem politischen und technischen Element des Rechts in Verbindung treten, und dann ist die Zeit da, von der Thibaut spricht, daß eine neue deutsche Gesetzgebung nothwendig sey.

Es wäre eine traurige Bemerkung für den menschlichen Geist, daß sein Vorwärtsschreiten immer nur Täuschung sey, und sein wahres Ziel immer rückwärts liege, so daß die Ruinen der Vorzeit der Maßstab seiner Größe werden müßten.

Ich habe gleich anfangs in der Einleitung gezeigt, wie viel Trug in diesen Schlüssen stecke und wie wenig daraus, daß einzelne Richtungen des Geistes eine Zeitlang einen Stillstand machen, ein Schluss auf seine Verschlimmerung zu ziehen sey. Eine untergegangene Kultur, wie etwa bei den Römern die Rechtskultur, ist wie eine untergegangene Stadt zu betrachten. Die Nachkommen graben zwar gerne jenen Monumenten nach, aber sie mögen ihre Wohnungen nicht mehr daselbst aufschlagen.

Und nun die Frage: können wir die Zeit eines deutschen Gesetzbuchs für entfernt oder nahe halten? Dazu müssen Kriterien vorhanden seyn.

Das Naturrecht hat sich inzwischen mit seinen Fundamentalbegriffen beschäftigt, es hat mit mehr oder minder glücklichem Erfolg gesucht, aus den Sittengesetzen das Recht abzuleiten, und aus sich selbst zu bestimmen, welche Richtungen der Natur des Rechtsbegriffs inwohnen, und welchen Grundsätzen jede Richtung durch ihr ganzes Gebiet gehorchen müsse. Mit diesen Bemühungen ist nun freilich noch kein fester Zusammenhang mit dem politischen und technischen Element gegeben, und alle diejenige Juristen, die einen solchen Zusammenhang nicht einmal ahnen können, werden auch jene Versuche für unnütz halten. Kommt aber einmal das Naturrecht auf den Punct, wo die Transmutation der inneren Freiheit in die äußere, der Moralität in die Lega-

lität, des moralischen Gefühls in den Rechtsbegriff vor sich geht, dann erst gewinnt das Recht seinen wahren Standpunct; seine Richtungen, die sich in das sociale Leben verzweigen, werden alle klar und dann vermag auch das philosophische Element sich mit dem politischen und technischen zu verbinden. Dringt das philosophische Element auf diese Weise in das innerste Gewebe des socialen Lebens ein, so wird auch jene Rechtsanschauung wieder lebendig, welche Savigny im gegenwärtigen Rechtszustande vermifst, und zwar auf eine potenzirtere Weise als im Römer, weil das Prinzip des Ganzen und die Einheit des Maßstabs zum Bewußtseyn kommt, was im Römer unbewußt wirkte. Soll das römische Recht, das zu einer starren Kristallisation geworden ist, wieder in einen lebendigen Fluß gerathen, soll seine enorme Stoff-Häufung unter einfache Gesichtspuncte gesammelt werden und dem Prinzip und den Grundsätzen des Rechts gehorchen, soll der einzelne Mensch als Richter Meister werden über den Stoff und die Form, so weiß ich keine andere Methode als die durchs Naturrecht hervorgebrachte. Dann erst mag das Studium der historischen Quellen eine Ausbeute geben, weil jeder den Schlüssel dazu in seinen Rechtsprinzipien mit sich bringt. Jede Quelle verbirgt sich zuletzt in den Felsen und kein menschliches Auge kann sie dahin verfolgen, dagegen wird die Phan-

tasie sehr geschäftig, um ein Bild von dem Wassererzeugungs-Proceß sich zu machen. So geht es uns auch mit den historischen Quellen, sie verlieren sich in Dunkelheit und wir machen uns dann hundert Hypothesen, die sehr sinnreich seyn können, wie jene Quellen entstanden seyen. Dieses Verstandesspiel wird dadurch unnütz, daß ich den Ursprung des ewigen Rechts, wovon das römische nur ein gelungener Abdruck ist, im Gemüthe der Menschheit selbst nachweise und dann zeige, wie auf dieser oder jener Stufe der Kultur dasselbe sich in seiner Vermischung mit dem technischen und politischen Element des Völkerlebens habe realisiren müssen. Und dadurch wird die Rechtsphilosophie der beste Schlüssel für seine Geschichte, ohne die peinliche Gedächtniskunst, aus den vorhandenen Schlacken des Alterthums auf ihre ehemalige Gestalt und Leben zu schliessen.

Wäre das Naturrecht bis zu diesem Punkte vorgerückt, so wäre auch das Kriterium gegeben, daß die Zeit einer neuen Gesetzgebung nicht mehr ferne wäre, und wenn ich nicht irre, so erwartet jetzt Thibaut von der Verbindung der Philosophie mit dem Recht das Gleiche.

Noch gibt es ein äußeres Kriterium.

Savigny hat, um den Satz zu behaupten, daß eine allgemeine deutsche Gesetzgebung nicht gelingen könne, die neue Gesetzgebungen des Code Napoleon, des preussischen und österreichi-

schen Staats vor sich genommen und an diesen Proben die Unzulänglichkeit deutscher Gesetzgebung zu erweisen gesucht; die dabei vorgebrachte Rügen gehen mich hier nichts an, aber ich möchte von einer andern Seite her diesen Einwurf entkräften.

Der Napoleonsche Codex ist zu einer Zeit verfertigt, wo nach so vielen Stürmen das freie Nachdenken sich noch nicht fixiren konnte und von der Ungeduld beschleunigt wurde, wo alle Wissenschaftlichkeit nach langem Stillstand kaum ihre erste Regungen wieder äußerte und besonders die Philosophie durch das Machtwort des Herrschers, der sie bekanntlich Ideologie nannte, verbannt war. Für eine solche Lage möchte selbst das Schlimmere noch Entschuldigung finden.

Das preussische und österreichische Gesetzbuch hingegen konnten die große Lehren, welche der letzte 25jährige Cyklus nicht nur der Politik sondern auch dem Recht gab, noch gar nicht benutzen. Ich halte diesen Umstand für wichtiger, als man ihn gewöhnlich dafür hält. Nur die Blindgeborne können nicht sehen, was für neue Kräfte und Elemente diese Epoche entwickelt hat. Es ist nicht mehr die Rede von einem allmählichen Wachsthum und Fortbildung einer alten Verfassung, sondern vom Anfang einer ganz neuen Gestalt der Dinge. Die alte Meinungen schleifen sich nicht bloß ab an dem politischen Wetzstein,

sie sind ganz verdrungen und das, was an ihre Stelle gesetzt ist, gehorcht einem ganz andern Prinzip. Die Zeit war kreissend, sie brachte das, was drei lahme Jahrhunderte kaum entwickelt hätten, auf einmal ans Licht. Ein Wort, das früher nur von wenigen gehört wurde und kaum über die Lippen sich traute, ist jetzt nicht nur öffentlich geworden, sondern auch von den Monarchen sanctionirt, es ist das Wort der Verfassung. Dieses Wort faßt nicht nur neue Kräfte und Einrichtungen, sondern auch neue Rechte und Tugenden in sich, ja es ist die Mutter neuer Talente, Gefühle und Entschlüsse. Nicht nur in den sogenannten Patrioten sondern im Volke selbst ist es rege geworden, die Volksphantasie zaubert sich ein Eldorado hinein, ob sie es gleich nicht darin finden wird. Das Wort wirkt nach innen und nach aussen. Dafs es eine Verfassung geben könne, ohne dafs das Staatsrecht nun auch Volksrechte, Ständerechte und dadurch Modificationen der Regentenrechte in sich aufnehme, könnte ich nie begreifen. Aendert dieses sich, so wird es auch im Privatrecht gefühlt. Ob das Feudalrecht die Geburt der Verfassung lange überleben werde, ist sehr zu bezweifeln. Aber auch nach aussen ist die gleiche Tendenz. Eine durchgängige Reihe von Verfassungs-Staaten führt fast nothwendig eine völkerrechtliche Verfassung herbei und mit dieser einen dauerhaften Frieden.

Sind die deutsche Staaten aber durch einen Bund und eine gleiche Politik vereinigt, warum sollten sie es nicht durch eine gleiche Gesetzgebung seyn?

Man legt zu viel Accent auf die Mannigfaltigkeit der Gewohnheits- und individualisirten Provinzial-Rechte und ich sehe nichts anders darinn als lauter hemmende Prinzipien für höhere Bildung. Man verwechselt hiebei alte Rechte mit alten Sitten; diese möchte ich keinem Volke nehmen, weil sie gediegener und reiner sind, als die neuere, — um jene aber ist es kein Schade, denn in Deutschland spiegelt sich mehr oder weniger nur der alte Aristokratismus darin ab. Sind in Deutschland einmal Verfassungen gegründet, so wird ein gleiches Recht höchstes Bedürfnis und dafür wird jedes Volk gerne sein Gewohnheits-Recht hingeben, weil es durch die persönliche Freiheit und Gleichheit, die ihm das gleichförmige Verfassungsrecht sichert, gegen seinen alten Zustand nur gewinnen, nicht verlieren kann.

Und so scheint es auch gleiche Bewandnis mit dem Studium zu haben. Thibaut will es vorwärts bringen, indem er mehr Philosophie zum Rechtsfach hinzumischt, und auf den Universitäten weniger Rechtsgelehrten mehr Philosophen als bisher beigesellt. Savigny hingegen, der von dieser Beimischung nicht viel zu halten scheint, will das Recht verjüngen, indem er den

alten Justinianischen Codex noch älter macht, ein Verfahren, das nach dem Hammelburger-Reisenden in dem Lande besser anschlagen könnte, wo die Menschen gleich 100 Jahr alt geboren werden, und dann mit jedem Tage sich verjüngen. Wäre einmal das Naturrecht hindurch gedrungen bis in die erste Verzweigungen des socialen Lebens, dann möchten Philologie und Geschichte des Rechts eine schöne Nachhülfe seyn und im Studium durch die Vergleichung der philosophischen Construction des Deutschen mit der politisch-technischen des Römers eine zweckmäßige Vorübung der practischen Urtheilskraft werden. Die neue deutsche Gesetzgebung müßte die Hauptsache des Studiums werden, und die römische Rechtsquellen geläutert und gereinigt, wie Savigny sie wünscht, würden mit jenen Vergleichen die Beihülfe seyn und zugleich Philologie und Geschichte ermuntern und befördern.

Ueberhaupt scheint das Rechtsstudium, wenn es nicht in seinem leeren, obgleich künstlichen, Formelwesen vollends untergehen soll, eine Simplification und Konzentration im Prinzip zu bedürfen, damit der Mensch die einseitig auslaufende Richtungen wieder sammeln, von einem neuen Mittelpunkt ausgehen und dann mit dem Rechtssinn, Rechtsgefühl und der Rechtsidee zugleich thätig seyn könne.

Und auch dieß ist nicht genug. Das herr-

lichste Gesetzbuch ist ein todtes Buchstabenwerk. Was Justinian einst sammelte und uns hinterliefs, sind nichts als die ausgebrannte Schlacken einer frühern Epoche, deren Seele die Gerechtigkeitsliebe war. Diefs Geschick hat jedes Gesetzbuch in der Welt. Drum wecket zuerst die Vaterlandsliebe durch gute Verfassungen, sie wird die Gerechtigkeitsliebe aufs neue beleben und dann wird das deutsche Recht noch schöner erstehen als einst das römische.

Ich gehe nun auf einige geschichtliche und andere Bemerkungen über, welche das Naturrecht speciell betreffen und als Einleitung in dasselbe dienen sollen. Ich sondere sie in folgende Rubriken ab;

- 1) was nannte man in der Vorzeit Naturrecht?
- 2) Was nennt man heut zu Tage Naturrecht und wie sollte man es nennen?
- 3) Wie läfst es sich wissenschaftlich eintheilen?
- 4) Was ist sein Nutzen?

I.

Was nannte man früher Naturrecht?

Dem Rechtsbegriff und seinem Fundamente, dem Naturrecht, ergieng es, wie allen Begriffen und Einrichtungen, welche aus der natürlichen

Evolution der Menschheit hervorgehen. Ueberall finden sich die Keime, Anlagen, die schlafende Kräfte, bald aber entfalten sie sich und zwar immer nach einem natürlichen Gesetze, dessen Wirksamkeit mehr oder minder unter der Gunst des Geschickes steht. Lange genug üben die Menschen, die Völker, wie uns die Geschichte lehrt, die gesellige Verhältnisse unter sich aus, leben in Familien, Stämmen und Nationen zusammen, fügen sich dem Willen Einzeler, Mehrerer oder schaffen sich auch aus dem Willen Aller ihre eigene Gesetze und Statuten, bilden sich Gebräuche, Sitten, Gewohnheiten und gottesdienstliche Verrichtungen, ehe es Einzelen in den Sinn kommt, diese Einrichtungen auch wissenschaftlich zu begründen, oder vielmehr, ehe die Nationen zu jener Stufe gelangen, auf welchen ihnen jene Einrichtungen zum Object der Reflexion werden. Wie die Philosophie nie die Sache des Kindes oder des Knaben ist, sondern des Jünglings und Mannes, so scheint es, habe auch die Menschheit diese Epochen der Entwicklung genau befolgt. Es ist dieß ein psychisches Gesetz, das vom Individuum wohl auf die Totalität der Menschheit übertragen werden kann und womit auch die ganze Weltgeschichte einverstanden ist. So verhält es sich auch mit dem Naturrecht. Die Griechen und Römer hatten schon lange Statuten, Rechte und Gesetze, ehe sie daran dachten, die-

selbe systematisch abzuleiten und zu begründen. Jenes sollicitirende Prinzip war lange thätig, um in Verbindung mit Klima, Traditionen, Gebräuchen, Gewohnheiten, Gottesdienst feste Normen für Verfassungen zu entwickeln, ehe diese Normen Objecte der Reflexion und der Wissenschaft werden konnten. Die früheste Spur von einem natürlichen Recht wird daher erst bei den Griechen gefunden und zwar in der aristotelischen Ethik, welche das schlechthin Rechte (*ἀπλως δικαιον*) von dem politisch Rechten (*πολιτικον δικαιον*) unterscheidet und letzteres in das positive (*νομικον*) und das natürliche Recht (*φυσικον*) theilt. So hatte schon Sokrates einen Streit mit den Sophisten. Er behauptete, daß es ein Recht gebe, das für alle Menschen auf gleiche Weise gültig seye und keinem Zeitwechsel gehorche, während diese behaupteten, das sey Recht, was die Gesetzgeber uns vorschreiben.

Später finden wir die wissenschaftliche Spuren eines natürlichen Rechts bei den Römern. Lange schon hatten die Römer ihre zwölf Tafeln und was noch mehr ist, ihre republikanische Tugenden und ihren Bürgersinn, ehe ihnen das Recht selbst Gegenstand wissenschaftlicher Behandlung wurde. Cicero wird in seinen Büchern de Legibus wohl unter den Ersten seyn, welchen es einfiel, das Recht zum Object der Reflexion zu machen. Er sagt: „Es gebe ein ursprüngliches, dem

„Menschen eingepflanztes Gesetz und leitet dasselbe von der Gottheit ab. Es gebe ungeschriebene Gesetze, welche die Grundlage der geschriebenen seyn müßten.“ Ein solches Gesetz müßte offenbar auch der Grund des Rechts seyn, das die Menschen untereinander festsetzen sollen.

Erst spät, nachdem die römische Republik sich schon lange verlegt hatte, wurde das Recht an sich Gegenstand gelehrter Forschungen. Ulpian theilt das Rechtsgebiet ein:

1) in jus naturale. 2) jus civile. 3) jus gentium.

Wie mangelhaft dazumal der Begriff von Naturrecht war, zeigt die angeführte Definition von Ulpian. Er rechnete dahin die Gesetze der bloß thierischen Natur, — die Instinct-Gesetze z. B. Geschlechtstrieb, Nahrungstrieb, elterlicher Trieb zu Erhaltung und Erziehung der Kinder.

Es ist zwar das jus gentium der Römer auf naturrechtliche Sätze gegründet, die geistiger sind, als die Definition von Ulpian; da aber das Verhältniß der Völker zu Völkern schon ein abgeleitetes ist, so kann das Urrecht, das der Mensch vermöge der Grundverhältnisse seiner Persönlichkeit anzusprechen hat, nie rein aus dem Völkerrecht gefunden werden. Die Rechtsideen aus der praktischen Vernunft zu deduciren, war nicht Sache der Römer und konnte es ihrem Standpunct nach nicht seyn.

Diese geringe Spuren von dem Begriff eines Naturrechts berechtigen uns nicht, sie als eine Epoche zu betrachten. Vielmehr können wir von diesem Recht sagen, daß seine Entwicklung und überhaupt seine Schicksale uns angehören. Sie lassen sich daher auch geschichtlich verfolgen und in verschiedene Perioden eintheilen.

E r s t e P e r i o d e.

Diese Periode geht vom Anfang des 16ten Jahrhunderts bis auf Kant. Es ist ein Gesetz des menschlichen Geistes, daß er, wenn er lange genug Materialien zusammengetragen und in ein Fachwerk geordnet hat, wieder zu den Fundamenten zurückkehrt, auf welchen das Gebäude ruht. Diese Fundamente liegen immer in uns selbst und sind unabhängig von äußern klimatischen, politischen und konventionellen Verhältnissen. Und so mochte wohl das regenerirte Zeitalter den Gedanken auffrischen, auf welchen Fundamenten das Gebäude des römischen Rechts dann ruhe? Die erste Versuche, diese Frage zu beantworten, machten im 16ten Jahrhundert Oldendorp, Hemming und Winkler. Der herrschende Begriff vom Naturrecht bestand darinn, daß solches der, dem Menschen in das Herz geschriebene und in den zehn Geboten promulgirte, Wille Gottes sey. Daher werden auch die einzelnen Lehren

des Naturrechts nach der Ordnung der zehn Gebote durchgegangen.

Zu Anfang des 17ten Jahrhunderts erschien Hugo Grotius und gab dem Naturrecht durch die Behauptung, daß es auch ohne die Idee von Gott gültig sey, eine vortheilhafte Wendung. Er stellte zuerst ein wissenschaftliches Prinzip auf, gründete das Naturrecht auf eine natürliche Neigung des Menschen zur Geselligkeit, und nimmt als Kennzeichen der Rechtmäßigkeit einer Handlung ihre Uebereinstimmung mit der vernünftigen und geselligen Natur des Menschen an.

Thomas Hobbes ohngefähr zu gleicher Zeit bildete sich zum Behuf seines Staatsrechts eine Idee vom Naturstande, durch welche das natürliche Privatrecht ganz aufgehoben wird. Nach dieser Idee wird das Recht nicht bloß durch den Staat gesichert, sondern hat vielmehr ohne den Staat an sich gar keine Realität.

Samuel von Pufendorf gegen das Ende des 17ten Jahrhunderts ist der Erste, welcher das Naturrecht vollständig und methodisch abgehandelt hat. Er zeichnet sich vor Grotius dadurch aus, daß er den Grundsatz der Geselligkeit nicht unmittelbar aus einer natürlichen Neigung, sondern aus der Nothwendigkeit eines geselligen Lebens zur Selbsterhaltung und zum Wohlbefinden des Menschen ableitet.

Christian Thomasius im Anfang des

vorigen Jahrhunderts schrieb zwei Lehrbücher des Naturrechts. In dem spätern tritt er als Gegner des socialistischen Systems auf, was er früher vertheidigte; Thomasius unterscheidet principia justi von principiis honesti et decori, und stellt zum Grundsatz des Rechts folgenden oben an: Was du dir nicht gethan haben willst, das thue auch andern nicht.

In dieser Periode entwickelte sich der Begriff des Naturrechts von den rohern Elementen eines Naturstandes an, wie ihn die Definition Ulpian's beschreibt, durch das socialistische System hindurch bis zu jenem Anfangspunct, wo das Rechtliche ins Sittliche überzugehen strebt. Nirgends aber finden wir das Rechtliche rein und unvermischt als einen eigenen Factor hervortreten. Entweder ist es zu tief gehalten in der Vermischung mit den Instincten, Naturtrieben, Neigungen, oder es geht zu sehr in das Gesellige, Conventiönelle und Politische ein, wie bei Hobbes, Pufendorf, oder es ist zu hoch gehalten theils in seiner Vermischung mit dem Religiösen wie schon bei Cicero und Jenen, die das Naturrecht auf die göttliche Gebote gründen, theils in seinem Uebergang ins Sittliche, wie bei Thomasius.

Zweite Periode.

So stand es, bis Kant erschien, und wir dürfen wohl hinzusetzen, die zweite Hauptperio-

de gründete. Dieser Mann, wie er überhaupt ein unsterbliches Verdienst für die gesammte Philosophie sich erwarb, brachte auch ein neues Licht in das Naturrecht. In seiner Metaphysik der Sitten trennt er das Rechtliche vom Sittlichen, den Rechtsbegriff vom Pflichtgefühl. Jenes handelt er ab in den metaphysischen Anfangsgründen der Rechtslehre; dieses in den metaphysischen Anfangsgründen der Tugendlehre; beide verhalten sich zusammen, wie die äußere Freiheit zur innern, und ob gleich beide einerlei Quelle in der praktischen Vernunft anerkennen, so sind sie doch in ihrem Verlaufe ganz verschieden.

In dieser Scheidung erhielt das Naturrecht eine ganz andere Bedeutung, so daß selbst sein Name nicht mehr zu passen scheint. Man sah ein, daß das, was man Naturrecht nannte, eigentlich das philosophische Recht oder Philosophie des Rechts genannt werden sollte.

Seit der kantischen Epoche bis auf unsere Zeiten entstand ein reger Eifer bei Philosophen und Rechtsgelehrten und die Literaturgeschichte, die in dieser Beziehung früher so arm war, weist uns mehr als ein halbes Hundert von Schriftstellern auf, die sich mit diesem wichtigen Zweige der Philosophie beschäftigten, deren Tendenzen und Ansichten zu charakterisiren eine eigene Abhandlung erfordern würde.

II.

Was nennt man heut zu Tage Naturrecht oder wie sollte man es nennen?

Ist es erwiesen, daß das Naturrecht eigentlich das philosophische Recht oder Philosophie des Rechts ist, so verliert die Nebenbedeutung Natur ihren Werth und muß in den Begriff der Persönlichkeit umgewandelt werden. Es gibt kein *δικαιον φυσικόν*, wie Aristoteles will, denn *φύσις* bedeutet natura rerum, der Mensch ist aber keine Sache, sondern eine Person und dieser Unterschied darf nie aus den Augen gelassen werden. Eben so wenig kann von dem Recht der bloß animalischen Natur gesprochen werden, wie Ulpian will in seiner Definition. Der Rechtsbegriff fängt erst da an, wo die Vernunft sich durch die animalische Natur hindurch ihre Bahn gebrochen hat. Gleichfalls gibt es kein Recht im isolirten Zustande der Menschen. Jedes Recht im Einen begründet eine Verbindlichkeit im Andern und umgekehrt. Beides sind Wechselbegriffe und setzen die Socialität nothwendig voraus. Selbst in den rohen Naturstämmen, in den wilden unkultivirten Völkern kann man noch von keinem Rechtsverhältniß sprechen. Ihr Zustand ist mehr ein Product des Klimas, der Gunst oder Mißgunst der Natur, der Gebräuche, Gewohnheiten und der gottesdienstlichen Verrichtungen, als ein Product des entwickelten Rechtsbegriffs. Diese Men-

schen sind noch zu sehr von der Sinnlichkeit, vom Instinct, Begierde und Neigung beherrscht, als daß sie das Gleichgewicht, das das Recht im geselligen Leben für alle Individuen herstellt, aus freier Ueberzeugung oder Zwangspflicht anerkennen könnten. Wo die Gewalt herrscht, da hört das Recht auf, wo die rohe Willkür, der Instinct und die Leidenschaft Meister ist, da kann kein Gesetz gültig seyn. Was daher solche Menschen noch zusammenhält, ist mehr das Bedürfnis wechselseitiger Hülffleistung und Beschützung mit den ersten Regungen natürlicher Gefühle und Neigungen, als das aus praktischer Vernunft abstammende Verhältniß, das wir das Rechtliche nennen.

Demnach geht das Rechtsverhältniß nur auf die Persönlichkeit des Menschen und zwar nicht im isolirten Zustande, sondern im socialen, und dieß nur dann, wenn in demselben die geistige Entwicklung eine gewisse Reife erreicht hat.

Persönlichkeit, Socialität, und eine bestimmte Stufe geistiger Entwicklung sind die nothwendige äußere Bedingungen des Rechtsverhältnisses; aber noch wichtiger sind die innere Bedingungen. Die Philosophie des Rechts soll die Basis seyn für die ganze Rechtssphäre. So viel es daher Rechte geben mag, so viel müs-

sen aus dieser Grundlage sich ableiten lassen, ja wir dürfen keck behaupten, daß das ganze Privat- und öffentliche Recht, die Civil- und Straf-Gesetzgebung nur dann auf einem sichern Grunde ruhen, wenn sie sich auf die Fundamente des Rechtsverhältnisses, welche die Philosophie uns lehrt, zurückführen lassen. Das philosophische Recht gibt uns daher die unveränderliche Normen für das ganze Rechtsgebiet und nichts darf denselben widersprechen. Man kann daher das, was man bisher Naturrecht nannte, füglich Normalrecht nennen. Bisher hat man den Wahn gehabt, daß das positive Recht mit dem Naturrecht einen Gegensatz eingehe und sich nicht nach unserem innern Rechtsverhältniß richte. Der Theorie nach kann das nie statt finden; das positive Recht kann dem Normalrecht nie widersprechen, ohne willkürliche Bestandtheile zu haben, aber es kann noch höhere Faktoren als die rechtliche, z. B. sittliche Momente in sich aufnehmen, und sich selbst höher ausbilden.

III.

Die Eintheilung des Naturrechts.

In dem Normalrecht lassen sich zwei Dinge unterscheiden: 1) die Rechtsidee mit ihren Prinzipien, Grundsätzen, Kategorien und überhaupt

wesentlichen Bestandtheilen, ohne welche der Rechtsbegriff aufhören müßte, Recht zu seyn, 2) die Rechtssphäre, in welche sich die Rechtsidee entwickelt. Wie der Mittelpunkt seine Radian an die Peripherie zieht, wodurch erst eine Sphäre entsteht, so geht auch die Rechtsidee in eine Menge Richtungen über, wodurch sie um sich selbst eine Sphäre zieht. In dieser Sphäre erhält die Rechtsidee diejenige Modificationen, welche die verschiedene Verhältnisse des geselligen Lebens hinzubringen. So gibt es ein Eherecht, ein Kirchenrecht, ein Lehenrecht u. s. w. Die Prinzipien, Grundsätze, Kategorien sollen in dieser Sphäre ihre Anwendung erhalten und in der Socialität sich förmlich realisiren.

Vermittelst dieser Absonderung von Rechtsidee und Rechtssphäre zerfällt das Normalrecht 1) in einen Fundamentaltheil und 2) in einen doctrinalen Theil.

Der Fundamentaltheil beschäftigt sich bloß mit den allgemeinen Prinzipien, Grundsätzen und Kategorien der Rechtsidee. Wie es in der Persönlichkeit des Menschen ein sinnliches, intellectuelles, gemüthliches, sittliches und religiöses Verhältniß gibt, so gibt es auch ein rein Rechtliches, das seine eigene Quelle in der Psychik des Menschen hat, sobald er als unter die äus-

sere Bedingungen gesetzt gedacht wird. Diese Quelle aufzufinden, ihre Gränzen zu bestimmen und ihre Verschiedenheit von den übrigen Grundverhältnissen anzugeben, ist eine rein philosophische Aufgabe.

Der doctrinale Theil hingegen geht zwar von den ursprünglichen Quellen aus, vermischt sich aber im Verlauf mit dem, was sowohl die übrige innere Verhältnisse als die äufsere, wie Gebrauch, Gewohnheit, Politik hinzubringen, und geht immer tiefer in das Juridische, in eine Rechtswissenschaft und Rechtsgelahrtheit ein. Bis zu diesen Verzweigungen und Verästhungen des Zentralstamms hat das Normalrecht die Jurisprudenz nicht zu begleiten, es überläßt dem Juristen die Materialien zu sammeln und einzuordnen, aber das Fachwerk dazu hat es selbst noch zu liefern. Jede Wissenschaft ist eigentlich ein genealogisches Schema. Der Anfang des Stammbaums ist die allen Wissenschaften gemeinschaftliche Wurzel, die der Mensch durch Philosophie findet und sie in ihren ersten Richtungen verfolgt; — Eine dieser Richtungen ist die Rechtsidee, die sich ihre eigenthümliche Sphäre bildet und neue Radian zieht. Bis dahin begleitet die Philosophie das Normalrecht; wie dieses aber an das äufsere Leben übergeht, den Stoff auf-

nimmt und seine Formen, Grundsätze und Kategorien verkörpert, überläßt die Philosophie dieselbe der sogenannten Jurisprudenz, die dann auf mannigfaltige Weise sie verarbeitet. Es gibt wie überall so auch für das Naturrecht zwei Methoden, dasselbe zu behandeln. Der Jurist, der nicht Philosoph ist, wird zuerst die ganze Materialiensammlung vor sich nehmen, die verschiedene Theile durch Combination und Induction auf formelle Einheiten zurückführen, diese Einheiten in Capiteln ordnen, und dieselbe unter vorausgesetzten Thesen zu Theorien ausarbeiten. Auf diese Methode sind alle jene Versuche entstanden, die wir mit dem juridischen Naturrecht benennen können. Sie gehen beinahe alle Materien des Rechtsgebiets encyklopädisch durch, aber das Ganze hängt nicht in einer durchgreifenden Rechtsidee oder in einem durchleitenden Prinzip zusammen. Es bleibt ein zufälliges Fachwerk, das nicht seiner Dignität nach geordnet erscheint, sondern sein Daseyn immer einer individuellen Ansicht oft auch Autorität verdankt.

Anders verfährt der Philosoph. Die Apodictik der Vernunft muß ihm die Grundlage geben, und dann erst folgert er in die einzelne Richtungen, die aus den speciellen Verhältnissen hervorgehen, jedoch immer so, daß die Rechtsidee

nie ihre wesentliche Bestandtheile durch das Uebergewicht der andern Faktoren aufgeben darf.

Diesen Weg hat Kant zuerst betreten, ihm folgte Fichte und eine Reihe anderer Philosophen, die ebenfalls keine Juristen waren, und diesen will ich nun auch einschlagen. Denn wenn von einer Philosophie des Rechts die Rede ist, so hat der Philosoph die erste Stimme, der Jurist die zweite und dieß scheint mir so wahr, daß ich selbst die in Praxis gangbare Jurisprudenz, wenn sie sich nicht auf die allgemeine Basis des Normalrechts zurückführen läßt, vorausgesetzt, daß alles richtig gefolgert ist, eher als falsch ansehen als für gültig erkennen würde.

Demnach hätte das Normalrecht erstlich die Rechtsidee mit den wesentlichen Bestandtheilen der Rechtssphäre zu entwickeln, zweitens die Grundlinien für jedes einzelne Gebiet des Rechts zu zeichnen. So mag das Bürgerrecht, das Ehe-recht, das Lehenrecht, das Kirchenrecht, jedes seinen besondern Rechtssatz haben, dem es durch die ganze Construction gehorchen muß. Es ist hier wie in der Sittenlehre; — jeder Ordnung der Pflichten läßt sich eine eigenthümliche Maxime oder Imperativ vorsetzen, welcher alle in diese Ordnung gehörige specielle Pflichten beherrscht.

Mehr als diese Grundlinien gehört nicht in das Normalrecht, denn weiterhin vermählen sich die Rechtssätze mit dem in der Socialität der Menschen gegebenen Stoff, der alle die besondere Fächer, welche das Normalrecht nur im Umriss gab, ausfüllt, ein Geschäft, das der Jurisprudenz ausschliesslich zugehört.

Diefs sind die Gränzen des Normalrechts; will man aber mit der Bearbeitung desselben ein besonderes Interesse verknüpfen, so mag wohl neben der philosophischen Entwicklung des Rechtsbegriffs auch die historische ihren Platz finden. Es kann gezeigt werden, dass die Normalidee des Rechts in der Geschichte der Menschheit ein gleiches Evolutionsgesetz befolgte, wie jedes andere Grundverhältniss des Menschen. Auf gleiche Weise muss die Rechtsidee mit ihren Grundlinien auch ihre Kraft für die ganze Gesetzgebung beweisen, und ein Normalrecht erhält dadurch ein besonderes Interesse, wenn es den Geist der Gesetze in sich aufnimmt. Ein trefflicheres Werk in dieser Hinsicht gibt es wohl nicht, als das von Montesquieu. In ihm liegt ein Schatz von philosophischen und zugleich praktischen Ideen, die zwar von Jedermann gerne gelesen, aber selten angewandt und in das Leben eingeführt sind. In unsern Zeiten, wo ein Meer von

politischen Zeitschriften, von Staats-, Verfassungs- und Rechtsideen sich untereinander treibt, hätte man wohl das Recht, zu erwarten, daß der Geist eines Montesquieu's nicht vergessen seyn sollte, und doch, wie sparsam finden sich auch nur einzelne Bruchstücke davon in dieser Broschürenwelt? Montesquieu, der die politisch-rechtliche Systeme aller Zeiten, besonders aber der Griechen und Römer mit wahrhaft philosophischem Geiste auffasste und untereinander verglich, hat uns eigentlich nichts übrig gelassen, als jene Ideen mehr systematisch zu ordnen und dieselbe dem nun durch die Bemühungen von Kant und seiner Nachfolger regenerirten Normalrecht einzuverleiben.

IV.

Nutzen des Naturrechts.

Die Rechtsidee ist ursprünglich philosophisch und muß aus der praktischen Vernunft abgeleitet werden. Wer daher die Philosophie studieren will, kann diese Seite des menschlichen Geistes nicht unberührt lassen. Aber das Naturrecht hat nicht nur für den Philosophen, sondern für jeden Menschen ein Interesse. Wir leben alle zusammen in einem Staate, und es ist nun dem Einzelnen nicht mehr gestattet, sich entweder allein oder mit seiner Familie zu isoliren, und etwa

in einen Naturstand, wie ihn Rousseau beschreibt, zurückzuziehen; wo wir unsern Fuß hinsetzen, empfängt uns irgend ein Regierungssystem, das uns keine Wahl mehr läßt, ob wir es befolgen oder nicht befolgen wollen. Wichtig muß es daher für einen jeden Menschen seyn, die natürliche Ansprüche zu kennen, die er an das Gemeinwesen und an den Staat machen kann. Im Grunde soll Jeder, der sich im Rechtsbegriff klar geworden ist, auf eine legale und bescheidene, nicht tumultuarische Weise mitwirken zum Wohl des Ganzen. *Salus publica suprema lex esto.* Dieses Wohl aber besteht ohne Zweifel in der Realisirung der natürlichen Rechtsansprüche, die der Mensch in der Socialität machen kann. Soll er sie machen, so muß er sie auch kennen lernen, und diese Anleitung gibt das Normalrecht. Aber zugleich belehrt uns dieses auch von den Grenzen unserer Ansprüche, damit nicht die Willkür, die Leidenschaft, der terroristische Ungestüm und die Unvernunft des Pöbels mehr fordere, als gebührlich ist. Völker, wenn sie lange gedrückt sind, helfen sich gerne durch Revolutionen. Diefes ist aber ein sehr unsicheres Mittel und ein Volk ist dadurch dem Zufall, der Herrschsucht der Demagogen, den großen Leidenschaften von Ruhm- und Ehrsucht Preis gegeben, und wird immer am Ende die Beute eines innländi-

schen oder ausländischen Eroberers. Der wahre Vaterlandsfreund, der die philosophische und historische Entwicklung des Rechtsbegriffs im Auge behält, wird bloß auf Reformation aber nie auf Revolution hin arbeiten. Das Bestehende, das immer mit Gebräuchen, Sitten, Gewohnheiten verschwistert ist, nie ganz aufheben, wenn es gleich veraltet ist, sondern nur verbessern, die Mißbräuche ausrotten, die Vorurtheile durch Anbietung wahrer Vortheile schwächen, die natürliche Ansprüche, die jedes Individuum auf persönliche Freiheit und Gleichheit hat, befördern, bessere Gesetze in Anregung bringen, die Volkslasten vermindern, dazu soll jeder Vaterlandsfreund mithelfen. Dieß ist der Weg der Reformation, nicht der Revolution; jenen wird jeder vorziehen, dem die Rechtsidee klar geworden ist, und um sie zu bewirken, stehen dem Patriotismus Mittel zu Gebote, die, wenn sie richtig angewandt werden, nie fehlen können. Dieß ist der allgemeine Nutzen, den jeder denkende Mensch aus dem Normalrecht ziehen kann. Die Gelehrte sollen die Lehrer für Andere seyn; Am meisten ist dieß der Fall bei den Erziehern, Geistlichen und Beamten, die in unmittelbarer Berührung mit dem Volk stehen. Haben sich diese ihre Rechtsidee in den verschiedenen Rechtsansprüchen des Menschen ausgebildet, so können sie

auch in diesem Sinne auf die Masse des Volks wirken und manches verhüten, manches befördern, was zum Wohl des Ganzen beiträgt. Keiner soll gleichgültig in Beziehung auf das Gemeinwesen seyn, keiner blos seinem Privatnutzen fröhnen, keiner den verderblichen Egoismus in sich aufkommen lassen, der auf Kosten Anderer nur sein individuelles Wohl besorgt. Die Bekanntschaft mit der Rechtsidee, die sich mit ihren Zweigen in das Familien- bürgerliche und Staats-Leben fortzieht, ist das beste Verwahrungsmittel dagegen. Das Recht bahnt den Weg zur Sitte und befördert zunächst den Bürgersinn und die Vaterlandsliebe. Und diese beide sollen wir in jedem Menschen erziehen, am besten aber geschieht das, wenn sich die wissenschaftliche Ansicht mit den praktischen Anstalten verbindet, wozu das Normalrecht der beste Wegweiser ist.

Einen besondern Nutzen schöpft vorzüglich der Jurist. Die Philosophie des Rechts muß seine Grundlage seyn, auf der er fortbaut. Die Jurisprudenz ist ohnedieß eine Kette von Begriffen und Sätzen, und jeder, der das römische Recht näher kennt, rühmt die Bündigkeit und Folgerichtigkeit seiner Schlüsse; aber bis zur Rechtsidee des Naturrechts scheint die Jurisprudenz noch nicht zurückgeführt zu seyn; denn

früher, als das positive Recht gesammelt wurde, war jenes noch nicht vorhanden. Auch der Theolog kann das Naturrecht nicht umgehen. Sein Beruf ist gewöhnlich das Sittenrichter-Amt und dieß steht mehr oder weniger mit dem Rechts-Richter in Berührung. Das Eherecht, das canonische Recht und das Sittenstrafamt beziehen sich mehr oder weniger auch auf die Rechtsidee zurück. Noch nirgends ist das Verhältniß des Staats zur Kirche und der kirchlichen Polizei völlig aufgeklärt. Auch dieß hat der Rechtsphilosoph zu entwickeln.

Erster Theil.

Fundamental-Begriffe

und

Sätze.

Ernest Thell

Fundamental-Biology

2nd ed.

Erste Abtheilung.

Philosophische Entwicklung des Rechts.

Erster Abschnitt.

Unterschied zwischen innerer und äußerer Freiheit.

§. 1.

Innere Freiheit nennen ethische Schulen das Losmachen und Unabhängigwerden, theils von fremdartigen äußeren Triebfedern und Naturgesetzen, theils von den niedern menschlichen Affectionen der Sinnen, den Begierden und Leidenschaften, überhaupt von den egoistischen Trieben der Lust und der Selbstliebe. Nach Kant besteht sie in der Selbstgesetzgebung, in welcher die Vernunft des Menschen zum Willen gleichsam gebietend spricht: „Handle so, daß die Maxime deines Wollens zu einem allgemeinen gültigen objectiven Gesetz erhoben werden kann.“ Diefes ist der berühmte kategorische Imperativ von Kant, den er an die Spitze der Ethik stellt. Man kann aber hiebei fragen: Leidet die innere Frei-

heit, die doch das Höchste für diese Weltbestimmung seyn soll, nicht einen Abbruch, wann die Vernunft auf diese Weise kategorisch gebietet? Für die bloße Willkür, der sich der Mensch so gerne überläßt, ist dieses Gebot allerdings sehr heilsam, aber soll auch der reine freie Willen von demselben gebunden werden? Dafs das Höhere dem Niedern Gesetze gebe, ist in der Ordnung, dafs aber das Höchste in uns, nemlich das transcendente Prinzip der Freiheit, einem der Vernunft innwohnenden Gesetz oder Imperativ gehorchen soll, ist inconsequent. Mehrere neuere Moralphilosophen haben dieß gefühlt, und dem kategorischen Imperativ seinen Primat genommen. Soll der Mensch der Schöpfer seiner Thaten seyn, soll Verdienst oder Schuld seine Handlungen begleiten, so müssen wir ihm eine relative Wahlvollkommenheit zugestehen, welche sich nicht nur über alle äufsere, sondern auch innere Bestimmungsgründe zu erheben vermag. Plato setzt das höchste Moralprinzip in die Verähnlichung mit Gott. Wenn nun das höchste Prädikat für Gott absolute Freiheit ist, so kann der Mensch auf keine andere Weise sich ihm nähern oder ähnlicher werden, als dafs er seine relative Freiheit der absoluten, so weit es möglich ist, näher rücke, und eben dadurch sich über alle Gesetze und Imperative erhebe. Freier und vollkommener werden, sind identisch. Der Mensch

liebt eigentlich nur seine Freiheit, er kann aber diese nicht anders erreichen, als durch das Leben der Tugend hindurch. Daher liegt die Tugend nur auf dem Wege zum Ziele, das Ziel selbst ist die absolute Freiheit und dadurch Verähnlichung mit Gott:

§. 2.

Wie wird aber die innere Freiheit zur äufsern? Vermittelst der innern Freiheit ist der Mensch ein Glied der moralischen Weltordnung, vermittelst der äufsern Freiheit ist er hingegen ein Glied der socialen Ordnung. Soll das Innere äufserlich werden, so muß es in die Formen der Sinnlichkeit übergehen, muß Raum und Zeit sich einverleiben, und immer einigermaßen ihren Gesetzen gehorchen. Soll die Idee der Tugend sich realisiren, so muß Zweck und Triebfeder in eine Handlung übergehen, und der Begriff muß sich in ein Raum- und Zeit-Verhältniß einbilden. Soll das Wesen, das an sich nie erscheint, äufserlich werden, so muß es Form und Gestalt annehmen; und sich in Reflexen darstellen. Wie der weiße Lichtstrahl, durch das Prisma gebrochen, in verschiedene Farben sich spaltet, so zerfällt die Idee an sich rein und klar, wenn sie in eine Erscheinungswelt gezogen wird, in lauter einzelne und mannigfaltige Reflexe. Nirgends erscheint sie ganz, aber theilweise überall.

So verhält es sich mit der Idee der Tugend, der Schönheit und Wahrheit.

In dem Aeufserlichwerden nimmt daher die Idee der Tugend, die an sich im freiesten Acte der Seele ruht, Form und Gesetz in sich auf, und wird — Rechtsbegriff. Das Recht ist mithin wie die Pflicht ein praktischer Vernunftbegriff, insofern die innere Freiheit in eine Socialität sich einbildet, und mit der Persönlichkeit des Menschen (nicht mit dem Urbild des Menschen) sich realisirt. Die Moralität wird, wenn sie äufserlich in das sociale Leben der Menschen übergeht, nothwendig Legalität, und die ideale Freiheit wird persönliche Freiheit.

§. 3.

In der praktischen Philosophie, welche die Deductionen ihrer Begriffe zu geben hat, kann gezeigt werden, dafs der Rechtsbegriff aus der Combination der ursprünglichen Typen, die unsern verschiedenen Vermögen innwohnen, abstamme. Setzen wir das freie, selbstständige Prinzip des Willens zu oberst, wie es in der praktischen Philosophie seyn muß, so können wir fragen, was entstehe, wenn das Vernunftgemäße oder die formale Gesetzmäßigkeit dem freien Prinzip einverleibt und in die Außenwelt übertragen werde? Die Antwort ist: Diefs ist das Recht. Die reine Gesetzmäßigkeit der Vernunft mit der Freiheit des Willens verknüpft oder was das nem-

liche ist, in die Potenz des Guten erhoben, bildet den Rechtsbegriff. Wie das Wahre ohne das Gute sich innerlich in logischen und äußerlich in Naturgesetzen, welche Nothwendigkeit mit sich führen, ausdrückt, so drückt sich das Wahre, ins Gute erhoben oder aus dem Guten sich reflektirend, innerlich als Rechtsbegriff, äußerlich in der Socialität als Rechtsgesetz aus.

§. 4.

Zur Realität des Rechtsbegriffs gehören nothwendig drei äußere Bedingungen: 1) die Persönlichkeit, 2) die Socialität und 3) ein bestimmter Grad geistiger Entwicklung.

A. Persönlichkeit.

Ein Wesen, das bloß Seele wäre, würden wir nicht Person nennen. Zur Persönlichkeit gehört eine mit dem Leib verbundene vernünftige Seele und erst dadurch wird der Mensch ein Erscheinungs-Wesen. Diese Verknüpfung von Seele und Leib bietet uns sehr verschiedene Seiten dar, je nachdem das leibliche oder das geistige Prinzip im Uebergewicht betrachtet wird. Es ist Sache der Psychologie, diese verschiedene Seiten der Persönlichkeit nach den Vermögen unseres geistigen Organismus abzusondern und in eine Reihe zu stellen. Diese lehrt uns verschiedene Grundverhältnisse des Menschen, die wir füglich in folgende Ordnung stellen können: 1) das sinnli-

che oder animalische Grundverhältniss, 2) das Intellectuelle, 3) das Gemüthliche, 4) das Sittliche und 5) das Religiöse.

Aus diesen Grundverhältnissen bilden sich, sobald der Rechtsbegriff in denselben lebendig wird, verschiedene Ansprüche, die jeder Mensch in seinem Kreise an die Gemeinschaft vernünftiger Wesen machen kann und die ihm, da sie zu den Bestandtheilen seiner Persönlichkeit gehören, nie vorenthalten werden können.

Als Sinnenwesen oder in Beziehung auf die animalische Natur sind dem Menschen gewisse Triebe, Instincte, wie der Ernährungs-, Erhaltungs- und Geschlechtstrieb eingepflanzt, und daraus folgt auch das Recht auf das Object dieser Triebe.

Diefs allein könnte man das *δικαιον φυσικον* nennen, und dahin bezieht sich allein die Definition Ulpians.

Als intellectuelles Wesen hat der Mensch das Recht zu jeder wissenschaftlichen Ausbildung, alles zu lernen, wozu Hang und Talente ihn auffordern. Er kann seine Gedanken, seine Systeme, Plane, Erfindungen frei mittheilen, und überhaupt frei benützen.

Als gemüthliches Wesen hat er das Recht, mit allen Seinesgleichen einen Wechseltausch der Gesinnungen, Gefühle, Neigungen

einzugehen. Er kann verlangen, daß seine Ehre, welche der Persönlichkeit für sich gebührt, von Jedermann geachtet werde.

Als sittliches Wesen hat er das Recht, den Werth seiner Pflichten, die ihm als Freund, als Bürger, als Mensch zukommen, gegeneinander abzuwägen und sich selbst nach dem Uebergewichte derselben in seinen Handlungen zu bestimmen. Er kann sich vor jedem Eingriff und jeder Zumuthung verwahren, die gegen seine Pflichten läuft. Kein äußeres Gebot, kein Staatsgesetz darf seine sittliche Selbstständigkeit antasten. Vielmehr ist er berechtigt, vom Gemeinwesen solche Anstalten und Bildungsmittel zu verlangen, welche die Sittlichkeit befördern.

Als religiöses Wesen hat er das Recht, eine freie und ungehinderte Ausübung seines Gottesdienstes zu fordern, und von Niemand wegen seines Glaubens angefeindet zu werden.

Diefs sind die natürliche Ansprüche des Menschen, die aus den Bestandtheilen seiner Persönlichkeit hervorgehen, — und die, wie der Mensch sich in denselben klar wird, und sie fordert, ihm nie verweigert werden können. Aber zu bemerken ist hiebei, daß die Ansprüche selbst einen verschiedenen Werth unter sich haben, so daß in Collisions-Fällen immer der niedere Anspruch dem Höhern weichen muß.

B. Socialität.

Der Rechtsbegriff kann nie ohne ein Rechtsverhältniß wirksam gedacht werden. Was der Eine als Recht verlangt, dem muß eine Verbindlichkeit oder eine Rechtspflicht im Andern entsprechen. Daher könnte im isolirten Zustande der Rechtsbegriff gar nicht entwickelt werden.

Socialität bildet ein durchgängiges Rechtsverhältniß und ihr Gebiet die Rechtssphäre. In dieser Rechtssphäre, so mannigfaltig auch ihre einzelne Richtungen sind, sondern sich drei Hauptbeziehungen ab, in welchen die Socialität einen verschiedenen Werth erhält.

Die Philosophie erweist, daß durch alle Naturwesen ein allgemeiner Maßstab gelegt seye, der ein mehrfaches Bestreben in sich enthalte. Schon Schelling hat dieses in Beziehung der Sphärenwelt gezeigt, aber es läßt sich auch auf die Gemeinschaft der vernünftigen Wesen anwenden. Es geht durch alle Weltordnungen gleichsam eine dreifache Axenbewegung, die sich zu realisiren sucht. Es gibt drei Bestreben: das erste, in sich zu seyn, das zweite, in Seinesgleichen zu seyn, und das dritte, in einem Höhern zu seyn. Diese drei Bestreben sollen so geordnet seyn, daß sie nebeneinander bestehen, daß keines es ganz gewinne, keines ganz unterliege, ob sie gleich in einem beständigen Streite begriffen scheinen. In der Na-

turwelt haben wir ein Bild davon an der mehrfachen Rotation der Sphären.

Und so verhält es sich auch in der Socialität der Menschen.

Das erste Bestreben (in sich zu seyn) drückt sich im Familienleben aus.

Das zweite Bestreben (in Seinesgleichen zu seyn) drückt sich im geselligen Leben aus, und

das dritte Bestreben (in einem Höhern zu seyn) finden wir im bürgerlichen Leben.

Nach dem ersten wird das Individuum als Familienoberhaupt mit vorherrschenden Ansprüchen betrachtet. Der Familienvater befiehlt, ordnet alles, und alle übrige Glieder sind ihm untergeordnet. Die Familie ist gleichsam ein abgeschlossener Kreis, der sich um sich selbst bewegt, in sich zu beharren, und seine Selbstständigkeit so viel möglich zu erweitern sucht. Der Hausvater stößt alle fremde Eingriffe zurück, und will in seinem Kreise allein Herr seyn.

Nach dem zweiten Bestreben wird das Individuum als gesellige Person mit gleichen Ansprüchen betrachtet. Der Nachbar steht zum Nachbar und so alle Glieder eines Gemeinwesens auf gleicher Stufe nebeneinander. Keiner kann sich etwas vor dem andern herausnehmen, keiner besondere Vorzüge geltend machen.

Nach dem dritten Bestreben wird das Indivi-

duum als Glied des Staats mit untergeordneten Ansprüchen betrachtet. Der Staat repräsentirt ein Ganzes, und diesem sind alle Individuen untergeordnet.

Diese Verhältnisse der Socialität sind nicht etwa willkürlich eingetheilt, um zum Behuf eines Systems eine bessere Uebersicht zu gewinnen, sondern gehen aus den natürlichen Ansprüchen hervor, die sich von selbst im geselligen Menschen entwickeln. Wir können sagen, so gewiß diese Bestreben ursprünglich im Menschen liegen, so gewiß muß der Mensch diese dreifache Sphäre der Socialität in sich entwickeln.

C. Bestimmter Grad der geistigen Entwicklung.

Socialität setzt schon einen gewissen Grad von Kultur und Bildung voraus. Wir können sie daher nicht in einer isolirten Familie, wie in dem Hirten- und Jägerleben, auch nicht in isolirten Stämmen, wie bei den rohen unkultivirten Völkern, suchen, sondern nur in Nationen, die sich schon zu allseitigen Berührungen ausgebildet haben. Es gibt ein Kindes-, Knaben-, Jünglings-, Manns- und Greisen-Alter der Menschheit. Wie im Individuum die geistige Entwicklung in den frühern Altern noch sparsam ist, und sich nur an die Elemente hält, so ist es auch in den frühern Altern der Menschheit. Der Rechtsbegriff ist die Frucht des Jünglings- und Manns-Alters. Nach

der Deduction ist der Rechtsbegriff das Wahre im Guten. Dieß setzt voraus, daß die Vernunft einerseits erhellt, der Wille andererseits schon durch Moral geläutert seye, und dann erst kann der Rechtszustand wirklich werden. In den frühern Altern sehen wir nur die Vorbereitungs-Anstalten dazu. Die historische Entwicklung des Rechtsbegriffs wird diese Sätze deutlich machen.

Zweiter Abschnitt.

Grundsätze, die aus der Rechtsidee abstammen.

§. 5.

Sind die äußere Bedingungen eines Rechtszustandes gegeben, nemlich Persönlichkeit, Socialität und ein bestimmter Grad geistiger Entwicklung, so erhält der Mensch eine Rechtssphäre, in welcher er seine Ansprüche realisiren kann.

Das Erste, was der Mensch zufolge der Rechtsidee fordert, ist die persönliche Freiheit und dieß ist nun auch der erste Grundsatz des Normalrechts.

Das Recht, das auf dem Grundsatz persönlicher Freiheit beruht, nennt Kant das angeborene Recht.

Dieser Ausdruck hat aber in dieser Beziehung etwas schwankendes. Denn wenn gleich dieses Recht aus den natürlichen Ansprüchen folgt, so muß es doch entwickelt, und der Mensch muß sich in demselben klar geworden seyn. Wir fin-

den aber in der Geschichte eine Menge Völker, in welchen kein Rechtszustand wahrgenommen wurde, was nicht seyn konnte, wenn das Recht als Recht angeboren wäre.

Fichte nennt dieses Recht Urrecht oder das absolute Recht der Person, in der Sinnenwelt nur Ursache (nie Bewirktes) zu seyn, d. h. jedes freie Wesen hat eine Causalität in seinem Willen und dadurch das Recht, nie wie eine Sache behandelt zu werden. Dieser Satz ist eigentlich ethisch, von welchem der Rechtsbegriff erst abgeleitet werden kann.

Die Rechtsidee begründet den Grundsatz der Freiheit in der Ausübung aller der Functionen, welche zu den wesentlichen Grundverhältnissen der Persönlichkeit und zu den äußern Beziehungen der Socialität gehören.

Die Freiheit ist eine ins Unendliche sich expandirende Kraft und im Begriffe ihres Rechts liegt keine andere Beschränkung für sie, als welche aus den Grundverhältnissen selbst hervorgeht. Vermittelst dieses Rechts würde der Mensch auf die ganze Sphäre der Freiheit, welche seine Thätigkeit ausfüllen könnte, Ansprüche machen, wenn nicht eine entgegenwirkende Kraft ihn beschränkte.

§. 6.

Es gibt kein Ich ohne ein Du; Gemeinschaft intelligenter Wesen ist nothwendige Bedingung der

Entwicklung jener Grundverhältnisse, aus welchen die Rechtsansprüche entspringen. Es muß daher eine gemeinschaftliche Anerkennung gleicher Wesen, d. h. gleicher Persönlichkeiten wie die Meinige statt finden. Dadurch verliert die Totalsphäre der Freiheit den Werth des Unbegrenzten, und alle diejenige, die gleiche Ansprüche auf Persönlichkeit mit mir haben, können verlangen, daß die Sphäre der Freiheit mit ihnen getheilt werden solle und zwar in eben so viele Theile, als Prätendenten vorhanden sind.

Setzen wir eine bestimmte Anzahl von Individuen auf den Normalstand des Rechts zurück, und bilden uns ein, diese Menschen nähmen eine Insel in Besitz, die vorher von Niemand okkupirt ist, wie würden sie nach dem Normalrecht verfahren müssen? Die Insel ist die Sphäre der Freiheit. Wäre nur Einer da, so würde dieser vermittelst des Grundsatzes der Freiheit sie ganz in seine Disposition nehmen, und allein unumschränkter Herr auf ihr seyn. Sind aber Mehrere da, so muß er nach dem Normalrecht die Ansprüche der Andern, die aus gleicher Persönlichkeit fließen, und eben so gültig sind, als seine Eigene, respectiren, d. h. er muß die Sphäre der Freiheit, nemlich die Insel mit denselben theilen und zwar, weil keine Person ursprünglich einen Vorzug vor der andern hat, zu gleichen Portionen.

Dieſs iſt der Grundsatz der Gleichheit, der zweite, der aus der Rechtsidee abſtammt.

In der Gleichheit wird die Sphäre der Freiheit nothwendig eine beſchränkte und abgetheilte. Der Einzelne darf ſich keine Eingriffe in die Sphäre der Andern erlauben, und darf die natürliche Ansprüche, die aus ſeinen Grundverhältniſſen folgen, nur ſo weit geltend machen, als die Andere dadurch nicht geſtört werden. Beſchränkung der äußern Freiheit aber heiſt Geſetz und zwar Rechtsgesetz und ſomit ſehen wir ſchon, wie der Uſprung der Geſetze aus den beiden Grundsätzen der Rechtsidee nemlich Freiheit und Gleichheit ſich ableiten läßt, was ich hier nur andeuten wollte; denn die Befugniß zur Geſetzgebung muß eben ſo wohl einer Deduction fähig ſeyn, als alles Andere.

§. 7.

Nach dem zweiten Grundsatz der Gleichheit ſoll die Sphäre der Freiheit in eben ſo viele Theile getheilt werden, als Perſönlichkeiten von gleichen Anſprüchen vorhanden ſind. Der Theil der Sphäre aber, der einem Individuum zugefallen iſt, und den daſſelbe mit ſeiner Thätigkeit ausgefüllt, d. h. in Beſitz genommen hat, iſt ſein Eigenthum, in welchem ſeine Freiheit ſich auf beliebige Weiſe realisiren kann, und welches nach dem Normalrecht unantastbar von außen iſt.

Nun ist aber im Menschen ein selbstsüchtiges Wesen, eine Willkür, angetrieben von Begierden und Leidenschaften, von Ehr-, Ruhm-, Herrsch- und Habsucht, welche die vorgeschriebene Grenzen leicht überschreitet, und dadurch jene Gleichheit der Rechtssphäre jeden Augenblick durch Gewalt stören kann. Es muß daher, wenn nicht die beide Grundsätze der Rechtsidee vergeblich und unnütz werden sollen, ein Dritter hinzukommen, der sie haltbar macht. Dieser Dritte ist der Grundsatz der Sicherheit.

Gesetzt, die Sphäre der Freiheit wäre unter eine bestimmte Anzahl Personen nach dem Normalrecht in gleiche Portionen vertheilt, und jeder wäre mit seinem Nachbar durch diesen Act der Theilung übereingekommen, was das Mein und das Sein seyn solle, so schließt dieß noch keineswegs aus, 1) den Eingriff eines fremden, der einen Theil aus unserem Theil nehmen möchte, 2) die nachfolgende Willkür und Gewalt der ersten Theilhaber, die ihren Theil durch die Theile der Anderen vergrößern möchten, und somit wäre der Mensch jeden Augenblick seines Besitzes ungewiß, was nach dem Normalrecht nicht seyn soll, wenn nicht zugleich noch ein drittes hinzukommt, was den Besitz oder die bestimmte Sphäre der Freiheit sichert. Soll dieses dritte nun normalrechtlich konstituiert seyn, so muß es durch die Wahl aller einzelnen Theil-

haber geschehen. Diese übertragen einem Dritten die Obhut ihrer Ansprüche, und versehen ihn mit so viel Mitteln, als nöthig ist, um theils den einzelnen Unruhestiftern gewachsen zu seyn, theils die äußere Angriffe abzuhalten, theils durch Einsicht die schwierige Fälle zu entscheiden. Dieses Dritte ist das Gericht, das ursprünglich in seiner gesetzgebenden, richtenden, ausübenden und beschützenden Macht noch nicht getrennt erscheint. Macht, Ansehen, Einsicht und Liebe zum allgemeinen Wohl müssen die Eigenschaften und Bestandtheile dieses Gerichts seyn. Auch im naturrechtlichen Stande kann die Partei nicht zugleich Richter seyn. Wenn daher Streitigkeiten zwischen Parteien entstehen, so muß ein Dritter da seyn, der über beiden steht, und dessen Entscheidung beide gehorchen müssen. Dieser Dritte muß daher Einsicht und Kenntniß haben, um Rechtssprüche zu geben, und Macht und Ansehen, um sie zu exequiren.

§. 8.

Der Grundsatz der Sicherheit folgt mithin eben so nothwendig aus der Rechtsidee, als die beide vorhergehende der Freiheit und der Gleichheit.

Mit dieser Deduction fällt die Einwendung von Kant und anderer Naturrechtslehrer hinweg, „daß der naturrechtliche Stand des Menschen sich noch nicht mit einer öffentlichen Ge-

„gesetzgebung verträge. Denn das, was aus einer „öffentlichen Gesetzgebung herrühre, seyen erworbenene Rechte, nicht angeborne (wie sie Kant nennt), und diese beide könnten gar wohl kollidiren.“ Offenbar hat Kant der Mißverständnis zwischen angeborenen und den aus natürlichen Ansprüchen entwickelten Rechten zu dieser Behauptung verleitet. Die Idee des Normalrechts fällt nicht in den Naturstand, wo der Mensch, sich in seinem Rechtsbegriff noch nicht klar geworden, auch keine Ansprüche machen kann, sondern schon in eine bestimmte entwickelte Stufe der Socialität. Was daher nach dem Normalrecht seyn sollte, treffen wir in den frühern Epochen der Geschichte noch gar nicht an, nemlich persönliche Freiheit und Gleichheit. Da, wo wir sie aber antreffen, da ist auch das Element der Gesetzgebung zugleich gegeben. Der Grundsatz der Gleichheit läßt sich nicht ohne eine Beschränkung der Freiheit der Einzelnen denken. Diese Beschränkung heist Gesetz, ist es eine innere Selbstbeschränkung, so ist das Gesetz ethischer Natur, ist es eine äußere durch Konstitution gegebene Beschränkung, so ist das Gesetz rechtlich und aus Gesetzgebung entstanden.

In der Socialität läßt sich vor der Hand nie auf ethische Gesetze der Selbstbeschränkung rechnen, daher muß eine öffentliche Gesetzgebung statt finden. Somit folgt schon aus dem Grund-

satz der Gleichheit das Element der Gesetzgebung, aber es wird erst vollendet durch den Grundsatz der Sicherheit, aus welchem das öffentliche Gericht hervorgeht. Wenn der Richter sprechen soll, so muß er entweder nach eigener Einsicht und Willkür oder nach einem aufgestellten Gesetz sprechen. Jenes duldet das Normalrecht nicht, mithin muß dieses die Basis aller Rechtsprüche seyn. Man kann immer fragen, ob dann, wenn auch nur von angeborenen Rechten die Rede ist, sie anders einen öffentlichen Ausdruck erhalten können als durch eine bestimmte Rechtsverfassung? Ich kann doch nicht in jedem einzelnen Falle mit meinem Nachbar übereinkommen, was recht seyn soll und ihm etwa sagen: mein angebornes Recht fordert diese Beschränkung von deiner Seite und dagegen mache ich mich verbindlich, auch deine Ansprüche zu respectiren. Es muß daher in jedem Zustande schon eine bestimmte Norm festgesetzt seyn, nach der wir beide uns zu richten haben. Die Gleichheit schon erfordert eine allgemeine Norm, sonst müßte nothwendig eine Ungleichheit entstehen.

§. 9.

Aus dem Grundsatz der Sicherheit sehen wir nun auch die Elemente eines Gemeinwesens, eines Regierungssystems, eines Staats normalrechtlich hervorgehen, und es scheint mir daher irrig zu seyn, wenn Kant mit Andern behauptet, der

Staat und die öffentliche Gesetzgebung könne nicht naturrechtlich abgeleitet werden. Beides ruht ursprünglich schon in der Rechtsidee, und sie darf sich blos in ihre Grundsätze entwickeln und in die Rechtssphäre übergehen, um beides zu realisiren. Mit Unrecht hat daher Kant blos die Freiheit und Gleichheit für die einzige Bestandtheile des Rechtsbegriffs angesehen, der Grundsatz der Sicherheit folgt eben so schulrecht daraus als die andern beide. Bisher hat man die Sicherheit nur als einen Gegenstand der Polizei in die Construction eines Staats aufgenommen, was aber nur ein entfernt abgeleiteter Begriff von dem normalrechtlichen Grundsatz der Sicherheit ist.

§. 16.

Aus dem Grundsatz der Sicherheit folgt ferner auch das Zwangsrecht. Wenn Beschränkung der Freiheit Gesetz heißt, so heißt Beschränkung der Willkür, welche das Gesetz übertreten will, Zwang. Ohne Zwang kann kein Rechtszustand gedacht werden. Solange die Ordnung in der Socialität und die Nothwendigkeit des Rechts, um jene zu schützen und zu wahren, nicht in eine allgemeine moralische Ueberzeugung übergeht, wodurch freilich vermittelt der Selbstbeschränkung die Aeufßere unnütz würde, so lange muß ein Zwangsrecht die Stelle jener fehlenden Ueberzeugung vertreten. Zwang und

Freiheit bestehen in dem Recht an sich, und müssen daher auch in allen abgeleiteten Rechten nebeneinander bestehen können, ohne daß Eines das Andere ganz aufhebt, sondern nur beschränkt, und gerade dieß Nebeneinanderbestehen ist Eigenschaft des Rechtsbegriffs. Würde der Zwang absolut, so würde die Sphäre der Freiheit aufgehoben, und das Individuum hörte auf, Person zu seyn, und damit würde auch das Recht zerstört. Würde die Freiheit absolut, so würde die Sphäre eine Unendliche, das Individuum würde zum Absoluten erweitert, die Socialität wäre aufgehoben und mit ihr auch das Rechtsverhältniß. Unrecht und Zwangsrecht bilden miteinander den Gleichgewichtspunct für die Rechtssphäre, aus dem alle übrige Rechte abgeleitet werden können. Hier sehen wir schon die Elemente der Civil- und Criminal-Gesetzgebung entstehen.

Dieß ist die Ableitung der drei Grundsätze, welche die Rechtsidee erfüllen. Wo sie sich so vereinigen, daß keines das andere aufhebt, sondern nur in wechselseitiger Beschränkung einander bindet, da ist der Rechtszustand gut beschaffen.

Dritter Abschnitt.

Entwicklung der Kategorien der Normalidee des Rechts.

§. 11.

Die Grundformen, in welche nach gegebenen äußeren Bedingungen die bisher abgeleitete Grundsätze übergehen, nenne ich die Kategorien des Normalrechts.

Die Sphäre, die meiner freien Thätigkeit überlassen ist, ist mein Eigenthum. Diefes ist die erste Kategorie.

Würden alle Bewohner des Erdbodens auf einmal in den Normalstand versetzt, und in allseitiger Berührung nebeneinander angenommen, so würde die ganze Sphäre nach der Zahl der Personen vertheilt werden müssen, und jeder Person würde eine gleiche Portion zufallen, und diese Portion wäre denn Eigenthum, worinn alle miteinander übereinkämen. Wir erhielten auf diese Weise eine materiale Gleichheit. Dieser strengnaturrechtliche Zustand kann aber nur für einen Augenblick richtig angenommen werden. Denn entweder müßte die freie Disposition über Eigenthum aufgehoben werden, was den Grundsatz der Freiheit zernichtete, oder es muß schon im nächstfolgenden Zustande eine materiale Ungleichheit in den Portionen eintreten. Jenes duldet die Rechtsidee nicht. Jede Person soll mit

seinem Eigenthum nach Belieben schalten und walten können, sie soll dasselbe vermehren oder vermindern oder gar entäußern und ihr Recht darauf beliebig auf andere übertragen können.

Dieses hingegen, nemlich die materiale Ungleichheit, kann auf andere Weise kompensirt werden.

Diese Kompensation ist der Vertrag und diefs ist die zweite Kategorie. Wenn ich mit dem Andern übereinkomme, was das Meinige und das Seinige seyn soll, so mögen die Portionen so ungleich seyn als sie wollen; es liegt alsdann die Gleichheit in der gemeinschaftlichen Uebereinstimmung unserer Willen und diese formale Gleichheit im Vertrage hebt alle materiale Ungleichheit im Eigenthum wieder auf. Die Form steht über der Materie.

Nach dem Grundsatz der formalen Gleichheit wäre nun zwar das Mein und das Dein bestimmt, aber nicht gesichert. Da in der menschlichen Gesellschaft unzählige Störungen aus dem niedern Begehrungsvermögen hervorgehen, so würde der Rechtszustand jeden Augenblick in Gefahr stehen, wenn nicht eine Garantie des Eigenthums und des Vertrags festgestellt würde, und diefs ist nur möglich, wenn alle Eigenthümer und Paciscenten unter dem Schutze einer dritten Macht stehen. Diese dritte Macht wird durch die ge-

meinschaftliche freie Wahl Aller zum Oberhaupt, oder wenn es Mehrere sind, zum obersten Gerichtshof konstituiert und mit allen Mitteln versehen, welche jenen Störungen begegnen können, z. B. Macht, Ansehen, Würde, Reichthum u. s. w. Freie Wahl ist die dritte Kategorie.

§. 12.

Dies sind nun die drei Hauptbegriffe des Rechts, gleichsam drei Exponenten, welche die ganze Rechtssphäre ausfüllen und daher die Rechtskategorien genannt werden können, nemlich Eigenthum, Vertrag und Wahl. Sie hängen zugleich mit jenen Grundsätzen auf ursachliche Weise zusammen:

1) Weil der Mensch eine äußere Freiheit haben soll, so muß er auch ein Eigenthum haben, an dem er seine freie Thätigkeit realisiren kann. Dieses Eigenthum kann nur Sache seyn, und das Recht, seine Willkür an der Sache auszuüben, heist dann Sachenrecht nach Kant. Personen können nach dem Normalrecht nie Eigenthum werden. Die Persönlichkeit darf in keinem Wesen gleicher Art mit uns als veräußert angesehen werden, und daher findet auch keine freie Willkür auf dieselbe statt.

2) Weil der Mensch eine äußere Gleichheit haben soll, diese aber auf materiale Weise im Eigenthum nicht stattfinden kann, so muß auf

formale Weise der Vertrag sie herstellen, welcher die gleichste Uebereinstimmung zweier Personen in sich begreift. Der Vertrag gehört, da sowohl Eigenthum als persönliche Dienstleistungen sein Gegenstand seyn können, halb zum Sachen- halb zum Personen-Recht.

3) Weil der Mensch auch äußere Sicherheit, sowohl des Eigenthums als des Vertrags, haben soll, so müssen alle, die einen Gesellschafts-Zustand miteinander eingehen, durch gemeinschaftliche freie Wahl eine Macht unter sich konstituiren, welche allen Störungen gewachsen ist.

Dieses Recht ist ganz persönlich, denn jede Wahl, wodurch der Mensch sich Sicherheit verschaffen will, ruht auf persönlichem Zutrauen und auf den hervorstechenden Eigenschaften des Subjects, das der Wahl freisteht. Man hat bisher die Kategorie der Wahl oder das Wahlrecht nie naturrechtlich gewürdigt und doch geht es, wie der Grundsatz der Sicherheit eben so konsequent aus der Entwicklung der Rechtsidee hervor, als Freiheit und Gleichheit, Eigenthum und Vertrag.

Es wurde in den bisherigen Naturrechtslehren auf den dreifachen Unterschied der aus den Grundsätzen und Kategorien der Rechtsidee entspringenden Rechte, obschon Kant darauf aufmerksam gemacht hat, nicht genug geachtet. Es gibt 1) ein reines dingliches Recht (*jus reale*);

2) ein gemischtes dinglich - persönliches Recht (jus realiter personale) und 3) ein rein persönliches Recht (jus personale). Alle drei sind abgeleitete Rechte und gehen erst hervor, wenn die Verhältnisse des Eigenthums und der Persönlichkeit in der Socialität schon konstituiert sind.

Eben so gibt es drei Hauptgattungen des Eigenthums:

- 1) Reines Real-Eigenthum, Grund und Boden (unbewegliche Güter), Waaren (bewegliche Güter), allgemeines Tauschmittel (Geld).
- 2) Gemischtes Personal-Real-Eigenthum, Fleiß und Arbeit, Gewerbe, Kunst (Industrie und Kultur).
- 3) Reines Personal-Eigenthum, der öffentliche Karakter, die Ehre, die Stellung gegen den Staat als Glied des Ganzen, Amt und Beruf (Antheil am öffentlichen Wohl).

Von diesen drei Rechten und drei Gattungen von Eigenthum wurden in den bisherigen Naturrechtslehren nur zwei, nemlich Sachen- und Personen-Recht, Real- und Personal-Eigenthum anerkannt, das dritte hingegen, das eben so für sich besteht, unter die beide Andern vertheilt, aber so, daß das reine Personenrecht beinahe leer ausgieng. Väterliche Gewalt, Vormundschaft, Tutel, Ehe gehören allerdings zum Personenrecht, aber nur zu dem niedern Grad desselben, was Kant schon bemerkt, wenn er die Verhältnisse

der Eltern zu den Kindern in das dinglich-personliche Recht verweist. Am reinsten wird das Personenrecht in der Ehre, in dem bürgerlichen Verhältniß des Individuums zum Staat, im Antheil am öffentlichen Wohl, in Amt und Beruf. Da man bisher den Grundsatz der Sicherheit und das Wahl- und Stimmrecht übersehen hat, so war die natürliche Folge, daß man auch das Personenrecht in seiner Reinheit nicht erkannte.

Eben so ist auch das gemischte personal-reale Eigenthum, das in Fleiß und Arbeit, technischer Kunst und Gewerbe, überhaupt in Industrie und Kultur besteht, nicht gehörig beachtet worden. Die Formation und Specifikation oder Bildung und Gestaltung muß immer an einem realen Stoff vor sich gehen, und ein Werk des Fleißes oder der Kunst seyn. Dadurch erwirbt sich der Mensch ein Recht auf den Nutzen, den die Industrie und Kultur des Stoffes gewährt, oder ein Recht auf den Ertrag. Nun ist Fleiß, Arbeit, Kultur ein Personal-Eigenthum, insofern es sich aber immer an dem Stoffe ausdrückt, auch real, und gehört mithin zum persönlich-dinglichen Recht (*jus personaliter reale*). Die Einsicht in dieses Recht ist dadurch wichtig, weil alle Dienstbarkeits-Verhältnisse oder alle Verbindlichkeiten, die auf Fleiß, Arbeit, Kunst, Gewerbe, Kultur beruhen, nie allein aus dem dinglichen Rechte, sondern aus dem persönlich-dinglichen Rechte beurtheilt wer-

den müssen. Auch wird es hier kaum der Bemerkung bedürfen, daß man das Personalrecht (*jus personale*) als ein abgeleitetes nicht verwechsle mit den obenangegebenen Rechten der Persönlichkeit, welche ursprünglich sind, und *jura personalitatis* genannt werden könnten.

Somit hätten wir eine mehrfache Ableitung erhalten: 1) aus den drei Kategorien, die drei Rechte, *jus reale*, *jus personaliter reale* und *jus personale*. 2) Aus diesen drei Rechten drei Hauptgattungen des Eigenthums, wo nemlich der Begriff des Eigenthums an sich wieder nach den Rechten modificirt erscheint.

Kant spricht von einer physischen Besitznahme (*detentio physica*) und von einem intelligiblen Besitz (*possessio noumenon*). Dieser letztere soll die Absicht enthalten, über eine Sache disponiren zu wollen, solange dieß durch einen dritten nicht unmöglich gemacht seye. Dieß wäre offenbar ein Besitz in der Einbildung, aber kein intelligibler. Weit besser könnte man das reine Personaleigenthum einen intelligiblen Besitz nennen, weil hiebei weder von einer Realität noch von einer Formation die Rede ist, wie z. B. der Besitz der Ehre, des öffentlichen Karakters, des Antheils am öffentlichen Wohl in Wahl und Stimmrecht.

§. 13.

Um das Ineinandergreifen der Grundsätze

und Kategorien anschaulicher zu machen, will ich es an einem hypothetischen Fall erläutern, in welchem alles auf den normalrechtlichen Stand zurückgeführt wird, und alle bisher entwickelte Sätze sogleich in Anwendung kommen:

Gesetzt, es würde eine Familie an eine Insel verschlagen, die unbewohnt wäre, so könnte sie nach dem ersten Grundsatz der Freiheit oder vielmehr nach der freien Disposition über Sachen (*jus reale*) sich derselben mit ihren Erzeugnissen zum Lebensunterhalt bemächtigen. Diese Bemächtigung heißt *Occupatio*. Diese Insel wird aber dadurch noch nicht Eigenthum und am wenigsten gesichertes Eigenthum. *Occupatio* ist noch nicht *Possessio*, weil noch keine Zustimmung anderer gleicher Prätendenten, die noch kommen können, oder *Declaratio* erfolgt ist, und noch weniger ist es *Appropriatio*, weil noch kein Gerichtshof vorhanden ist, der es dem Besitzergreifer adjudicirt und in seinem Besitz zu beschützen im Stande ist. Die Okkupation folgt aus dem *jure incolatus*, wie es Kant nennt (*An-siedlungs-Recht*). *Jus incolatus* ist eines der ursprünglichsten Rechte, das der Mensch ansprechen kann. Wer auf dieser Erde geboren wird, bringt natürlich auch das Recht mit, auf ihr zu leben, sich zu ernähren und zu erhalten. Das Recht des Menschen, sich von den Erzeugnissen der Erde zu nähren, ist sein Geburtsrecht; wo er

daher durch Gunst oder Ungunst des Geschickes ein Plätzgen erhält, das noch nicht einem Andern zugehört, so kann er dasselbe vermittelst des *jus incolatus* okkupiren. Denn ehe ein Rechtszustand eintreten kann, muß vorher das Leben der Person, ihre Ernährung und Erhaltung gesichert seyn. Das *jus incolatus* ist mithin die *conditio sine qua non* alles Rechtsverhältnisses und es enthält den Grundsatz: der Erdboden gehört der ganzen Menschheit, und nach dem Normalrecht findet ursprünglich kein Vorzug unter den Personen statt.

Gesetzt nun — es werde eine zweite Familie an diese Insel verschlagen, wie verhält es sich alsdann? Diese fordert nach dem zweiten Grundsatz der Gleichheit die Hälfte, und diese kommt ihr auch ohne Weiteres zu. Denn an der willkürlichen Deklaration der ersten Familie, daß sie diese Insel schon okkupirt und im Genusse hätte, daß schon überall das Besitzergreifen durch allerlei verständige Formen bezeichnet wäre, liegt nichts, wenn vom Normalrecht einer andern Persönlichkeit die Rede ist. Der Satz: *prior tempore potior jure*, ist im Normalrecht nicht zulässig, weil die Zeit als sinnliche Form keine Störung in die Rechtsidee einmischen kann. Denn sonst würde ein Häufgen Menschen, das von irgend einem Punkte auf einmal in der Absicht ausgieng, sich in gewissen Regio-

nen dauerhafte Wohnplätze zu verschaffen, denjenigen unter ihnen, die am besten laufen könnten, die Okkupation derselben überlassen müssen, und das Recht würde mithin in der Schnellekraft der Beine bestehen, was absurd lautet. Jener Satz gilt nur so viel, daß der prior occupans rechtlich nicht von der Insel vertrieben werden könne, sondern daß ihm sein Theil zugeschieden werden müsse, aber der wievielte Theil ihm zukomme, das hängt von den gleichen Ansprüchen der Andern ab. Nie darf der Zufall, wie z. B. die erste Entdeckung, wobei nicht einmal irgend ein Verdienst seyn kann, in Berechnung kommen, wenn vom Normalrecht die Rede ist. Da die zweite Familie vermittlest des jus incolatus eben so gut ihre Subsistenz fordern kann, wie die Erste, dieselbe aber auf keinem andern Boden als dem der ersten Familie findet, und auf der andern Seite aus gleichen Ansprüchen der Freiheit nicht nöthig hat, der ersten Familie als Knecht und Magd oder gar als Sklave zu dienen, so würde, wenn der prior occupans nicht genau den Grundsatz der Gleichheit respectirte, der Streitpunct auf das Recht des Stärkern reducirt, und müßte, wie bei den wilden Völkern, durch das physische Uebergewicht entschieden werden, was das Normalrecht nie zugeben kann. Wo zwei Individuen sind, ist schon ein Vertrag möglich, und die zwei Familien müßten daher über

die Theilung der Insel einen Vertrag schliessen; nach welchem Jeder durch gesteckte Gränzen ihre Portion angewiesen würde. Dann erst geht die Occupatio in Possessio über, weil ein Vertrag existirt. Ob dann in diesem Vertrag gleiche Theile stipulirt sind, daran liegt nichts, weil die formale Gleichheit der Willen die materiale Ungleichheit des Bodens kompensirt.

So verhält es sich auch, wenn noch eine dritte, vierte, fünfte Familie auf die Insel verschlagen wird; die Insel müßte immer aufs neue getheilt, und der Besitz durch wechselseitigen Vertrag anerkannt werden.

Man wundert sich vielleicht über solche Sätze, die nun unserer Gesetzgebung und Rechtsverfassung so ganz fremd geworden sind, was allerdings wieder seinen rechtlichen Grund hat, den ich später berühren werde, aber es ist der Fehler des Naturrechts, daß man den Werth des Menschen auf den anfänglichen Natur- und Sinnen-Stand reducirt, wo der prior occupans alle neue Ankömmlinge zurücktreibt, dagegen aber die Normalidee des Naturrechts nicht berücksichtigt, nach welcher der Grundsatz der Gleichheit keine Einrede, die aus Zeit und Umständen genommen ist, gestattet. Die Geschichte bestätigt es. Gerade da, wo das Normalrecht in der Erscheinung sich am meisten realisirte, wie in den griechischen und römischen Republiken, war auch oft von einer

lex agraria, d. h. von einer gleichen Gütervertheilung die Rede, und wurde zum Theil auch ausgeführt.

Gesetzt nun, es kommen eine Menge Familien in die nemliche Insel, die das jus incolatus ansprechen, und nach dem Grundsatz der Gleichheit ihre Portionen verlangen und erhalten, so müssen sich natürlich auch andererseits alle Störungsmomente, wie Habsucht, Herrschsucht, Haß, Zwietracht, List, Faulheit, Müßiggang, Verschwendung vervielfältigen, so daß Besitz und Vertrag einer steten Gefahr ausgesetzt sind. In dieser Lage wird sich immer die Rechtsidee in den Grundsatz der Sicherheit entwickeln, und die Familien zusammen werden eine gerichtliche Macht konstituiren, welche über alle Streitpuncte entscheidet, und alle Parteien im Zaum zu halten vermag. Diese gerichtliche Macht soll den gemeinschaftlichen Willen repräsentiren, und darum wird auch ihre Erklärung eine Verbindlichkeit für alle. Alsdann geht der Besitz in Appropriatio durch die Adjudication eines Gerichtshofs über, und jetzt ist die Sache durchaus legales Eigenthum geworden, und hier erst fängt der positive Stand der Dinge an, in welchem das Normalrecht mit seinem Grundsatz der Gleichheit eine Modification erleidet, in der dieses Eigenthum nun nicht mehr weiter vertheilt werden darf. Wenn einmal der Grundsatz der Sicherheit festgestellt ist, so muß der Grundsatz der

Gleichheit ihm sein Recht abtreten, weil jener höher ist, als dieser.

Die Natur ist auch hierinn die beste Lehrmeisterin. In einer allmählig sich ansiedelnden Colonie wird sich der Grundsatz der Sicherheit in Beziehung auf Eigenthum und Vertrag erst dann entwickeln, wenn schon so viele Bewohner vorhanden sind, daß der ganze urbargewordene Boden zu ihrer Subsistenz verwendet werden mußte. Die Colonie erhebt sich zum Staat und in diesem wird der naturrechtliche Satz der Gleichheit durch höhere Grundsätze modificirt.

Der Grundsatz der gleichen Vertheilung hat übrigens auch im *jure incolatus* seine Gränze. Auch bei bloßer Okkupation darf nur so lange getheilt werden, bis das übrig bleibt, was ein Jeder zur Ernährung und zum Unterhalt seiner Familie nöthig hat. Das *jus vitae sustentationis* modificirt das *jus incolatus*. Wäre Ueberbevölkerung unter solchen Prätendenten, so müßte das Loos die Auswanderung entscheiden, um sich an andern Orten anzusiedeln. Eine totale Ueberbevölkerung des Erdbodens darf nicht angenommen werden, sie würde nothwendig zur Verhungerung und zum Todschatz führen, was gegen den ethischen Plan einer Welt und gegen das Evolutionsgesetz der Menschheit streitet. Vielmehr dürfen wir ein inneres Verhältniß zwischen den productiven Kräften des Erdbodens und den darauf woh-

nenden Konsumenten annehmen. Es gibt daher nur eine partiale Ueberbevölkerung, der die Auswanderung abhilft.

Vierter Abschnitt.

Darstellung des Rechtsprinzips aus der Rechtsidee.

§. 14.

In dem ersten Hauptstück folgerten wir nach und nach auf die wesentliche Bestandtheile, welche dem Recht an sich zukommen. Sie sind:

1) die Rechtsidee. 2) Die drei Grundsätze: Freiheit, Gleichheit und Sicherheit. 3) Die drei Kategorien: Eigenthum, Vertrag und Wahl. 4) Die Rechtssphäre, 5) die drei äussere Bedingungen der Rechtssphäre: Persönlichkeit, Socialität und ein bestimmter Kulturgrad. 6) Die Folgerung vorausgesetzter Bedingungen, wie die verschiedenen Grundverhältnisse und Bestreben des Menschen:

Diese Momente sind die Faktoren des ganzen Rechtsgebiets, und was in demselben nun gesetzt wird, muss ein Product dieser Faktoren seyn, es fragt sich nun: „können wir nicht

„ein Prinzip angeben, welches alle die Faktoren
„zur Einheit verbindet, und in einen Satz, der Um-
„fang und Gehalt bestimmt auffasst?“ Zur Lösung
dieser Frage müssen wir jene Momente selbst wieder
uns verdeutlichen und in eine Ordnung stellen.

§. 15.

Erstes Moment.

Die Rechtsidee wurde bestimmt als das Wahre
im Guten. Wahrheit und Tugend sind ursprüng-
lich der Seele eingepflanzte Ideen, werden sie nun
auf irgend eine Weise verbunden, so ist die Ein-
heit dieser Verbindung eine abgeleitete Idee, und
als solche setze ich die Rechtsidee. Diese
Verbindung wird aber so gesetzt, daß die Tu-
gend der Grund bleibt, in welchen das Wahre
eingetragen wird. Tugend aber ist ein freies Werk
des Menschen, während die Wahrheit festbestimm-
te Fundamentalgesetze gründet, welche bei jeder
Erkenntniß des Wahren nothwendig zu Hülfe ge-
nommen werden müssen. Das Recht ist mithin
ein aus der freien Entwicklung des Guten hervor-
gehendes Gesetz. Wahrheit ist die Idee der Ver-
nunft, Tugend ist die Idee des Willens, Ver-
nunft und Wille in Verbindung gedacht, nennt
die heutige Philosophie praktische Vernunft und
somit ist das Recht eine praktische Vernunftidee.

Aus dieser Folgerung wird klar, wie Kant
die philosophische Rechtslehre seiner Metaphysik

der Sitten einverleiben konnte, und wie die nachfolgende Naturrechtslehrer in ihrer Aufstellung der Rechtsprinzipien fast durchgängig gedrungen waren, aus der ethischen Natur der bloß inneren Freiheit sie abzuleiten.

Zweites Moment.

Die Rechtsidee besteht für sich, auch ohne daß sie in die Erscheinung tritt, und man könnte von ihr sagen, was Plato so schön vom Urbild der Kugel sagt, „daß es von jeher bestanden habe, noch ehe der Weltschöpfer die himmlischen Sphären ins Leben rief und bestehen werde, auch wenn diese nicht mehr seyn werden.“ Soll diese Idee nun verwirklicht werden, so müssen äußere Bedingungen hinzukommen. Diese äußere Bedingungen sind, wie ich zeigte, 1) die Persönlichkeit mit ihren Grundverhältnissen und Bestreben; 2) die Socialität oder Gemeinschaft der Personen und 3) ein bestimmter Kulturgrad der Menschheit. Dadurch erst wird die Rechtsidee ins Leben gerufen und der Mensch sucht seine innere Freiheit in eine äußere zu verwandeln und die aus seiner Persönlichkeit fließende Ansprüche in der Gemeinschaft mit gleichen Wesen geltend zu machen.

Drittes Moment.

Zunächst entwickeln sich jetzt aus der Rechtsidee die drei Grundsätze: Freiheit, Gleich-

heit und Sicherheit, die sich in der Aussenwelt zu realisiren suchen. Die ideale Freiheit des Willens geht in die persönliche über, und der Mensch beschränkt ihr unendliches Streben durch das Zusammentreffen mit dem gleichen Streben aller Uebrigen so weit, daß keines zu viel, keines zu wenig hat. Dadurch verwandelt sich die persönliche Freiheit in eine sociale Gleichheit, und diese sucht ihre Gewähr und Dauer in einer konstitutionellen Sicherheit.

Viertes Moment.

Werden nun diese Grundsätze fortgeführt, bis sie in der Rechtssphäre productiv wirken, so wird aus dem Grundsatz der Freiheit das Eigenthum mit seinen frei disponiblen Eigenschaften und seinem Sachenrecht, aus dem Grundsatz der Gleichheit der Vertrag mit seinem formellen Gleichgewicht in Sachen- und Personenrecht, und aus dem Grundsatz der Sicherheit die Wahl mit dem Uebergewichte des reinen Personen-Rechts sich gestalten, und wir erhalten die Kategorien des ganzen Rechtsverhältnisses.

Fünftes Moment.

Denken wir uns hiebei alle Faktoren in der Rechtssphäre, d. h. auf dem Boden der Socialität, welche als eine Gemeinschaft persönlicher Wesen

betrachtet wird, in eine genaue Proportion verknüpft, so ist die daraus hervorgehende Einheit oder das gemeinschaftliche Product das Rechtsprinzip, gleichsam der Mittelpunkt der Rechtssphäre, den alle Radian zusammenbilden.

§. 16.

So hängt alles zusammen im Rechtsprinzip, es bildet für sich ein abgeschlossenes Ganzes, das zwar von allen übrigen Grundverhältnissen Beziehungen aufnimmt, aber sie jedesmal seinem Charakter gemäfs modificirt. Im Rechtsprinzip durchdringen sich die Rechtsidee und der materiale Rechtsboden, ihr Vereinigungs-Punct ist die Persönlichkeit. Soll nun dieses Rechtsprinzip in einem Satz ausgedrückt werden, so möchte es folgender seyn:

Recht ist jede Handlung, welche den der Persönlichkeit zustehenden socialen Werth des Einzelnen mit der äufsern Freiheit, Gleichheit und Sicherheit aller in Uebereinstimmung setzt.

In diesem Satz scheinen mir alle Hauptpuncte der Rechtssphäre aufgefaßt. Die Rechtsidee behauptet sich darin in ihren Grundsätzen, sie erscheint nicht als innere ideale Freiheit, welche zur Ethik gehört, sondern als äufsere reale Freiheit, sie knüpft sich an die Persönlichkeit, wel-

che nicht in ihrem sittlichen oder religiösen Werth, sondern in ihrem socialen Werth betrachtet wird, sie setzt zugleich das einstimmende Verhältniß des Einzelnen zu Allen und zwar nicht blos in dem ersten Bestandtheil der Socialität, nemlich der äußern Freiheit, sondern auch der beiden andern, nemlich der Gleichheit und Sicherheit, zugleich scheidet sie das Rechtsverhältniß von allen Angränzungen ab, und stellt es als ein Eigenthümliches und Abgeschlossenes hin.

Fünfter Abschnitt.

Ableitung der Rechte aus dem aufgestellten Rechtsprinzip.

§. 17.

In dem Rechtsprinzip ist das Verhältniß des Einzelnen zu Allen angegeben. Wird nun hiebei der Begriff: „Alle“ (omnes singuli) so genommen, daß sich das Individuum darauf als auf gleiche Personen beziehe, und zugleich das Active in der Handlung darstelle, so entsteht das Privatrecht (jus privatum).

Wird er hingegen kollektiv genommen, als Gesamtheit (universitas), als Alle in Eins verbunden (unitas), als Staat (civitas) und zwar so, daß die Gesamtheit, Einheit, Staat als das

Active in der Handlung erscheint, so entsteht das öffentliche Recht (jus publicum).

§. 18.

Werden im Privatrecht die drei Grundsätze in ihren Producten auf dem Boden der Socialität realisirt, so wird der Grundsatz der Freiheit im Eigenthum sich darstellen und ein Sachenrecht (jus reale) begründen, der Grundsatz der Gleichheit im Vertrage mit dem persönlich-dinglichen Recht (nach Kant jus realiter personale vel personaliter reale), und der Grundsatz der Sicherheit in der Wahl mit dem vollendeten Personenrecht (jus personale).

§. 19.

Wird im Privatrecht die Persönlichkeit mit ihren Bestreben, welche zu dem im Rechtsprinzip ausgedrückten socialen Werth gehören und früher entwickelt wurden, gesetzt, so entsteht aus dem Bestreben, in sich zu seyn, das Recht, das ich Familienrecht nenne, aus dem Bestreben, in Andern zu seyn, das, was ich Gesellschaftsrecht nenne, und aus dem Bestreben, in einem Höhern zu seyn, das, was ich Bürgerrecht nenne.

Man hat bisher in dem Privatrecht diese Einteilung entweder übersehen oder für überflüssig

gehalten, es kann aber gezeigt werden, daß sie ein wichtiges Moment des Rechtsverhältnisses ist.

§. 20.

Das öffentliche Recht unterscheidet sich vom Privatrecht, wie die Gesamtheit als ideale Person oder als Staatsoberhaupt (Regent) von der Einzelheit (Unterthan, Bürger), oder wie die höhere Potenz von der niedern. Ausser diesem Unterschied, der freilich weit positivere und gehaltvollere Bestimmungen für das öffentliche Recht in sich faßt, gehen doch wieder beide in Hinsicht der socialen Bestreben einander parallel.

Wird im öffentlichen Recht die höhere Persönlichkeit (civitas) mit dem Bestreben, in sich zu seyn, gesetzt, so entsteht das Staatsrecht, mit dem Bestreben in Seinesgleichen zu seyn, das Völkerrecht und mit dem Bestreben, in einem Höhern zu seyn, das Weltbürgerrecht.

§. 21.

Dies werden diejenige Rechte seyn, die ganz innerhalb der Rechtssphäre liegen und dem Rechtsprinzip gehorchen. Es gibt aber auch Rechte, in welchen der Rechtsbegriff sich mit fremden Verhältnissen zu vermischen genöthigt ist. So entsteht das Kirchenrecht, wenn das religiöse Verhältniß sich mit dem Rechtsbegriff verknüpft,

so entsteht das Eherecht, wenn das sittliche und religiöse Verhältniß sich mit dem Rechtsbegriff mischt, so entsteht das Recht des Stärkern, wenn das sinnliche (physische) Verhältniß sich mit dem Rechtsbegriff mischt; gleiche Bewandtniß hat es mit dem Kriegerrecht, Wechselrecht u. s. w.

§. 22.

Kant macht auf ein Recht aufmerksam, das er *jus aequivocum* nennt, von dem es unentschieden bleibt, wie viel zum rechtlichen und wie viel zum ausserrechtlichen Verhältniß gehöre. Er unterscheidet hiebei ein *jus strictum* und ein *jus latum*. Das *Strictum* ist immer mit der Befugniß zu zwingen verbunden, d. h. es fällt immer mit allen seinen Bestandtheilen innerhalb der Rechtssphäre. Das *Latum* hingegen wäre ein solches, wo die Befugniß zu zwingen durch kein Gesetz bestimmt werden kann. Solcher Rechte gibt es zwei:

1) Das Nothrecht (*jus necessitatis*). 2) Das Recht auf Billigkeit (*jus aequitatis*). Das erste wäre ein Zwang ohne Recht, das zweite ein Recht ohne Zwang. Fragen wir unser Rechtsprinzip über die Abkunft dieser beiden Rechte, so zeigt sich, daß der Rechtsbegriff in denselben so sehr mit fremdem Zusatz vermischt ist, daß er beinahe davon überdeckt wird. In dem Nothrecht verdrängt die physische Gewalt, welche auf Kosten

eines fremden Lebens das Eigene zu retten sucht, das Rechtsverhältniß beinahe ganz, und im Recht auf Billigkeit will das sittliche Verhältniß sich über den Rechtsbegriff erheben. Darum nennt Kant dasselbe mit Recht zweideutig, weil der Richter, der hiebei entscheiden müßte, nicht wissen würde, auf welchen Standpunct er sich stellen solle, ob auf den rechtlichen oder ausserrechtlichen.

Alle diese Rechte, in welchen sich fremde Verhältnisse eindringen, sind in der Lösung ihrer Aufgaben auch die schwierigste, weil das Rechtsprinzip von irgend einer ausserrechtlichen und arbiträren Seite her eine Modification erleidet.

§. 23.

Noch ist ein wichtiger Unterschied zu berühren übrig, nemlich die Eintheilung in bürgerliches und peinliches Recht (*jus civile* und *jus criminale*).

Das Rechtsprinzip lautet: Recht ist jede Handlung, welche den der Persönlichkeit zustehenden socialen Werth des Einzelnen mit der äufsern Freiheit, Gleichheit und Sicherheit Aller in Uebereinstimmung setzt.

Daraus folgt das Umgekehrte: Unrecht ist jede Handlung, durch welche der Einzelle, mit Ueberschreitung des

der Persönlichkeit zustehenden socialen Werths, die äussere Freiheit, Gleichheit und Sicherheit der Andern einzeln oder kollektiv genommen verletzt.

§. 24.

Nach diesem Prinzip ist leicht ersichtlich, dass es eben so viele Störungen geben kann, als der sociale Stand der Menschen in Beziehung der normalrechtlichen Grundsätze und Kategorien Ansprüche enthält. So hat die Freiheit, Gleichheit und Sicherheit jede eine bestimmte Sphäre von Handlungen in sich, die durch feste Normen bestimmt sind. So hat das Eigenthum, der Vertrag und die Wahl jedes seine bestimmte Rechtsnormen. Alle diese Normen müssen durch eine allgemeine Gesetzgebung bestimmt seyn, und insofern heisst diese die bürgerliche (legislatio civilis). Werden hingegen jene feste Normen verletzt, wodurch immer Einem oder dem Andern Unrecht geschieht, so bestimmt die allgemeine Gesetzgebung die Strafen für die Verletzung und heisst insofern peinliche oder Strafgesetzgebung (legislatio criminalis). Das bürgerliche Recht enthält mithin jene feste Normen, welche die allgemeine Gesetzgebung ihr übergibt; diese soll jene Normen auf alle Störungen anwenden, und die streitige Rechtsfälle darunter subsumiren, so

dafs jede verletzte Rechtsnorm ihre Integrität wieder erhalte.

Das Strafrecht hingegen begnügt sich nicht bloß mit der Restitution des Rechtszustandes, sondern straft zugleich den Verletzer nach Normen, die durch die Criminal-Gesetzgebung bestimmt sind.

Es ist hier sehr schwierig, die Gränzen zu bestimmen, wo das bürgerliche Recht mit der bloßen Restitution der Rechtsnormen in den einzelnen Fällen sich begnügen kann, oder zugleich in das Strafrecht übergehen soll. Ueberhaupt sind die Theorien des Strafrechts noch sehr schwankend, wovon später die Rede seyn wird.

Sechster Abschnitt.

Angränzungen und Verwandtschaften anderer
Verhältnisse mit dem Rechtsverhältniß.

§. 25.

A. Das sittliche Verhältniß.

Die ganze bisherige Deduction der Rechts-idee ist nur dann einleuchtend, wenn angenommen wird, dafs dieselbe aus der praktischen Vernunft abstamme und ursprünglich ethischer Natur sey.

Das Recht wurde deducirt als das Wahre im Guten, übertragen in die Socialität der

Menschen. Durch diese Uebertragung wird die innere Freiheit eine äußere, die Moralität wird Legalität, das Gefühl der Billigkeit und der Herzlichkeit wird verbannt, und der harte Buchstaben des Gesetzes tritt an seine Stelle. In diesem Uebergang konstituiert sich das Recht.

§. 26.

Wir wollen nun auch die Einwürfe vernehmen, die wir von Fichte am besten erfahren können. Er sagt: „der Rechtsbegriff habe mit „dem Sittengesetz nichts zu thun, sey ohne das- „selbe deducirt und schon darin, daß nur eine „Deduction desselben Begriffs möglich sey, liege „der factische Beweis, daß er nicht aus dem Sit- „tengesetz abzuleiten sey. Der Begriff der Pflicht, der „aus dem Sittengesetz hervorgehe, sey dem des Rechts „in den meisten Fällen entgegengesetzt. Das Sitten- „gesetz gebiete kategorisch, das Rechtsgesetz erlaube „nur, gebiete nie, daß man sein Recht ausübe. „Ja — das Sittengesetz verbiete sehr oft die Aus- „übung eines Rechts, das dann doch nach dem „Geständniß aller Welt nicht aufhöre, ein Recht „zu seyn. Das Recht dazu habe der Mensch „wohl, aber, so urtheilt man, er hätte sich des- „selben nicht bedienen sollen. Ist dann ein und „dasselbe Sittengesetz, — ein und dasselbe Prin- „zip mit sich selbst uneins, und gibt zugleich in „einem Falle das Recht, das es im andern auf- „hebt? Ob etwa das Sittengesetz dem Rechtsbe-

„griff eine neue Sanction gebe, sey eine Frage,
„die nicht in das Naturrecht, sondern in eine
„Moral gehöre. Auf dem Gebiete des Natur-
„rechts habe der gute Wille nichts zu thun. Das
„Recht müsse sich erzwingen lassen, wenn auch
„kein Mensch einen guten Willen hätte, und dar-
„auf gehe eben die Wissenschaft des Rechts aus,
„eine solche Ordnung der Dinge zu entwerfen.
„Physische Gewalt und sie allein gebe
„dem Recht auf diesem Gebiete die San-
„ction. Naturrecht und Moral seyen ursprüng-
„lich und ohne unser Zuthun geschieden, und sich
„völlig entgegengesetzt.“

§. 27.

Wenn wir diese Einwürfe vergleichen, so ge-
ben sie uns blos den Unterschied an zwischen
Moralität und Legalität, zwischen Pflicht und
Recht, zwischen einem sittlichen Imperativ, den
der Mensch sich selbst zum Gesetz macht und
zwischen dem Rechtsgesetz, das den Menschen
zwingt. Wahr ist es, die ganze Jurisprudenz stützt
sich auf keine innere moralische Gründe, sie
schließt Gefühl und Billigkeit aus, wenn vom
strengen Rechte die Rede ist, sie sieht nicht auf
die innere Gesinnung, wie der Gewissensrichter,
sondern hält sich lediglich an die That und nur
in wenigen Fällen läßt sie psychische Momente
der Milderung zu; aber demungeachtet stammen

Recht und Pflicht, Sitten- und Rechts-Gesetz, Moralität und Legalität wie Verwandte aus einem Stamme. Wenn gleich das Recht eine zwingende Kraft, die Pflicht eine bloß anregende und ermahnende, der sittliche Grundsatz aber eine frei überzeugende Kraft hat, so hindert dieß ihre gleiche Abkunft keineswegs, es ist nur ein Beweis, daß sie ihre Richtungen, mit welchen sie aus einerlei Quellen ausgehen, mit fremdem Zusatz vermischen, der jedem einen verschiedenen Karakter eindrückt. Was näher an der Quelle liegt, wird ihr auch ähnlicher bleiben, als das Entferntere. Fichte hat nicht bedacht, daß die innere Freiheit, wie wir sie in der Tugend üben, eine ganz andere Gestalt annehmen müsse, wenn sie äußerlich werden und eine sociale Ordnung stiften solle. Recht und Pflicht sind einander nicht entgegengesetzt, sonst müßte, wenn die Pflicht das Gute darstellt, das Recht das Böse seyn, sondern nur verschieden, wie höhere und niedere Potenz. Wenn Fichte sagt: das Sittengesetz gebiete kategorisch, das Rechtsgesetz erlaube nur, und es könne seyn, daß selbst die Ausübung eines Rechts vom Sittengesetz verboten werde, so hat er allerdings für eine bestimmte Ordnung von Rechten wahr gesprochen. Aber ich möchte fragen, ist denn zwischen Gebot und Erlaubniß ein Gegensatz? Das Recht ist durch und durch Begriffssache, und darum kann es auch ein sociales Sy-

stem, das in allen seinen Theilen zusammenhängt, zu Stande bringen, in der Pflicht kommt zum Begriff der innere warme Lebenspunct des Gefühls, das äußerlich nicht darstellbar ist. Wenn die Tugendordnung das Ziel ist, so ist die ganze Rechtsordnung nur der Weg zum Ziele, und jene ist daher dieser übergeordnet; daher soll die Sitte das strenge Recht mildern und die Billigkeit soll die Härte des Gesetzes vermindern. Wenn etwa ein in Unglück gerathener Schuldner von seinem Gläubiger bei dem Richter verklagt wird, so muß dieser allerdings ohne alle Nebenrücksichten nach dem Buchstaben des Gesetzes verfahren und exequiren, aber ist das Verlangen eines solchen Spruches nicht hart und herzlos? Nicht das Recht an sich ist in diesem Falle in Collision mit der Moral, sondern nur das Verlangen des Rechts unter den damit verknüpften Umständen. Es ist nicht, wie Fichte sagt, das Sittengesetz mit sich selbst uneins, sondern sein Gebiet hat eine Theilung, in welcher ein höheres und ein tieferes liegt. Die innere Pflicht der Billigkeit steht höher als der äußere Rechtsanspruch. Diefes ist eben die Blöfse und die Unvollkommenheit des Rechts, daß es sich nicht auf die Höhe mit dem Sittengesetz stellen kann. Nicht blos im Gebiete der Legalität, sondern selbst der Moralität können Collisionen entstehen, ohne daß das Sittengesetz im mindesten afficirt wird. So ist die Pflicht gegen die

Obrigkeit eine höhere als gegen das einzelne Glied der Gesellschaft; wenn nun hiebei beide in Collision kommen, so muß der niedern die höhere vorgezogen werden. Dieß ist kein Uneinsseyn des Sittengesetzes mit sich selbst, das beide Pflichten gebietet, sondern vielmehr ein Harmonischseyn mit dem Ganzen, das aus verschiedenen Theilen besteht.

Fichte sagt: „das Recht müsse sich erzwingen lassen, wenn auch kein Mensch einen guten Willen hätte, und darauf gehe eben die Wissenschaft des Rechts aus, eine solche Ordnung der Dinge zu entwerfen. Physische Gewalt, und sie allein, gebe dem Rechte seine Sanction.“

Dieß ist ungefähr die härteste Konsequenz irriger Prämissen. Erhielte das Recht seine Sanction nur durch physische Gewalt und nicht durch die frei überzeugende Kraft sittlicher Grundsätze, so wäre es um kein Haar besser als die Willkür selbst.

Was ist dann das Recht? Ohne Zweifel stellt es die allgemeine Norm dar, nach welcher alle individuelle Willen die Totalsphäre der äussern Freiheit in allen socialen Beziehungen, die zwischen dem Ich und dem Du seyn können, miteinander zu theilen haben. Diese allgemeine Norm zerfällt in eine Menge specieller und die Wissenschaft von diesen kommt der Jurisprudenz

zu. Diese beruht auf einer Ueberzeugung aus Begriffen, die aus der Rechtsidee abstammen oder abstammen sollen und wird Sache der Einsicht. Das Recht repräsentirt in der Socialität eine allgemeine Intelligenz und ist der physischen Gewalt durchaus entgegengesetzt. Wie kommt es nun, daß es eine zwingende Kraft in sich hat? Da das Recht völlig Begriffssache ist, und sein sociales System zur Gelahrtheit gehört, so muß die klare Einsicht in dasselbe bei der Menge der Individuen sehr verschieden ausfallen, und sie kann eigentlich nur bei denen gesucht werden, die sich mit dem Studium des Rechts abgeben. Das Volk hat diese Einsicht nicht, und darum ist die zwingende Kraft nöthig. Der Zwang ist blos dem Mangel an Einsicht substituirt. Würde das Volk die freie Ueberzeugung haben, daß nur unter solchen Rechtsnormen eine gesellige Ordnung bestehen könne, so würde der Rechtszwang auf der Stelle aufhören; jeder würde sich in Collisionsfällen von selbst frei zum Recht hinbewegen, und es bedürfte keines äußern Abhaltens und Antreibens mehr. An sich und ursprünglich hafst das Recht den Zwang, es will eben so wohl durch freie Ueberzeugung sich geltend machen, wie das Sittengesetz; da aber die Einsicht hiezu fehlt, so muß der Zwang sie ersetzen. Die physische Gewalt sanctionirt das Recht so wenig, daß dieses vielmehr darauf ausgeht, sie zu zernichten. Alle

die Rechtsanstalten können wir füglich als Bildungsmittel betrachten, um die Menschen mehr der physischen Gewalt zu entwöhnen und zur höhern Intelligenz anzuleiten. Je mehr die Völker in der Kultur fortschreiten, desto mehr wird an die Stelle des Zwangs die freie Ueberzeugung treten und sich zur klaren Einsicht fortbilden, so daß das Recht eine populäre Kraft gewinnt, wodurch der ewige Streit der Parteien um vieles vermindert würde. Würde man ein populäres Naturrecht unter die pädagogische Bildungsmittel aufnehmen, so würde der physische Zwang durch die Einsicht entbehrlicher werden; und so zeigt sich auch hier wieder die große Wahrheit, daß die Anstalten so getroffen sind, daß das schlechtere und unedlere immer mehr aus der Welt verschwinde und dem Bessern Platz mache. Auch das rechtliche Verhältniß soll immer mehr dem Sittlichen gleich werden, damit die äußere Freiheit immer mehr mit der innern sich identificire.

§. 28.

B. Politisches Verhältniß.

Die Politik ist das Recht des Klügers. Da sie in jeder Epoche dem Zeitgeist huldigt, so stehen die Rechtsnormen immer in Gefahr, durch sie eine Veränderung zu erleiden. Setzt sie sich ganz an die Stelle des Rechts, so kann das ungerechteste System mit ihr verbunden seyn, und

den Schein des Rechts annehmen; wird sie hingegen dem Recht bloß zugemischt, so wird ihre Sphäre nur auf die untergeordnete Fälle der Rechtsregel eingeschränkt. Die Sophisten behaupteten einst, „das sey allein Recht, was die Gesetzgeber als solches dem Volke promulgirten, selbst die tyrannische Gesetze nicht ausgenommen.“ Sie meinten hiemit die Politik oder das Recht der Klugheit. Sokrates hingegen behauptete: „es gebe ein für sich bestehendes und unveränderliches Recht, das unabhängig vom Willen des Tyrannen wie des Volks recht sey.“ Man kann sagen, es lassen sich beide Sätze vereinigen. Das Normalrecht schreibt alle die unveränderliche Rechte ohne Zweifel mit Normen vor, welche aus der Rechtsidee sich entwickeln lassen, und diese meinte Sokrates; wie diese Rechte aber unter Zeit und Umständen in Anwendung kommen sollen, das muß die Politik oder Klugheit lehren, und darin hatten selbst die Sophisten Recht. Das Normalrecht muß der beständige Exponent seyn, die Politik hingegen hat nur das wandelbare Fortschreiten an den Coefficienten. Wir nennen denjenigen Gesetzgeber weise, der in seinen Gesetzen sich den Zweck des Rechts und Guten vorsetzt, aber in seinen Mitteln die Sitten, Gebräuche, Gewohnheiten, Gottesdienst, selbst Vorurtheile in seine Berechnung nimmt. Das erste dictirt das Normalrecht, das

zweite die Politik. Diese doppelte Rücksicht finden wir fast in allen republikanischen Gesetzen von Griechenland und Rom. Wir können die Lehre der Klugheit oder der Politik in den Staatensystemen noch nicht entbehren, wenigstens solange nicht, als die frei überzeugende Kraft des Rechts noch nicht zur Einsicht des Volks gelangt ist. Wenn das Recht der Zweck bleibt, so können wir der Politik wohl die Mittel überlassen. Wenn aber die Politik sich selbst zum Zwecke macht, dann muß das Recht mehr oder weniger dabei leiden und in einen bloßen Schein übergehen. Als die römische Republik gestürzt war, und die Zügel der Regierung sich in den Händen eines Einzigen befanden, so ließ Cäsar Augustus sich doch nicht zum König ausrufen, er schonte alle republikanische Formen, er bestätigte den Senat und seine Deliberationen, er schmeichelte dem Volk, um es das Unrecht der Usurpation vergessen zu machen. Hier ist nun der umgekehrte Fall. Die Politik setzte sich selbst zum Zweck; Augustus war in der That König, während seine Mittel nur den Schein des Rechts in den republikanischen Formen nachahmten.

Gewissermaßen kommt jedem Richter noch eine Art Politik zu. Kein Gesetz kann so genau bestimmt seyn, daß es bis in das Detail des Lebens alle Fälle erschöpfte; dem Richter bleibt in der Subsumtion der speciellen Fälle unter die

Rechtsregel immer noch ein Spielraum für die Politik. Eben so gibt es verwandte Fälle, die unter verschiedene Rechtsregeln gestellt werden können, wobei der Richter sich leicht unter dem rechtlichen Schein eine Parteilichkeit erlauben kann. Oft aber geht es so weit, daß in Rechtsgeschäften die Politik sich selbst zum Zweck macht und die Mittel nur zum Schein aus Rechtssätzen entlehnt. Diefs geschieht in allen Rechtsverdrehungen und Verwirrungen. Da das Recht reine Begriffssache ist, so ist es zugleich auch ein Stoff für die Disputirsucht, und dadurch kann die einfachste Sache, der einleuchtendste Rechtsgrund in die verwickelteste Lage gebracht werden; die Rabulistereien und die Rechtschikanen, die im Grunde alle zur politischen Natur der Rechtsgelehrtheit gehören, sind hinlänglich-bekannte Dinge. Das römische Recht hat für die Advokaten und Rechtsfreunde so viele Schlupfwinkel und Subtilitäten übrig gelassen, daß das bitterste Unrecht, wenn wir unsere Normalgrundsätze fragen, unter der Maske des Rechts auftreten kann. Seitdem die Rechtsgelehrte selbst gestehen, daß es ein unvermeidliches Unrecht gebe, was gewöhnlich daraus hervorgeht, daß das Wesentliche des Rechts der bloßen Form aufgeopfert wird, seitdem lassen sie uns den Wunsch offen, das ganze Justizwesen zu vereinfachen. Wer hier helfen würde, würde sich eine Krone verdienen.

Uebrigens gibt es ein Gebiet, in welchem dem Recht sehr wenig, der Politik sehr viel Raum gestattet ist, nemlich in den Angelegenheiten der Staaten untereinander. Das Völkerrecht hat noch keinen förmlich anerkannten Codex und alle die Lücken, welche dasselbe läßt, muß die Politik ergänzen. Wie wenig hiebei die Gränzen bestimmt sind, zeigt die Geschichte des Tags wie der Jahrhunderte. Wenn ein Napoleon sich nicht entblödet, bei der gewaltsamen und zum Theil verrätherischen Wegnahme von Italien, Spanien und Holland zu sagen, das Interesse von Frankreich erfordere diese Mafsregeln, so ist das freilich in den Augen von Europa ein sehr plummes Unrecht, aber die Politik will es doch entschuldigen. Dieses Verfahren ist ein Beweis, wie weit wir noch in dem Völkerrecht zurück sind.

§. 29.

C. Sinnlich-physisches Verhältnifs.

Mit Unrecht hat man bisher das Naturrecht auf den Naturstand der Menschen bezogen, in welchem eigentlich nur die Elemente des Rechts, aber seine klare Ansprüche nicht gefunden werden. Es gehört eine bestimmte Entwicklung zum Rechtszustand, wie ihn das Normalrecht uns lehrt, und diese finden wir erst in der Ausbildung der Socialität unter den Menschen. Dennoch geht auch dieses Verhältnifs noch eine Ver-

bindung mit dem Recht ein. Das Recht der Waffen, der Eroberung, der physischen Ergreifung, der Okkupation gibt uns die Belege dazu. Recht und Gewalt vertragen sich zwar nicht miteinander, denn wo das Eine ist, da hört das Andere auf, aber dennoch ist ein Recht zum Kriege überall anerkannt — ein Beweis, daß das Normalrecht noch nicht bis zum Völkerrecht durchgedrungen ist. Eben so wollen sich die Machtprüche der Regenten als Majestätsrecht und die gewaltthätige Maßregeln der Polizei und anderer Beamten als rechtliches Verfahren geltend machen — und dieß oft so stark, daß das Rechtsverhältniß ganz davon verdrungen wird. Das Zwangsrecht verbindet sich allerdings mit der Justiz, aber es darf nur da eintreten, wo die Rechtsprüche nicht befolgt und aus Ungehorsam verweigert werden. Erst nach vorausgegangenem Recht kann Zwang eintreten, aber nie kann sich Gewalt und Zwang an die Stelle des Rechts setzen.

§. 30.

D. Religiöses Verhältniß.

Sehr zart sind die Verhältnisse, welche das Recht mit der Religion eingeht; sie berühren einander in den Kapiteln der Ehe, des Sittenrichter-Amts, des Eides und in allen Dingen, die zu gemeinschaftlicher Berathung des geistlichen und weltlichen Amts gehören. Das canonische oder

Kirchenrecht macht sogar einen eigenen Zweig der Jurisprudenz aus. Solange in diesem Rechtsverhältniß die Kirche berathend, lehrend, ermahnend, warnend und blos regulirend sich verhält, so mag dieß mit ihrer Würde verträglich seyn. Sobald sie aber sich in Policei und Straßamt mischt, und aus sich selbst bestimmte Rechtsnormen festsetzen will, so entwürdigt sie sich und artet aus. Die fürchterlichste Ausartung entsteht in den Inquisitions-Gerichten, Gewissenszwang und Bannflüchen. An die Stelle des Rechts setzt sich dann der Fanatismus, ist blutdürstiger als der ärgste Tyrann und würgt mit Tigerwuth lauter unschuldige Opfer. Das Recht in den Händen der Pfaffen gebiert die größte Greuel der Menschheit; die Justiz wird ein Scharfrichteramt. So verhält sich's, wenn sich das Höhere verunedelt im Niedern, wenn sich das Heilige entheiligt im Profanen und der Glaube in die Botmäßigkeit menschlicher Autorität sich fügen soll. Es entsteht dann eine Hierarchie, die das Recht aus der Bibel sich zueignet, alle übrige Grundsätze, die der Mensch aus sich entwickelt, für unzulässig erklärt, und dann unter dem Schein einer höhern Sanction die Welt um ihr wahres Recht betriegt. Von einer Kirche, welche sich mit Blut befleckt, Folter und Todschlag predigt, könnte man sagen, was Christus einst äußerte: „Es wäre besser, daß ihr ein Mühlstein am Halse hänge und sie in

„die unterste Tiefe des Meeres versenkt würde, „als daß sie länger auf dieser Erde weilte.“

Die theokratische Systeme, welche göttliche Gebote und prophetische Aussprüche in Recht und Verfassung aufnehmen, mögen bei noch unentwickelten Völkern, die beständig in den Sinnen dienst zurückfallen wollen, von großem Nutzen seyn. Der Glaube ersetzt hier die Einsicht, die göttliche Autorität gilt statt aller Philosophie und Politik, die Gesetze sind heilig, weil ihr Ursprung für göttlich gehalten wird. Lange mag ein solcher kindlicher Glaube die Angelegenheiten der Menschen leiten, wie wir es in dem theokratischen Staatssystem des Judenthums wahrnehmen, aber wie das Volk sich weiter entwickelt, so wird es sich anders verhalten; dann will sich der Rechtsbegriff seine eigene Bahn öffnen, und in seinen eigenen Grundsätzen und Anstalten erscheinen. Statt daß das Recht vorher im Glauben aufgelöst war, und durch das göttliche Ansehen die Gesetze einführte, will jetzt das Recht sich selbst konstituiren und den Glauben in sich auflösen, die menschliche Autorität und Einsicht soll neben der göttlichen ihren Platz nehmen. Diese unglückliche Mischung ist das Verderben des Theokratismus. Das innere Wesen des Glaubens wird nach und nach in einen bloßen Ceremoniendienst ausarten, und das Gesetz wird in den Händen verschmitzter und bestechlicher Prie-

ster als Werkzeug der Politik benützt. So verhielt es sich am Ende mit der jüdischen Theokratie, als Christus erschien. So ist es überall, wo das Heilige und Göttliche durch Menschensetzungen profanirt wird, und der Politik wie eine Dienstmagd dienen soll. Aber anders verhält es sich, wenn jedes Verhältniß in seinem Werthe bleibt, das rechtliche, sittliche und religiöse. Das sittliche Verhältniß steht über dem rechtlichen, der Sittenrichter über dem Rechtsrichter, das innere Forum über dem äußern und so steht das religiöse über dem sittlichen, die Tugend erhält ihre Sanction vom Glauben, die Kirche steht über dem Staat. Wer diese Wahrheit verkennt, wird ewig an menschlichen Formeln hängen bleiben, und kein Heil finden für die Angelegenheiten der Menschen. Die ganze Geschichte ist nichts anders als ein Fortbilden der Grundverhältnisse, das Recht soll sich dem Sittengesetz nähern, und seine zwingende Kraft in der freien Ueberzeugung veredeln, und das Sittengesetz soll zuletzt seine Selbstständigkeit in Demuth, seine Weisheit in Gottesfurcht, sein Selbstvertrauen in ein Vertrauen auf Gott umwandeln, und die Selbstgesetzgebung muß sich demüthigen vor dem Evangelium. Fragen wir nun selbst die Geschichte.

Zweite Abtheilung.

Geschichtliche Entwicklung des Rechtsbegriffs mit Rücksicht auf die philosophische.

Erstes Hauptstück.

Erster Abschnitt.

§. 31.

Die philosophische Entwicklung der Rechtsidee schöpft aus der Urquelle selbst, unabhängig vom Erfahrungsgebrauch, von conventionellen und politischen Verhältnissen, unabhängig von Sitten, Gebräuchen, Gewohnheiten, Gottesdienst und von klimatischer Verschiedenheit. Sie fragt bloß, was finden wir zur Begründung des Rechtsverhältnisses in der praktischen Vernunft und in den innersten Fundamenten des menschlichen Geistes? Hier findet sich nun ein Verhältniß zwischen formaler Gesetzmäßigkeit, welche der theoretischen Vernunft eigenthümlich zugehört, und der innern Freiheit, welche den praktischen Willen beseelt, und dieses Verhältniß gibt uns die Rechtsidee, sie ist das Wahre im Guten. Soll nun die Idee in die

Wirklichkeit übergehen, und sich realisiren, so müssen auch Erfahrungsmomente ihr entgegenkommen, und dieß geschieht bei der Rechtsidee dadurch, daß sie die ganze Persönlichkeit in ihren verschiedenen Bestandtheilen belebt, und von da auf den Boden der Socialität, in welchem das unendlich-mannigfaltige Verhältniß zwischen dem Einzelnen und Allen liegt, übergeht und sich zuletzt in dem physischen Besitz des Bodens substantialisirt. Dadurch erst wird die Rechtsidee Rechtsbegriff, und daraus entwickelt sich alsdann die ganze Rechtssphäre mit ihren Grundsätzen, wie Freiheit, Gleichheit und Sicherheit und ihren Kategorien, wie Eigenthum, Vertrag und Wahl. Werden nun alle diese Momente in die Einheit eines Satzes aufgefaßt, der dann die ganze Rechtssphäre durchdringt und beherrscht, so erhalten wir das bekannte Rechtsprinzip mit seinem Gegensatz. Dieß war unser bisheriges Geschäft, aber der Rechtsbegriff bietet uns von seiner historischen Seite eben so viel Interesse dar, und ich möchte sagen, ohne seine geschichtliche Seite könne das innere Wesen des Rechtsbegriffes nie ganz ergründet werden.

§. 32.

Ueberall fängt der Mensch von den Elementen an. Sein Geburtsland ist nur einige Spannen weit, ist er entfaltet, so überfliegt er die Räume

des Himmels. Ein Unendliches lebt im Menschen; lange zurückgedrängt durch den irdischen Stoff, lange wogend und treibend an der Endlichkeit Ufern, durchbricht es endlich alle die Hüllen und zeigt, daß seine Freiheit von göttlicher Abkunft ist. So auch verhält es sich mit der ganzen Menschheit. Auch sie fängt von den Keimen an, und entfaltet sich allmählig in ihre höhere Grundverhältnisse; die Erde ist nur der Schauplatz dieser Entfaltung, sie gibt nur den ersten Frühlings-Stral, um die Blumenkelche zu öffnen; wie Fremdlinge sind wir auf diese Erde gekommen, borgen auf wenige Jahre eine Hülle von ihr, und wenn wir Abschied nehmen, so geben wir ihr das Erborgte wieder zurück. Was wir aber mit dem uns anvertrauten Gute gewinnen, das ist das Unsrige, und wird uns, wie dem guten Haushalter zu gut geschrieben. Es gibt aber auch Haushalter, die das anvertraute Gut vergeuden und diese mögen dann zusehen, wie sie ihre Rechnung zu verantworten wissen. Jeder Mensch hat eine doppelte Entwicklung, eine psychische, die in seinen Grundverhältnissen liegt, und eine besondere, die ihm frei überlassen ist. Jene befolgt ein Gesetz, das im geistigen Organismus gegründet ist, und das mit kleinen Abweichungen bei allen Menschen konstant ist; diese hingegen ist das eigene freie Werk des Menschen; es ist das anver-

traute Gut, in dessen Verwaltung sich der treue Haushalter vom ungetreuen unterscheidet.

§. 33.

Auf gleiche Weise verhält es sich mit der Menschheit. Auch sie hat ein Evolutionsgesetz, das beständigen Gröfsen folgt, aber zugleich hat auch jedes Volk eine eigene Aufgabe, die es vollständig zu lösen hat, und wovon die Methode ihm selbst ganz überlassen ist. Ist diese Lösung vorüber, so mag das Volk seinen besondern Karakter aufgeben, und sich mit dem Ganzen verschmelzen.

Eine Philosophie der Geschichte, die leider noch ein unbekanntes Feld ist, würde hierin uns bestimmte Gesetze kennen lehren. Wie dem nun sey, so wird doch der Satz nicht wohl bestritten werden, daß auch die Menschheit in ihrem Ursprung von den Elementen angefangen, und allmählig in die höhere Grundverhältnisse sich entwickelt habe. Die Bibel gibt uns freilich schon einen hohen Werth von dem ersten Menschenpaar, sie spricht von einem Umgang mit höhern Wesen und von einem Unterricht, den die Menschen von denselben empfangen hätten, und eben so auch von einer Verführung und Versuchung von aussen, wodurch dann erst die Sünde, die nun der ganzen Menschheit anlebe, in die Welt gekommen seye. Diese Annahme widerspricht

aber keineswegs der Behauptung, daß auch jene Menschen von den Elementen angefangen hätten. Joh. von Müller drückt gleich anfangs in seiner Weltgeschichte seine Verwunderung darüber aus, daß schon anfangs in den Urkunden der Geschichte die fruchtbarste und erhabenste Vorstellungen von Gott und Religion unter den Menschen sich fänden, während von Kunst, Wissenschaft, Recht, Verfassung, überhaupt Kultur noch keine Spur zu entdecken seye. Das Räthsel wird gelöst dadurch, daß Kunst, Wissenschaft, Recht, Verfassung, Producte des sich entwickelnden menschlichen Geistes sind, welche erst zum Vorschein kommen können, wenn die Reihe der Evolution an sie kommt, während die Religion und die Vorstellungen von Gott derselben mitgetheilt und geoffenbart seyn müssen. Selbst zur Entwicklung der innern Verhältnisse bedarf der Mensch eines unendlichen Prinzips, es ist ihm gegeben und anvertraut in dem Geschenke der Freiheit, aber dieser Freiheit muß, damit sie sich nicht völlig einer verkehrten Richtung überlasse, ein Leitstern gegeben seyn, und dieß ist die Religion. Es verhält sich demnach so: die Verhältnisse der Menschen, ihr Sinnliches, Intellectuelles, Gemüthliches und Sittliches folgen zwar einem natürlichen Evolutionsgesetz, und ihre Entwicklung ist sollicitirt von der Religion, aber dieß hindert nicht, daß die Producte, Com-

inationen, Methoden der Anwendung in Sitten, Gebräuchen, Gewohnheiten, Verfassung, Gesetzen, Künsten, Wissenschaften und Gottesdienst ganz dem freien Spiele der Menschen überlassen wäre.

Zweiter Abschnitt.

§. 34.

Wir wollen nun der philosophischen Entwicklung die elementarische und zugleich historische Entwicklung des Rechtsbegriffs gegenüberstellen, und dann aus der Geschichte nach den obigen Momenten selbst abnehmen, auf welche Weise sich der Rechtsbegriff in der Wirklichkeit verhalten habe. Am füglichsten läßt sich mit der Frage beginnen: Wie kommt es, daß, da doch alle die natürliche Ansprüche an Freiheit, Gleichheit und Sicherheit, an Eigenthum, Vertrag und Wahl aus den Grundverhältnissen des Menschen hervorgehen, kein, diesen Rechten rein entsprechender, Zustand in dem Verlaufe des Völkerlebens gefunden wird? Wie kommt es, daß seit Jahrtausenden ächte Verfassungen so selten sind, daß der Mensch nie zum Genusse dessen

kommt, wozu er doch die rechtlichste Ansprüche in sich trägt? Immer ist Einer der Grundsätze oder alle zusammen in dem gesellschaftlichen Zustande verletzt, und nur äußerst selten und vorübergehend begegnet uns in der Geschichte eine Verfassung, welche jene Grundsätze und Kategorien in der Erscheinung realisirt hat. Man sollte doch denken, daß wenn in jedem Einzelnen diese Ansprüche lebendig wären, keine Macht die Ausübung derselben hemmen könnte. Und doch finden wir durch die ganze Weltgeschichte, beinahe ohne Widerstreit, die Völker Regierungssystemen gehorchen, welche von einer naturrechtlichen Grundlage sehr weit entfernt sind. Woher kommt dieß widersprechende Phänomen?

§. 35.

Ueberall führen uns die Störungen auf die Natur der Gesetze zurück — und so können wir auch hier aus den Abweichungen das Gesetz finden.

Jene Grundsätze und jene Kategorien des Naturrechts wären genau wahr, wenn der in der Erscheinung gegebene Mensch Normal-Mensch wäre.

Normalmensch ist derjenige, in welchem die angegebene Grundverhältnisse, welche die Bestandtheile der Persönlichkeit darstellen, in einem

Mittelmaas sich vereinigen, so daß das Maximum und das Minimum der Evolution in einem Gleichgewichtspunct gedacht wird. Die Folge davon wäre eine natürliche Gleichheit der Individuen ihren Anlagen, Talenten, Neigungen, Kenntnissen und Grundsätzen nach. Allein dieses Gleichgewicht ist eine bloße Normalidee, welche zwar Annäherungen gestattet, aber nie erreicht wird.

Das, was wir den Naturmenschen nennen, ist etwas anders, als der Normalmensch. Jener, der in seinem isolirten Zustande weder ein wahres Socialleben noch viel weniger Civilleben kennt, kann eben daher auch noch keine Rechtsansprüche gültig machen. Freiheit, Gleichheit und Sicherheit haben noch keine Bedeutung für ihn, weil er ihr Gegentheil nicht kennt. Der Naturmensch ist vielmehr noch völliger Sinnenmensch, in welchem die höhere Grundverhältnisse im Keime entfaltet da liegen, und von der Herrschaft der Sinnlichkeit überwogen sind. Diese Keime haben sich Jahrtausende zu entfalten, bis die Grundverhältnisse in die Mitte ihrer Evolution treten, um dem Normalmenschen sich zu nähern. Daher sehen wir in unserer Weltgeschichte mehrere Jahrtausende vorübergehen, ehe die Völker in jenen Punct der Evolution treten, in welchem sie das Normalrecht (so sollte das Naturrecht genannt werden) mit seinen Grundsätzen und Kategorien

geltend zu machen suchen. Die Geschichte kann uns hier selbst Auskunft geben.

§. 36.

Wie in dem Individualleben der Mensch ein Kindes-, Knaben-, Jünglings-, Mannes- und Greisenalter hat, so finden wir es auf gleiche Weise in dem Totalleben der Menschheit. Und wie das Individuum während dieser Altersstufen seine Anlagen und Kräfte nach einem allgemeinen Evolutionsgesetz entfaltet, so finden wir das Gleiche wieder im Universalleben der Menschheit. Nur sind bei dem Individuum Jahre, was bei dem Völkerleben Jahrhunderte sind.

Bringen wir diese Sätze mit der Normalidee des Naturrechts, welche das Mittelmaas der Evolution bezeichnet, in Verbindung, so müssen wir zweierlei Abweichungen von ihr annehmen:

1) Diejenige, welche noch unter dem Mittelmaas liegt, und daher als ein Minus zu betrachten ist,

2) Diejenige, welche das Mittelmaas überschreitet, und daher wie ein Plus sich verhält.

Nehmen wir an, daß auch die Menschheit, wie das Individuum, ihre Epochen in die fünf bekannte Grundverhältnisse eintheile, so wird das gemüthliche Grundverhältniß oder das Jünglingsalter der Menschheit dem angegebenen Normalmaas am nächsten stehen, während das sinnliche

und intellectuelle im Kindes- und Knabenalter das Minus und das sittliche und religiöse im Mannes- und Greisenalter das Plus darstellen.

§. 37.

Wenn daher auch der ursprüngliche Rechtsbegriff sammt seinen Grundsätzen und Kategorien im Keime überall vorhanden ist, so konnte er doch nur alsdann seine volle Kraft in dem Völkerleben ausdrücken, nachdem die Zeit der Evolution dasselbe dem Normalmaas näher brachte.

Wir können den ersten Zeitraum der Evolution die Naturperiode nennen, in welcher der Mensch, wie das Kind, noch ganz der Natur und dem an sich unschuldigen Sinnenleben hingegeben war. Die Geschichte bezeichnet uns diese Periode in dem Hirten- und Jägerleben, in der Isolirung der Familien und Stämme, welche ohne Anbau des Bodens überall den Aufenthalt veränderten, und von der freiwillig-gebotenen Gunst der Natur lebten.

Hier war der Rechtsbegriff in seiner negativsten Abweichung. Von einer Rechtsverfassung war noch keine Rede; Sitten galten statt Gesetzen, Gebräuche und Gewohnheiten statt Rechten. Eigenthum, Vertrag und Wahl waren zum Theil gar nicht, zum Theil in unbestimmten Ausdrücken anerkannt.

Das negative Recht ist das Recht

des Stärkern und Klügern, und dieß ist das Recht der Naturperiode. Die Väter der Familien und die Aelteste der Stämme gaben denselben Regeln und Vorschriften, theilten die Heerden und Triften aus, aber ohne Vertrag. Der Aeltere und Klügere benutzt überall sein physisches und moralisches Uebergewicht über seine Abkömmlinge, sein physisches durch Stärke, sein moralisches durch Klugheit und Wohlthätigkeit. Welche Gebote und Regeln er zum wechselseitigen Gemeinleben entwirft, diese werden jene als Rechte befolgen.

§. 38.

Wo das Recht des Stärkern und Klügern gilt, da muß am Ende die höchste Ungleichheit sich entwickeln, so daß auf einer Seite nur ein Herrscher, und auf der andern Seite nur Sklaven und Leibeigene sind.

Wir können den zweiten Zeitraum der Evolution die Socialperiode nennen, in welcher die isolirte Stämme durch Uebermacht des Stärkern und Klügern zu Völkern vereinigt wurden, und nun Königreiche mit ausgebildeten Herrschern darstellten. Die Menschheit trat, wie der Knabe, in ihre Lehrjahre, und entwickelte darin vorzüglich ihr intellectuelles Grundverhältniß.

Die Geschichte zeigt uns in diesem Zeitraum die Königreiche mit den strengsten Unter-

würfigkeitssystemen, das Assyrische, Syrische, Medische, Babylonische, Persische, Egyptische, Indische. Ich nenne dieß den natürlichen Despotismus, in welchem Klugheit und Macht sich zu einem System verbinden. Natürlich ist er, weil die Evolution der Menschennatur ihn nothwendig herbeiführt. Dieser Despotismus hat eben, weil er natürlich war, das Arge nicht, das wir gewöhnlich mit seinem Begriffe verbinden. Die Menschen führten keine Klage über ihn, und konnten keine führen, weil sie zu einem höhern und kultivirteren Zustand noch nicht gereift waren. Wer das Bessere nicht kennt, kann es auch nicht vermissen. Kannt nennt diesen Zustand Regimen paternum, das Völker wie Kinder behandelt, und wie es nun rohe Väter einerseits, und milde und gütige andererseits gibt, so mochte es in der Socialperiode auch gute und böse Herrscher geben, und die Völker konnten hart oder mild behandelt werden. Die Menschen fühlten nicht den Unterschied zwischen einer freien Verfassung, zu der sie noch nicht reif waren, und der unbedingten Unterwürfigkeit, sondern nur den zwischen einem guten und schlimmen Despoten.

In diesem Zustand oder in der Socialperiode verhält sich der ursprüngliche Rechtsbegriff ebenfalls noch negativ. Der Despot schließt keine Verträge mit seinem Volke, gestattet ihm kein

Wahl- und Stimmen-Recht. Dagegen aber erhält das Eigenthum festere Bestimmungen, und wird gesichert durch Gesetze. Denn — ohne das Eigenthumsrecht wäre keine Socialperiode möglich; alle Ordnung würde sich im Augenblick auflösen, und eine völlige Anarchie entstehen. Von Verfassungen, in welchen die persönliche Freiheit des Menschen geachtet ist, konnte in dieser Periode noch keine Rede seyn. Die Völker mußten, wie die Knaben, vorher zur Ordnung, zum Gehorsam, und zur wechselseitigen Verträglichkeit angeleitet werden, ehe ihnen das Geschenk persönlicher Freiheit anvertraut werden konnte. Alles dieß geht aus der natürlichen Evolution der Menschheit hervor.

Der ursprüngliche Rechtsbegriff war in diesen beiden Perioden in seinem eigenthümlichen und freien Karakter noch von entgegengesetzten Kräften überwogen, und konnte sich daher in seiner wahren Gestalt noch nicht zeigen, obgleich seine Tendenz dazu überall sichtlich ist. Hier erhellt, wie wichtig es ist, die Normalidee des Menschen zu finden, um einen gemeinschaftlichen Durchschnittspunct für alle seine mögliche Beziehungen zu haben. Erst in diesem Durchschnittspunct tritt das Naturrecht mit seinen Grundsätzen und Kategorien in seine freie Sphäre, wo es ungebunden und ungetrübt von fremden Reflexen seinen eigenthümlichen Werth offenbart.

Zweites Hauptstück.

Erster Abschnitt.

§. 39.

In der Socialperiode fanden wir den größten Abstand zwischen Sklav und Herr, auf einer Seite die Willkür des Despoten, auf der andern den unbedingten Gehorsam des Volks. Haben sich aber die Extreme am weitesten entfernt, dann kommt auch die Zeit, wo das Mittelglied sich auf eigene Weise geltend macht, und indem es nach und nach in die fremde Extreme eingreift, den Gegensatz beschränkt und mildert. Dieses Mittelglied ist der Bürger. Wo dieser sich konstituiert, da verschwindet nach und nach einerseits der unbedingte Gehorsam des Sklaven und Leibeigenen, und andererseits die Willkür des Herrschers — und dieß war dem dritten Zeitraum vorbehalten.

§. 40.

Wir können den dritten Zeitraum die Civilperiode nennen, welche zugleich das gemüthliche Grundverhältniß der Menschheit oder ihr Jünglingsalter darstellt.

Das Gemüth, wenn es im Individuum erwacht, hat seine schönsten Blüthen und Früchten in Liebe und Freundschaft. In's politisch-handelnde Leben eines Volks übergetragen, nährt

es in sich die Vaterlandsliebe und den Bürgersinn, und aus beiden sproßt die Tapferkeit, der Kunst- und wissenschaftliche Sinn hervor.

Die Geschichte zeigt uns in dieser Periode das Aufkeimen, Wachsthum und Ausbilden der Republiken. In sie fallen die freie Thaten des Menschen zuerst, die Gleichheit wird anerkannt, und in der Vaterlandsliebe, wie im Bürgersinn findet das Land zugleich seine Sicherheit. Eigenthum, Vertrag und Wahl sind die erste Sprößlinge des Republikanismus. Hieher kommt nun auch der Normalmensch in seinem höchsten Glanze zu stehen, und der ursprüngliche Rechtsbegriff baut sich sein erstes Reich.

Nach dieser Ansicht ist der Republikanismus ein Werk der natürlichen Evolution der Menschheit, sobald sie, wie im Jünglingsalter, in ihr gemüthliches Grundverhältniß eingeht. Republiken mußten im Verlauf der Weltgeschichte entstehen, aber sie konnten nicht allgemein seyn. Nicht aus jenen Extremen zwischen Herr und Sklav, wie wir es im Orient erblicken, konnte sich das Mittelglied des Bürgers herausbilden, sondern auf eigenem Boden mußte es sein kräftiges Leben entwickeln, und dann erst konnte es in jene Extreme von Herr und Sklav übergreifen und allmählig ihren Gegensatz zerstören. Das eigene Leben des Mittelgliedes ist der Republikanismus.

mus, und in ihm lebt der ursprüngliche Rechtsbegriff in seiner vollsten Kraft. Der Grieche und der Römer kommt besonders in seiner ersten Periode der Idee des Normalmenschen am nächsten.

§. 41.

Wo der Zenithpunkt des Normalrechts hinfällt, wenn es sich in seinem freien Zustande und in eigenem Leben entwickelt, wie es im Republikanismus der Fall ist, da mußte auch die größte Erscheinung, welche die Weltgeschichte für das politische Leben in sich hat und haben wird, hervorgehen, — nemlich eine römische Welt Herrschaft. Im Normalmenschen sammelt sich die größte Energie für das äußere politische Leben. Für das innere Leben gibt es noch höhere Punkte, die über den ursprünglichen Rechtsbegriff hinausliegen, wie das sittliche und religiöse Verhältniß, aber für das äußere Leben und seine Thatkraft gibt es keine höhere Culmination und keine stärkere Expansion als in dem ächten Republikanismus.

Wie der Jüngling, wenn sein Gemüth in voller Wallung sich hebt, hinausstrebt in's Freie, und durch alle Hindernisse sich Bahn bricht zum Ziele, und im Gefühl seiner Kraft alles unternimmt, und in den kühnsten Unternehmungen nie ermüdet, und doch auch das Schöne, die Liebe und Freundschaft in sich nährt und pflegt,

und die Romantik des Lebens in hohen und schönen Idealen sich ausbildet, so erscheint der Grieche und Römer als der Jüngling der Weltalter. Die griechische Großthaten und eine römische Weltherrschaft waren die Früchte dieser Normalkraft. Aber dieses Phänomen zeigt sich auch nur einmal in der Weltgeschichte, und kann nie wieder zurückkehren. Wie sein Durchgang durch die Normalidee vorüber ist, so geht auch die Riesenkraft verloren, die in einer Universalmonarchie sich ausgebahnen will, und das politische Leben der Menschen erhält jetzt eine Tendenz zum Gleichgewichte der Staaten, welche die Frucht eines späteren Zeitraums ist.

§. 42.

Wir fanden die Normalidee des Naturrechts mit dem Republikanismus zusammentreffen; in ihm sind alle Grundsätze, nemlich: Freiheit, Gleichheit und Sicherheit wie die Kategorien: Eigenthum, Vertrag und Wahl entwickelt. Alles vereint sich zu einer Verfassung, in welcher weder Sklaven noch Herr, sondern blos der Bürger besteht. Das Mittelglied hat nun sein eigenes Leben entwickelt, und hier ruht nun auch das vollste Selbstgefühl des Volks, und zwar im Gemüthlichen reflektirt, wo es als Vaterlandsliebe und als Bürgersinn erscheint. In despotischen Staaten ist keine Vaterlandsliebe möglich und kein

Bürgersinn, und wenn wir in solchen große Thaten sehen, so haben sie gewöhnlich ganz andere Triebfedern, wie z. B. Ehr- und Ruhmbegierde.

Die Entwicklung des Mittelgliedes, in welchem der Mensch der Normalidee am meisten korrespondirte, erfüllt in der Weltgeschichte wohl ein Jahrtausend. Aber nun entstehen die wichtige Fragen: Erfüllt der naturrechtliche Mensch wohl auch alle Forderungen, die wir an die Bestimmung der Menschheit überhaupt machen können? Ist das Normalmaas des Rechts wohl auch das Höchste für uns? Wenn es etwa noch ein Höheres gäbe, muß nicht dadurch das Naturrecht selbst wieder eine Modifikation davon erleiden? Kann das Mittelglied für sich allein schon ein Ganzes konstituiren, ohne mit den Gegensätzen in eine Vereinigung zu treten? Mit einem Wort — Ist der Republikanismus die rechte Verfassungsform, welche allen Requisiten Genüge leistet? Keineswegs! — Wie das Alter des Jünglings nur wenige Jahre im Leben eines Menschen ausfüllt, und einer höhern Bestimmung zueilt, so ist auch das wahre Leben der Republiken in der Evolution der Menschheit nur auf einen gewissen Zeitraum eingeschränkt; ist dieser einmal vorüber, so hat sich für immer der ächte Republikanismus verlebt, und alle nachhe-

rige Versuche sind entweder nur schwache Nachklänge, oder haben keinen Bestand mehr.

§. 43.

Bisher wurden 1) die negative Abweichungen von der Normalidee des Naturrechts betrachtet; wir fanden sie in der Natur- und Socialperiode ausgedrückt, 2) die Indifferenzsphäre, welche am nächsten mit der Normalidee zusammentrifft; sie ist am besten durch Civilperiode bezeichnet, in der der Bürgersinn und überhaupt das Leben des ächten Republikanismus sich ausbildet. Es gibt aber auch positive Abweichungen von dem Normalmaas, und diese sind jetzt noch zu betrachten übrig.

Hat einmal das Natur- oder Normalrecht sich in voller Kraft entwickelt, so kann der Rechtszustand der Völker nie mehr ganz verloren gehen. Der Mensch, der einmal in seinen angeborenen Rechten sich klar geworden ist, wird nie mehr dulden, daß ein völlig rechtsloser Zustand eintrete. Gestört kann er in dem Genuße des Rechts werden durch Gewalt und Willkür, aber er wird nicht ruhen, bis diese Störungen wieder entfernt sind.

Was wir unläugbar den Griechen und Römern zu danken haben, ist die Darstellung der Rechtsverfassungen, welche nur in den Republiken ihre Nahrung und Pflege zuerst finden konn-

ten, d. h. im Bürgersinn. Ist aber einmal der Anstoß dazu in der Weltgeschichte gegeben, so geht er nie mehr verloren, und er wird sich von dem kleinen Winkel, von dem er ausgieng, schon allmählig auf alle übrige Völker verpflanzen, und überall, wo sich noch ein natürlicher Despotismus findet, ihn zernichten.

Wir dürfen wohl sagen, daß gegenwärtig nirgends auf der Erde, als etwa bei den Nomadenvölkern, ein völlig rechtsloser Zustand mehr angetroffen werde, wenn gleich vertragsmäßige Rechtsverfassungen noch selten sind. Ueberall sind bestimmte Gesetze gegeben, welche mehr oder weniger die Willkür zügeln, und statutarische Rechte anerkannt, welche der Gewalt Einhalt thun. Ein natürlicher Despotismus ist nicht mehr möglich, wohl aber ein künstlicher, der in seinen Wirkungen freilich noch weit schlimmer ist.

§. 44.

Ueber dem naturrechtlichen Verhältniß steht das sittliche und religiöse — und diese beide gehören eben so gut zur natürlichen Evolution der Menschheit wie die frühere. In diesen Perioden ändert das Naturrecht seinen Karakter, und zwar auf eine den negativen Abweichungen ganz entgegengesetzte Weise. Das rechtliche Verhältniß wird vom sittlichen überwogen. Die Legalität hat ihren Wächter an

der Moralität, und der Zwang, den das Recht noch bei sich führt, nähert sich immer mehr der freien Ueberzeugung, die im sittlichen Imperativ liegt. Der Rechtsausspruch soll mit der innern Billigkeit übereinstimmen. In dieser Hinsicht erhält das Naturrecht selbst eine Veredlung, und dieß ist der Charakter und die Tendenz des positiven Rechts.

Wenn gleich das Normalrecht mit seinen Grundsätzen und Kategorien die Grundlage aller Rechte bleiben muß, so schließt dieß doch die veredelte Modifikationen nicht aus, welche durch die höhere Verhältnisse in dasselbe hineingetragen werden, und wir können daher sagen; So gewiß die Evolution der Menschheit in höhern Exponenten sich entwickeln müsse, so gewiß müsse ein positives Recht das Normalrecht veredeln.

Wir sehen diese Tendenz schon im römischen Kaiserthum ausgedrückt; ohne Zweifel stand der ächte republikanische Römer dem Normalmenschen sehr nahe. Aber der Normalmensch, der, wie ich früher zeigte, zwischen dem Minimum und Maximum unserer Evolution die Mitte hält, muß sich selbst veredeln, um den höhern Forderungen zu genügen. Es ist nicht bloß um das Leben des Mittelgliedes zu thun, sondern um eine Vereinigung der Gegensätze, vermittelt des Mittelgliedes, zu einem Ganzen — und dieß ge-

schieht in Hinsicht des rechtlich-politischen Lebens nur in gemäßigten Monarchien. In diesen ist allein Unterthan, Bürger und Herr in ein Ganzes verschmolzen, und durch eine positive Gesetzgebung, welche jedem Gliede seine wesentliche Rechte sichert, so abgewogen, daß dadurch alle die höhere Forderungen, welche das Normalrecht noch unbefriedigt läßt, vollkommen befriedigt werden können.

Daher zeigt das römische Kaiserthum, ob es gleich in seinen ersten Versuchen uns keine erfreuliche Erscheinungen gibt, doch schon die Tendenz zum Höhern und eine Versöhnung des Mittelgliedes mit seinen Gegensätzen zur Einheit an. Das noch unklare Normalrecht gieng zuerst unter den römischen Kaisern in ein positives Recht über, und dießs Recht ist ja, wie wir wissen, unter dem Namen: „römisches Recht“ fast bei allen europäischen Nationen unverrückter Maasstab geworden.

Zweiter Abschnitt

§. 45.

Man kann den vierten Zeitraum die monarchische Rechtsverfassungsperiode nennen, in welchem das republikanische Normalrecht in ein positives verwandelt wurde, und;

weil wir selbst in diesem Zeitraum noch beharren, verwandelt wird.

Wie das Jünglingsalter in das reifere Mannesalter übergeht und das gemüthliche Verhältniß des Individuums zum sittlichen sich steigert, so mußte auch im Völkerleben der Republikanismus in die höhere Einheit monarchischer Verfassungen sich erheben, in welchen allein die höhere Tendenzen ihre wahre Sollicitation finden können.

Die Epoche für das sittliche Grundverhältniß nimmt mit der Erscheinung des Christenthums seinen Anfang, und es ist nicht ohne Bedeutung, daß Christus gerade da erschien, nachdem der Republikanismus in der römischen Weltherrschaft sich verlebt hatte. Es sollte jetzt mit der sittlichen Tendenz der Menschheit auch das positive Recht sich entwickeln. Das Civileben dauert zwar fort, aber es wird im sittlichen veredelt, und der Normalzustand erhält dadurch eine positive Abweichung, welche in der Bildung des positiven Rechts sich ausdrückt. Ueberhaupt hört kein früheres Grundverhältniß auf, es verliert nur sein Uebergewicht, und wird einem höheren Exponenten untergeordnet, wodurch es aber jedesmal einen andern Karakter erhält. So hört auch das Normalrecht in den folgenden Perioden nicht auf, sondern nimmt nur in den Monarchien, wo die Gegensätze sich mit dem Mittelgliede verbinden, einen andern Karakter an. Mag es seyn, daß in den

folgenden Perioden die naturrechtliche Grundsätze von Freiheit und Gleichheit unter vielen Regierungen und Völkern mannigfaltig verletzt wurden, daß die Einheit des monarchischen Principis mit dem freien Bürgersinn in einem beständigen Streit lag und daß häufig genug ein künstlicher Despotismus mit allen seinen Greueln die Völker zerdrückte, so bemerken wir doch seit Jahrtausenden ein allmähliges Fortschreiten zu allgemeinen Rechtsverfassungen und zu einem vertragsmäßigen Zustand zwischen Volk und Regent. Lange zwar waren die Vorbereitungen dazu, aber nun ist, wie wir selbst erfahren, die Stimme der Völker laut geworden, und keine Macht wird ihre gerechte Forderungen für Verfassungen abweisen können. Erst dann ist das Mittelglied mit den Gegensätzen versöhnt, und es entsteht die Einheit eines Ganzen in der Monarchie, welche weit über den Republikanismus hinausliegt.

Eine Weltherrschaft war nur möglich in der Civilperiode, in welcher die vollste Kraft des Selbstgefühls zur Expansion strebte. In der sittlichen Periode, welche die Christuslehre be-seelt, können keine Versuche dazu mehr gelingen; es wenden sich vielmehr alle Staaten dem Gleichgewicht zu, und wenn auch, was nicht fehlen kann, große Störungen geschehen, so wird am Ende doch der Charakter des Gleichgewichts sich behaupten, und statt einer Universalmonar-

chie ein Staatenbund sich bilden. In dem Gleichgewichte der Staaten ist allein Sicherheit vor dem Despotismus, und diesen gänzlich auszurotten, ist das stille Geschäft der christlichen Lehre.

§. 46.

Wir finden zu unserer Zeit noch starke Verfechter der Republiken, wahrscheinlich angelockt durch die Volksthümlichkeit und durch die dem Normalrecht innwohnende Grundsätze von Freiheit und Gleichheit, als ob noch heut zu Tage solche Verfassungen die beste wären. Aber diese bedenken nicht, daß die bürgerliche Bestimmung nicht die höchste ist, daß bloß in Monarchien die lebendige Einheit rege ist, welche ein höheres Interesse in der Menschheit sollizitirt. Sie bedenken nicht, daß, wenn einmal die Völker in ihrer Evolution über das gegebene Mittelmaas ihrer Grundverhältnisse hinweggeschritten sind, das republikanische System ein wahres Zurücksinken ist.

Der Normalzustand kann eigentlich nur als formaler Maasstab gelten, um aus ihm zu bestimmen, was der Mensch, vermittelt seiner angeborenen Rechte, zu fordern habe. Wenn uns aber schon ein Höheres gegeben ist, wie in der christlichen Lehre, und ein veredeltes positives Rechtsverhältniß, so erhalten unsere Ansprüche auf das Naturrecht keine besondere Bedeutung mehr. Wir können ganz ruhig seyn, daß der äußere

Rechtszustand vom Sittlichen bewahrt werde. Denn unser sittliches Verhältniß ist eben so wahr, als unser rechtliches, und wir sind für unsere Rechtsforderungen längst durch die Evolution des sittlichen Charakters entschädigt. Er drückt gleichfalls seinen Stempel auf die Angelegenheiten der Menschen, und arbeitet im politischen Leben auf das Gleichgewicht der Staaten hin, die nur unter guten Verfassungen neben einander mit Dauer bestehen können.

Der große Versuch, welchen die Franzosen für das republikanische System machten, ist verunglückt, und steht, wie ein Warnungszeichen, für alle übrige in der Kultur vorgerückte Völker da. Republiken können nur gedeihen, wenn das Volk aus dem Socialleben sich zum Cvilleben hinaufarbeitet, wenn neue Staaten gegründet werden, und abhängige durch Belebung des freien Bürgersinnes zur Unabhängigkeit streben. Da treten alle die republikanische Tugenden heraus, ohne die Laster, die sie wieder zerrütten. Ein solches Volk erfaßt sich zum erstenmal in seinem Selbstgefühl, und lebt wie in der Blüthe des Jünglingsalters. Aber für solche Reiche, in welchen Monarchien schon lange dauerten, ist der Republikanism kein Erheben mehr, sondern vielmehr ein Zurücksinken. Wenn gleich die gewaltsame Reduktion auf den Normalstand auch zugleich die Grundsätze von Freiheit und Gleichheit und mit ihnen den

Enthusiasmus und das Ehrgefühl herbeiführt, so gehen dafür alle jene Tugenden, welche dem sittlichen Exponenten eigen sind, verloren. Und dieß fand sich auch bei den Franzosen bestätigt. Ihre Moralität und Religiosität gieng beinahe zu Grunde. Es ist ein großer Unterschied, ob ein Volk vom natürlichen Despotismus sich hinaufarbeitet zum Republikanismus, und das bürgerliche Leben ihm vorher unbekannt anfängt, oder ob es von einer rechtmässigen Monarchie zurücksinkt zum Republikanismus. Im erstern Fall bringt es noch keine politische Laster mit, und erwirbt blos Tugenden, im zweiten Fall aber gehen die erworbene Tugenden verloren, und die politische Laster bleiben stehen. Die Wahrheit dieser Folgerungen zeigt uns die aus der Revolution hervorgegangene französische Republik.

Ihre naturrechtliche Kraft, die dem Normalstande eigenthümlich ist, und in Freiheit und Gleichheit sich ausdrückt, verstärkte sich zwar auf eine ungemaine Weise, — ein wilder Enthusiasmus wurde aus ihr geboren, aber dagegen erlahmten die ächte moralische Triebfedern mit dem religiösen Sinn. Wie dieses Gegengewicht fehlte, so mußten die Laster und Leidenschaften, die, was wohl zu bemerken ist, im monarchischen Leben weit stärkere Gegensätze bilden, als im Socialleben, die Oberhand gewinnen, und nun von selbst an Zerstörung der an sich gu-

ten Grundsätze von Freiheit und Gleichheit arbeiten.

Vom Monarchismus zum Republikanismus ist in der Evolution der Völker eine rückgängige Bewegung, die das Gute der höhern Stufe verliert, aber das Laster derselben mitbringt. Vom Knaben zum Jüngling geht die natürliche Entwicklung. Da steigert sich das Intellectuelle zum Gemüthlichen, und überall ist ein gröfserer Erwerb. Aber vom Manne zum Jüngling ist ein Rückschritt. Da will Gesetz und Recht und der sittliche Grundsatz wieder zurücksinken in die Fehler des Temperaments, und der ungebändigten Neigungen. Prüfung und Ueberlegung des wahren Staatswohls ist noch nicht Sache des Jünglings, und so entsteht bei solchen Rückschritten zwar ein energievoller Enthusiasmus, aber er ist blind und parteisüchtig.

Und so war es auch in Frankreich.

Die naturrechtliche Bedeutung von Freiheit und Gleichheit, wie sie einst im Griechen und Römer lebte, gieng verloren. Freiheit wurde Volkswillkür, und Gleichheit Volkshabsucht. Jenes bahnte den Demagogen den Weg, und führte zu einem beispiellosen Terrorismus, dieses führte zu einem allgemeinen Plünderungssystem. Der Arme wollte dem Reichen gleich werden durch Plünderung.

Wohin führt ein solches System? das auf die

volle Kraft des Selbstgefühls zurückgeführte Volk strömt über, und seine Expansion wird Eroberungsprinzip. Sein Ungestüm zernichtet den Widerstand, und der Gedanke an Universalmonarchie, der dem Republikanismus eigenthümlich ist, erwacht. Allein! In der sittlichen Periode, in welcher die Tendenz zum Gleichgewicht der Staaten der vorherrschende Karakter ist und bleiben muß, ist dieß alles ein eitles Beginnen. Was bei den Römern, welche die Civilperiode der Geschichte durchlebten, ein langsam reifendes und dauerhaftes Werk von etwa 700 Jahren war, das kann da, wo der Genius des Zeitalters eine völlig entgegengesetzte Richtung hat, nur ein vorübergehendes Phänomen der Zeitgeschichte, ein Meteor des politischen Horizonts werden. Wenige Jahre reichen hin, um die ganze Tendenz zu zernichten.

Ein eroberndes Volk mit seinen schönen Grundsätzen von Freiheit und Gleichheit erobert am Ende immer sich selbst den Despotismus, weil da, wo die natürliche Evolution das Werk nicht begünstigt, immer die Extreme sich berühren. Dieser künstliche Despotismus ist aber weit fürchterlicher als jener natürliche.

In der Socialperiode war das Verhältniß von Herr und Sklav natürlich, es gieng aus der Evolution der Menschheit selbst hervor. Es war nicht drückend, weil kein besserer Rechtszustand

noch gekannt war; Wie der Knabe bald durch Milde und gute Worte, bald durch Furcht, Drohung und Strenge zum Gehorsam angehalten wird, so mußten auch dazumal die Völker durch strengen oder mildern Despotismus zur Ordnung und zum Gehorsam erzogen werden. Und darin ist kein Mißverhältniß.

Aber anders verhält es sich mit dem künstlichen Despotismus.

Wenn die Menschheit, wie der Mann, einmal in ihren Rechtsansprüchen sich klar geworden ist, und auf einer entwickelten Stufe der Kultur in Kunst und Wissenschaft steht, und überhaupt zu einem mündigen und selbstständigen Volk herangereift ist, dann wird der Despotismus künstlich, und bildet sich zu einem System aus, das die moralische Ordnung gänzlich zu zernichten droht. Es hat aber in der sittlichen Periode keine Noth mehr mit ihm. Seine Versuche sind nur vorübergehende Störungen.

Unsere Zeitgeschichte bestätigt diese Ansicht. Große Lösungen fallen in dieselbe. Die beabsichtigte Universalmonarchie eines Napoleons zu zernichten, traten alle europäischen Mächte in einen Bund zusammen zu Wiederherstellung des Gleichgewichts der Staaten. Und so ist auch die Tendenz unverkennbar, alle despotische Regierungssysteme in gemäßigte Monarchien mit Rechtsverfassungen umzuwandeln. Den Völkern kann

die Majorennität nicht mehr vorenthalten werden; darum verlangen sie auch den Abschluß der Verträge mit ihren Königen und Fürsten. Darinn erblicken wir den wahren Charakter der sittlichen Periode und des Mannesalters der Weltgeschichte.

§. 47.

In der bisherigen Darstellung liegen für die drei Grundsätze: Freiheit, Gleichheit und Sicherheit, insofern sie auf die äußere Gemeinschaft sich beziehen, und in den verschiedenen Perioden betrachtet werden, einige schöne Evolutionsgesetze.

Die Freiheit wirkt in den verschiedenen Zeitaltern durch das Gesetz der Vertheilung.

Im Despotismus ist sie gehäuft im Einzelnen, alles übrige ist Sklav.

Im Republikanismus geht sie über an Viele, nemlich an die Glieder der Nation.

Im konstitutionellen Monarchismus, der nur im Gleichgewicht der Staaten sich realisiren kann, geht sie über auf Alle. Es genießt sie nicht nur ein Volk, sondern Alle, die zu diesem System gehören.

Die Gleichheit aber befolgt das Gesetz der Umkehrung.

Im Despotismus sowohl innere als äußere Ungleichheit. Im Innern zwischen Herr und Sklav,

im Aeufsern durch die beständige Tendenz zur Unterjochung der Andern.

Im Republikanismus innere Gleichheit der Bürger, äufsere Ungleichheit durch das Eroberungsprinzip.

Im konstitutionellen Monarchismus oder im Gleichgewichte der Staaten innere und äufsere Gleichheit. Die Ungleichheit der Macht verschiedener Staaten wird durch die Gleichheit eines gemeinschaftlichen Rechts kompensirt.

Die Sicherheit hingegen befolgt ein progressives Gesetz:

Im Despotismus gar keine Sicherheit durch Gesetz und Verträge.

Im Republikanismus innere Sicherheit, aber keine äufsere.

Im konstitutionellen Monarchismus oder im Gleichgewicht der Staaten innere und äufsere Sicherheit.

Vergleichen wir diese Gesetze, so scheinen sie für das sittliche Zeitalter die Aufgabe zu enthalten, denjenigen Punct des Rechtsverhältnisses zu finden, in welchem Freiheit, Gleichheit und Sicherheit, Eigenthum, Vertrag und Wahl völlig Eins werden sollen, d. h. in welchem die Total-sphäre der Freiheit in lauter gleichen Portionen, wovon immer eine ihre Garantie im andern hat, vertheilt werde, und zwar im Innern durch den

gleichen Rechtszustand, im Aeufsern durch das rechtliche Gleichgewicht der Staaten.

Die Lösung dieser Aufgabe scheint nur in konstitutionellen Monarchien erreichbar, wo die Erhebung zum Guten in der freien Einheit des Willens unbeschränkt, die Ausführung des Bösen aber durch die Verfassung beschränkt ist.

Dritte Abtheilung.
Von der Dignität der verschiedenen Rechte.

Erstes Hauptstück.

§. 48.

Bisher war in der Jurisprudenz nur von **Materie** und **Form** die Rede oder auch von **Umfang** und **Inhalt**, aber es gibt eine metaphysische Reihe, die durch alle Wissenschaften hindurchgeht. Diese Reihe ist **Materie**, **Form** und **Wesen**, und die **Glieder** dieser Reihe bilden eine **Proportion**. Die **Materie** bedeutet immer das **Unendlich-Mannigfaltige**, das in der Erfahrung gegebene **Reale**; dieses **Erfahrungsmässige** wird aber aufgenommen und verknüpft zur **Einheit** durch den **Begriff**, das **Gesetz**, die **Gleichung**, und diese **Einheit** ist dann die **Form**, aber diese **Form** ist immer nur ein **specieller Begriff**, **specielles Gesetz**, **specielle Gleichung**, und muß mit **Andern** wieder im **Prinzip** zusammenhängen, und dieses **Prinzip** ist das **Wesen**. Wir mögen eine **Wissenschaft** nehmen, welche wir wollen, so müssen sich diese drei **Momente** unterscheiden lassen. In der **Rechts-**

wissenschaft ist das Rechtsprinzip das, was alle Fundamental-Momente der Rechtssphäre in sich aufnimmt, und zur Einheit verknüpft, mithin das Wesen; die Richtungen hingegen, in welche das Rechtsprinzip übergeht, sind die specielle Rechte oder die Formen, unter welchen das Wesen sich gestaltet, — und die mannigfaltige gesellschaftliche Verhältnisse, welche innerhalb des Umkreises jedes speciellen Rechts fallen, bilden erst die Materie desselben Rechts. Nur die zwei untere Glieder hat die Jurisprudenz inzwischen beachtet, nie aber ihre Schlüsse fortgeführt bis dahin, wo die specielle Rechte mit dem Rechtsprinzip sich verbinden. Und dieß ist gerade die Hauptsache des Normalrechts.

Erster Abschnitt.

Von den angeborenen Rechten.

§. 49.

A. Das Recht des Lebensunterhalts, (Jus vitae sustentationis.)

Jeder Mensch hat ein Geburtsland und eine Geburtsstätte und durch sie das Recht, sich auf ihr zu nähren. Neugeborene Kinder können sich nicht selbst erhalten, sondern werden von ihrer Mutter ernährt. Die Mutter aber muß selbst Lebensunterhalt haben, wenn sie das Kind ernäh-

ren soll. Im ersten Naturstande steht der Mutter die ganze Natur offen, um die Früchte zu sammeln, sich und ihr Kind zu ernähren. Im civilisirten Leben hingegen, wo fast alles angebaute Land eigenthümlich ist, könnte der Fall sich ereignen, daß eine Mutter mit ihrem Kinde verhungerte, wenn nicht hier einerseits das Mitleiden und die Theilnahme der Menschen andererseits die Maasregeln des Staats das ersetzten, was jeder Mensch an die Natur als Ernährerin ihrer Geschöpfe zu fordern hat. Der Staat ist verpflichtet, und dieß ist seine Urverpflichtung, den Lebensunterhalt zu sichern. Denn wie er den socialen Stand der Menschen anordnet, zerstört er zugleich die freiwillige Günt der Natur für den Einzelnen, und würde er nicht andererseits dieß unnatürliche Verhältniß wieder ausgleichen, so würde er das heiligste Geburtsrecht der Menschen schänden. In keinem Lande in der Welt darf der Mensch aus Noth verhungern, und auch nur ein einziger Fall dieser Art wäre die ewige Schmach eines Landes. Dieses Geburtsrecht der Ernährung geht allen übrigen Rechten voraus. Denn zuerst muß das Subject aller Rechte in seiner Existenz gesichert seyn, ehe [die Rede werden kann, ihm seine einzelne Rechtsansprüche zu sichern. Das Recht des Lebensunterhalts ist mithin das Urrecht, das allen Andern zum Grun-

de liegt, und eben daher die ewige stillschweigende Voraussetzung derselben.

§. 50.

B. Das Recht der Ansiedlung.

(Jus incolatus nach Kant.)

Ueberall, wo ein Mensch in ein Land kommt, das eine herrenlose Sache (*res nullius*) oder eine zwar okkupirte aber noch nicht zum förmlichen Eigenthum erhobene Sache ist, da kann er sich ansiedeln. Die Natur spendet ihre freiwillige Gunst an alle Menschen aus, und hierin findet kein Vorzug statt. Ist aber der Boden durch Anbau und durch die sociale Verhältnisse zum Eigenthum umgewandelt, so geht das Ansiedlungsrecht in das Urrecht des Lebensunterhalts zurück, und nimmt seine Bestimmungen an.

Man könnte fragen, ob denn die Europäer bei der Entdeckung von Amerika ein Recht gehabt hätten, sich daselbst anzusiedeln, und da dieses Recht nicht ohne Zwang ausgeübt werden konnte, die Bewohner aus ihren Wohnsitzen zu vertreiben? Nein! Sobald ein Volk oder eine Vereinigung von Stämmen sich feste Wohnsitze erbaut, so wird es immer auch durch allerlei Anstalten, Einrichtungen, Anbau sich seine Nahrungsquellen sichern, und die Einzele werden durch Uebereinkunft sich Marken ziehen, die, wenn nicht ein beständiger Krieg dieselbe verletzen

soll, unter dem Schutze einer Obermacht stehen. Dadurch ist das Land theils individuelles theils gemeinsames Eigenthum geworden, bei welchem das Ansiedlungsrecht aufhört, aber das Recht des Lebens-Unterhalts noch fort dauert. Fordern konnten sie, daß die Bewohner sie vor Hungersnoth sicherten, aber nicht, daß sie ihnen ihre Wohnsitze überliessen.

Ein Wohnsitz ist etwas, woran Kunst, Fleiß und Arbeit der Menschen sich bemerklich macht, eben dieses bezeichnet auch die Kultur des Bodens. Nun hat aber kein Mensch das Recht, sich Kunst, Fleiß, Kultur eines Andern zuzueignen. Ist daher eine Sache, es sey Haus oder Land, auch noch nicht förmliches Eigenthum geworden, so daß ein Dritter noch Ansprüche machen könnte, so kann das nie ohne Schadloshaltung für aufgewandte Mühe, Arbeit und Kunst geschehen und die Theilung nie anders verlangt werden, als daß derjenige Theil, welcher zur Erhaltung und Ernährung der zuerst okkupirenden Familie nothwendig ist, gesichert bleibe.

§. 51.

Diese beiden Rechte und ihr Ineinandergreifen können wir in folgende Sätze bringen:

Der erste Satz ist: die Natur ist die Ernäherin aller Menschen, indem sie durch ihre freiwillige Gunst ohne Fleiß und Kultur densel-

ben ihre Früchte darreicht: Lebensunterhalt ist mithin das Urrecht, das der Mensch mit seiner Geburt empfängt, er seye nun in einem aufsocialen oder in einem socialen Stande begriffen.

Der zweite Satz ist: Hat der Mensch die Natur durch Kunst, Fleiß und Kultur verbessert und veredelt, so kann kein Anderer sich dessen, auch wenn es noch nicht Eigenthum ist, bemächtigen, ohne eine festgesetzte Schadenshaltung für den Aufwand von Mühe und Zeit.

Der dritte Satz ist: Auch, wo noch kein Eigenthum ist, da dürfen bei schon okkupirtem Lande die Ansprüche der Andern, die aus dem Grundsätze der Gleichheit folgen, nur so weit gehen, daß die Subsistenz der Familien, welche das Land innehaben, auf jede Weise gesichert bleibe, denn sonst würde ihr Urrecht des Lebensunterhalts angegriffen.

Der vierte Satz ist: Das Ansiedlungsrecht richtet sich nach dem Grade der Socialität. Im aufsocialen Zustande, wo weder Fleiß und Kultur noch feste Wohnsitze sich finden, und alles von der freiwilligen Gunst der Natur abhängt, gilt es unbedingt. Je mehr die Socialität zunimmt, desto mehr wird es beschränkt, und da, wo das sociale Leben ins bürgerliche sich erhoben hat, gilt es gar

nichts mehr, weil dann angebautes und unangebautes, besessenes und unbesessenes Land Eigenthum der Einzelnen oder des Staats geworden ist.

Der fünfte Satz ist: Durch die Socialität der Menschen kann das Urrecht des Einzelnen in Hinsicht des Lebensunterhalts auf keine Weise aufgehoben werden. Jede Gesellschaft, welche die Natur zu ihrem Eigenthum macht, und über dessen Gewährleistung übereinkommt, nimmt zugleich die Urverpflichtung auf sich, keinem Menschen, er sey fremd oder einheimisch, den Lebensunterhalt zu versagen.

Der sechste Satz ist: Das Urrecht des Lebensunterhalts hat absolute Priorität, die keine Zeit eines anderweitigen Besitzes noch irgend eine Bündigkeit der im socialen Stande derivativen Rechte auslöschen kann. Sorgt daher die Gesellschaft nicht für den Lebensunterhalt des Einzelnen, so versetzt sich dieser in den außersocialen Stand seines Urrechts zurück, das durch seine absolute Priorität jeden nachfolgenden Besitz ausschließt oder überwiegt, und nimmt zu seinem Lebensunterhalt, wo die Natur ihm etwas bietet, es sey dieß Eigenthum oder nicht.

Der siebente Satz ist: Da das Leben das Subject aller derivativen Rechte ist, so kann es

überhaupt kein Recht geben, das sich über dasselbe hinaufstellt. Denn jeder Mensch, wenn ihn die derivative Rechte nicht begünstigen oder verlassen, wendet sich an die Natur selbst als seine Mutter, ohne zu berücksichtigen, was den Menschen in ihrem socialen Zustande beliebt hat, aus ihr zu machen. Dieser Satz wird bei der Deduction der Todesstrafen seine Wichtigkeit erhalten.

§. 52.

Es ist der große Wahn verbreitet, als ob der aufersociale Stand des Menschen dem socialen Stand so sehr untergeordnet sey, daß das, was den Menschen beliebt, in ihren oft unvernünftigen und ebendaher auch unnatürlichen Satzungen als feste Norm aufzustellen, so weit gehen könne, daß auch das Leben des Individuums ein Gegenstand des derivativen Rechts werden müsse, während gerade der Mensch, wenn die Gesellschaft ihn antastet, sich an sein stärkstes Recht, nemlich das Urrecht, wenden kann, nach welchem ihm als Kind der Natur die gleiche Gabe mit allen übrigen gebürt. Man sieht den Menschen, der unter kultivirten Menschen geboren wird, an, als ob er stillschweigend auf sein Urrecht Verzicht geleistet habe, und sich nun in Allem fügen müsse den vielerlei Satzungen, welche willkürlich zusammengetragen sind, be-

denkt aber nicht, daß das Urrecht ganz unveräußerlich ist, und nie in irgend einem Richterspruch aufgehoben werden kann, weil das Leben als Subject aller derivativen Rechte des socialen Standes nie wieder ein Gegenstand derselben seyn kann. Ueberhaupt ist ja das Leben nicht dem rechtlichen Verhältniß zu lieb auf der Welt, es faßt weit nöhere Bestimmungen in sich, bei welchen das Recht sich bescheiden muß, weitere Urtheile zu fällen, und darum ist auch das Urrecht des Lebensunterhalts so wichtig.

§. 53.

Diese beiden Rechte (*jus vitae sustentationis* et *jus incolatus*) sind angeborne Rechte, die von keinen andern mehr abhängen. Sie gelten im ausersocialen Stande unbedingt, im socialen hingegen stehen sie zwar unter Bedingungen, aber nur solchen, die ihre Wirksamkeit nicht aufheben, und die so geartet sind, daß bestimmte Einrichtungen jene Ansprüche entweder sichern oder schadlos halten.

Es ist nun freilich wahr, daß der sociale Stand der Menschen den ausersocialen in Allem übertrifft, und daß die geistige Entwicklung der Menschen in ihren höhern Verhältnissen, welche der Zweck unseres Daseyns ist, nur in Jenem gedeihen kann. Soll daher der Zweck unseres Daseyns erfüllt werden, so mußte auch der ausser-

socialer Stand dem socialen sich unterordnen, und erst alsdann kann auch der Rechtsbegriff in allen seinen Bestandtheilen sich realisiren. Wie dem aber auch sey, so können die derivative Rechte nie die angeborene überwiegen oder gar auslöschen, sondern es wird die Aufgabe für die Socialität, neben der immer höhern Entwicklung ihres Rechtsverhältnisses jene angeborene Rechte des Individuums oder vielmehr das Leben als das Subject aller Rechte so viel möglich zu schützen und in seinen Ansprüchen zu bewahren. Nicht etwa weil die Gesellschaft als Ganzes über dem Gliede derselben als Einzelnes steht, hat sie ein Recht, über das Leben desselben zu verfügen, etwa wie der Mensch als Ganzes das Recht habe, eines seiner unnützen Glieder zu zernichten. Denn jeder Mensch ist selbstständig und für eine höhere Bestimmung aufgehoben, als welche eine Socialität ihm geben kann. Ueber seine höhere Ansprüche hat diese kein Dispositionsrecht mithin auch nicht über das Leben, welches das nothwendige Subject jener Ansprüche ist. Auch dem schädlichsten Menschen kann die Gesellschaft nur ihre sociale Rechte entziehen und ihn an einen außersocialen Stand verweisen, aber das Recht zu leben, ist ein Unrecht, das nur usurpatorisch angefochten werden kann.

Es geht allerdings aus der Darstellung des Sustentionsrecht hervor, daß in einigen Fällen

selbst der Diebstahl dadurch entschuldigt werden könnte. Es ist dieß wahr, und ich glaube auch, daß der Mensch, um sich vom Hungertod zu retten, das Recht habe, seine Nothdurft zu stehlen. Das Eigenthum der Menschen ist nicht heiliger als das Leben des Individuums, und dieß sind eben die schändliche despotische Zeiten, wo man Leben und Person wie eine Waare betrachtet, mit der die Willkür selbst gemachter Gesetze schalten und walten könne, wie sie wolle. Hat die Gesellschaft ihre Urverpflichtung vergessen, das Leben jedes Individuums vor dem Hungertod zu schützen, so darf der einzelne Mensch auch seine sociale Pflichten vergessen, und sich gestützt auf sein Urrecht, das die Natur nur als allgemeines Eigenthum anerkennt, sich seine Nahrungsmittel hohlen, wo er sie findet. Es ist die rohe Seite der Strafgesetzgebung, daß sie das Leben einer Waare und die Persönlichkeit einer Realität gleich setzt oder vielmehr nachsetzt.

§. 54.

C. Das Recht der Selbstvertheidigung.

(Jus vitae defensionis.)

Von gleichem Gehalt ist das Recht der Selbstvertheidigung, weil es nicht etwa Eigenthum, Verträge oder andere gesellige Verhältnisse, sondern das Leben selbst betrifft. Jeder der das Leben eines Andern gefährdet, setzt denselben auf

der Stelle in den Stand des Urrechts zurück oder ruft in ihm augenblicklich das angeborne Recht zum Leben hervor und in diesem Moment sind alsdann alle sociale Verhältnisse außer Wirksamkeit. Der Angegriffene ist Herr der Wahl jeder Mittel, welche ihm die augenblickliche Gefahr eingibt, sie gehen nun auf bloßes Zurücktreiben oder auf Tödtung des Angreifers. Vorschriften, welche die Grenzen der Selbstvertheidigung bestimmen wollen, können keine rechtliche Wirkung haben. Im Grunde wird Jeder in diesem Falle auf sein moralisches Gefühl verwiesen, und mit diesem hat er allein über den Erfolg seiner Selbstvertheidigung ins Reine zu kommen. Das Recht der Selbstvertheidigung ist unbedingt. Aber allerdings ist es wahr, daß die Selbstvertheidigung, wie die Gefahr vorüber ist, aufhört und nun nicht in eine Rache, sondern in den rechtlichen Stand zurücktreten soll.

Zweiter Abschnitt.

Von den wesentlichen Rechten.

§. 55.

Gehen wir nun abgesehen von einem außer-socialen Stande in die Socialität über, in welcher der Rechtsbegriff sich vollständig entwickelt, so

werden uns zuerst die wesentlichen Rechte be-
geggen.

Je näher diese ihrer Urquelle stehen, je mehr
sie sich den Grundsätzen, Kategorien nähern, je
reiner und unvermischter sie aus den Verhältnis-
sen der Persönlichkeit fließen, desto mehr nähern
sie sich dem Wesen oder der Einheit des Rechts-
prinzips. Hieher gehören

A. Das Recht der persönlichen Frei-
heit.

Jede Persönlichkeit hat in sich einen Selbst-
zweck, der nie in ein bloßes Mittel oder in eine Sa-
che umgewandelt werden darf. Kein Mensch soll
der Sklave oder der Leibeigene eines Andern seyn.
Auf dem Standpunct des Normalrechts steht jeder
dem Andern auf gleicher Stufe gegenüber, und
wenn hier auch noch ein untergeordnetes Verhält-
niss statt finden muß, so darf es doch nicht mit
absolutem Zwange seyn. Der persönliche Wille
muß in jedem Menschen respectirt seyn, und da-
her muß sein Dienstverhältniss entweder aus der
Natur des Staats, was über dem Einzelnen steht,
fließen oder nicht ohne seine Einstimmung gefor-
dert werden. Die drückende Lasten der Leibei-
genschaft, welche den Menschen zu einem bloßen
Instrument herabwürdigen, die Rechte der Herren
über Leben und Tod ihrer Unterthanen vertragen
sich nicht mit dem Rechte des Menschen zur per-
sönlichen Freiheit. Selbst im Völkerrechte fängt

dieser Satz an, erkannt zu werden. Alles ist darauf bedacht, den Sklavenhandel abzuschaffen, und die Räuberstaaten zu zernichten, in welchen die Gefangenen noch zu Sklaven gemacht werden. Auch im Staatsrechte erhebt sich dieser Satz; die Leibeigenschaft, die mehr dem Wort als der That nach fort dauerte, soll nun auch vollends dem Namen nach verschwinden. In einem guten Staate sollen nur Bürger seyn unter gleichen Rechten, gleichen Gesetzen und gleichen Verbindlichkeiten und Lasten.

Zur persönlichen Freiheit gehört ferner auch die freie Disposition über das Eigenthum. Das Eigenthum, dessen Entstehungsweise ich früher aus dem Normalrecht zeigte, bildet die freie Sphäre des Menschen, in der er nach Belieben schalten und walten kann, er kann es vermehren, vermindern, umändern, entäußern, verschenken oder gegen Verbindlichkeiten an Andere übertragen.

Diese persönliche Freiheit aber findet auch ihre Gränzen in den Grundsätzen der Gleichheit und Sicherheit. Sie darf sich nicht ausdehnen wollen in die freie Sphären der Andern, weil hier Jeder seine gleiche Ansprüche entgegensetzt, sie muß ferner dem Staate gehorchen und seinen Gesetzen sich fügen, auch muß der Familienvater im Gebrauch seines Eigenthums so weit sich einschränken, daß seine Familie nicht desselben be-

raubt wird, und er am Ende dem Staat zur Last fällt. Dieses erfordert der Grundsatz der Sicherheit.

§. 56.

B. Das Recht der persönlichen Gleichheit.

Die Psychologie erweist, daß das Selbstgefühl der Persönlichkeit, wenn es sich unter gewöhnlichen Umständen entwickelt, in das Ehrgefühl übergeht, und in diesem Puncte sind alle Menschen einander gleich. Es gibt demnach ein Recht der Ehre, das Jeder, der sich durch keine Handlung derselben öffentlich verlustig gemacht hat, im Andern achten muß. Es ist das Recht der Humanität, das Jeder fordert und das keinem Vorzüge vor dem Andern einräumt. Eben so erstreckt sich die Gleichheit auf alle sociale Verhältnisse. Es gilt kein Ansehen der Person vor dem Gesetz; Alle haben einen gleichen Richter, ein gleiches Forum. In den Verträgen muß die strengste Gleichheit der Willen statt finden. Da keine substantielle Gleichheit des Eigenthums möglich ist, ohne die Freiheit der Disposition zu beschränken, so muß sie formell im Vertrage seyn. Der Kleine wird im Vertrage dem Großen gleich, und welche Verhältnisse es auch seyen, so muß der freiwillige Vertrag es ausgleichen. In jedem Organismus eines Staats muß zwar ein Unterschied der Stände seyn, so daß zwischen Volk

und Regent eine Mittelclasse sich bildet, die über dem Volke und unter dem Regenten steht; dahin gehört der ganze Herrenstand, dem die Functionen der Verwaltung, Justiz, Policei, des Schul- und geistlichen Standes übertragen sind; aber diese Ungleichheit, die in der Natur des Staats liegt, ist dadurch ausgeglichen, daß jeder Bürger des Staats gleiche Ansprüche an diese Stellen hat, und durch Kenntnisse, Fleiß, Ausbildung seiner Talente und Sitten sie erwerben kann.

§. 57.

C. Recht der persönlichen Sicherheit.

Im Vorhergehenden wurde erwiesen, daß Freiheit und Gleichheit keinen Werth haben könnten, ja sich auflösen würden, wenn nicht der Grundsatz der Sicherheit hinzuträte. Kein Mensch darf in seiner Person, Eigenthum, Vertrag und allen socialen Verhältnissen gekränkt werden, ohne daß sogleich Restitution oder Vergütung erfolge. Keiner darf in seinem freien Handel und Wandel gestört werden. Keiner darf in Verhaft genommen werden, ohne den Befehl einer gesetzlichen Behörde und ohne Auslieferung auf der Stelle an den gesetzlichen Richter. Geheime Policei, besondere richterliche Commissionen vertragen sich nicht mit dem Recht der persönlichen Sicherheit. Die sogenannte geheime Cabinetjustiz zerstört dieses Recht.

Zur Sicherheit gehören Anstalten und Einrichtungen, und eine Obermacht, welche im Stande ist, allen einzelnen Parteien, die das Ganze stören könnten, die Spitze zu bieten. In dem socialen Leben ist die Willkür, beseelt durch den Egoismus der Leidenschaften, Triebe und Neigungen, ein beständiges Störungsmittel, und es könnte nie bei dem Einzelnen zur Sicherung seiner Ansprüche kommen, wenn nicht eine durch Ansehen und Macht unterstützte Regierung sie bewachte. Jedes Glied der Socialität überträgt den Schutz seiner rechtlichen Ansprüche dieser dritten Macht, dazu gehört nun ein gemeinschaftliches Vertrauen in dieselbe, und dieses kann sich nur äußern durch die gemeinschaftliche Wahl, und somit enthält das Recht der persönlichen Sicherheit auch das Wahlrecht der vorgesetzten Behörden.

§. 58.

Diese drei Rechte nemlich der persönlichen Freiheit, Gleichheit und Sicherheit stehen in der Entwicklung der Rechtsidee am nächsten, und bilden sich, wenn sie auf den Boden der Socialität übertragen werden, in die derivativen Rechte aus, die wir füglich Eigenthums-, Vertrags-, und Wahl-Recht nennen können. Diese sechs genannte Rechte füllen die ganze Rechtssphäre aus, und alle übrige Rechte, die aus den angränzenden Verhältnissen gebildet

werden, nehmen mehr oder weniger Antheil an diesen wesentlichen Rechten. Ein Volk darf vom Staate nichts verlangen, als die Rechte der persönlichen Freiheit, Gleichheit und Sicherheit, so wird, wenn sie im socialen Leben realisirt werden, schon eine vollständige Verfassung hervorgehen, und die ganze Jurisprudenz wird ihren Scharfsinn üben müssen, um alle die Proportionen zu finden, welche jene wesentliche Rechte zu ihrer Verwirklichung verlangen. Bürgerliche und peinliche Gesetzgebung müssen sich vereinen, um einen Zustand zu erzeugen, welcher jenen wesentlichen Ansprüchen entspricht.

Zweites Hauptstück.

Erster Abschnitt.

Von den erworbenen Rechten.

§. 59.

Nehmen wir an, daß Jeder nach dem Grundsatz der Freiheit ein Eigenthum zur beliebigen Disposition habe, und nach dem Grundsatz der Gleichheit eine gleiche Portion von der Sphäre der Freiheit anzusprechen habe, so wird schon im zweiten Augenblick dadurch eine Ungleichheit entstehen, daß jeder mit dem ihm zugetheil-

ten Eigenthum schalten und walten kann, wie ihm beliebt.

Die substantielle Ungleichheit des Eigenthums aber wird wieder kompensirt durch die formale Gleichheit im Vertrage oder wenigstens durch die freie thatsächliche Willenserklärung, daß man gegen die Erwerbungsweise eines Dritten nichts einzuwenden habe. Dadurch erzeugt sich ein erworbenes Recht (*jus quaesitum*).

§. 60.

Um die Natur eines erworbenen Rechts zu finden, müssen wir wieder den Standpunct des Normalrechts wählen. Denn — es ist nichts irrigeres, als sich mitten in die Socialität hineinzusetzen, in welcher eine unübersehbare Menge abgeleiteter künstlicher Verhältnisse statt findet, um aus diesen einen Anfangspunct für die Construction zu nehmen.

Ursprünglich geht der Begriff des Natureigenthums als unmittelbar abgeleitet aus dem angeborenem Recht des Lebens allem Uebrigen voraus. Ist dieses nun normalrechtlich vertheilt, so daß Jeder, der von Natur gleiche Ansprüche hat, die zu der Subsistenz für sich und seine Familie nöthige Portion empfangen, und durch gemeinschaftliche Uebereinkunft sich gesichert hat, so wird diese Portion reales Privat-Eigenthum. Ist dieses gesetzt, denn erst erhält das persönliche {Privateigenthum seine Grundlage.

Persönliches Eigenthum ist Fleiß und Arbeit, Verstand, Kunst (Industrie und Kultur). Diese beiden Arten von Privateigenthum sind nun auch die primitivsten Gegenstände der erworbenen Rechten.

Beide verhalten sich auf folgende Weise zu einander:

Erster Fall.

Ist Real- und Personal-Eigenthum in A beisamen, so wird das Erste durch das Andere verbessert, vermehrt und sein Ertrag erhöht. Das Vermögen von A nimmt gegen Alle, die unter gleichen Umständen nicht auf gleiche Weise verfahren, d. h. nicht gleiche Industrie und Kultur anwenden, in größerem Maas zu und setzt denselben in Stand, sein Eigenthum nun auch real zu vermehren. Wird aber dieses vermehrt, so müssen die Portionen der Andern abnehmen. Setzen wir nun, daß die anfangs gleiche Portionen durch Faulheit, Müßiggang oder überhaupt schlechte Haushaltung bei einigen Familien so weit abnehmen, daß sie nicht mehr zu ihrer Subsistenz hinreichen, so wird ohne Zweifel der Fall eintreten, daß dieselbe mit den Begüterten ein Dienstbarkeits-Verhältniß eingehen müssen, um ihren Lebensunterhalt zu finden. Denn — wie sich die Güter des Einen vermehren, reichen die Aermere seiner Familie nicht mehr zu, sie zu bauen und wie sich das Eigenthum der Andern vermindert, reicht es nicht

mehr zu, sie zu ernähren und somit werden sich beide wechselseitig aneinander anschließen, A braucht Dienstleute zum Bau der Güter, B. C. D. bieten ihre Dienste an, um ihre Subsistenz zu erhalten, und somit wird zwischen Beiden ein Vertrag entstehen. Da jedoch überall der Reichthum und Ueberfluß im Vorthail, die Armuth und der Mangel an Nahrung überall im Nachtheil ist, so wird der Vertrag von Beiden ein lästiger (*pactum onerosum*) seyn. Diefs ist auf dem normalrechtlichen Standpunct die Entstehung der lästigen Verträge, die wir später unter den Lehens-, Leibeigenschafts- und Frohnverbindlichkeiten kennen lernen werden, und welche ein erworbenes Recht (*jus quaesitum*) enthalten.

Zweiter Fall.

Ist Realeigenthum in A und Personaleigenthum in B gesetzt, jedoch so, daß kein Drang der Umstände statt findet, so können beide miteinander auf gleiche Weise übereinkommen, wie viel von dem Realeigenthum von A gegen das Personaleigenthum von B ausgetauscht werden solle, — d. h. A tritt einen Theil des Realeigenthums an B ab, B aber gibt dagegen einen Theil des jährlichen Ertrags an A zurück. Da hiebei nicht die Functionen der Persönlichkeit von B unter die Disposition von A fallen, sondern nur ein bestimmter Theil des Ertrags seines Realeigenthums, so ist diels kein Dienstbarkeits-

Verhältniß, sondern ein wechselseitiger Vertrag, in welchem Vortheil und Nachtheil durch freie Uebereinkunft sich ausgleichen (*pactum mutuum*).

Dritter Fall.

Kommt das Realeigenthum von A zu dem Personaleigenthum von B, jedoch so, daß A seine Ansprüche auf das Eigenthum nicht aufgibt, sondern B nur die Nutznießung gegen eine kleine Abgabe überläßt, so entsteht ein wohlthätiger Vertrag (*pactum gratuitum* nach Kant).

Aus diesen beiden Arten von Eigenthum und ihrer verschiedenen Austheilung an verschiedene Personen lassen sich alle erworbene Rechte, insofern sie auf förmlichen Verträgen beruhen, ableiten.

§. 61.

Von dem Verhältniß der erworbenen Rechte zu den wesentlichen.

Kein erworbenes Recht kann ein wesentliches aufheben.

Wenn die Dienstbarkeit einer Person so weit geht, daß die persönliche Freiheit, Gleichheit und Sicherheit ganz dadurch veräußert erscheint, so muß das erworbene Recht abgeschafft werden. Kein Mensch in der Welt darf zum Sklaven, zum Leibeigenen oder zum lebenslänglichen Knecht ohne seinen ausdrücklichen Willen gemacht werden, oder einen Herrn über Leben und Tod

anerkennen. Und wenn diefs irgend ein Mensch auch mit freiem Willen thut, so gilt es nur für seine Person auf bedingte Zeit, und kann in keinem Falle auf die weitere Generationen übergehen, weil keiner ein wesentliches Recht für einen andern vergeben kann.

§. 62.

Das wesentliche Recht der persönlichen Freiheit verlangt ein selbstständiges Eigenthum, oder wenn keines vorhanden ist, die freie Hand, sich Eines zu erwerben, wo es der Person beliebt. Wird das Personaleigenthum nemlich Kultur und Industrie von B in die Dienstbarkeit von A gezogen, so verlangt B nicht nur die blofse Lebens-Subsistenz, sondern auch einen Lohn. Der Mensch hat ursprünglich durch seinen Fleifs, Arbeit, Verstand und Kunst überall, wo er dieselbe anwendet, ein Ertragsrecht. Wo die Natur ohne Fleifs und Kunst ihre Früchte bietet, da ist auch ihre freie Gunst Allen geöffnet, und es gibt kein besonderes Ertragsrecht. Jeder saugt an ihr, wie das Kind an der Mutter Brust, sie ist die gemeinschaftliche Mutter. Wo aber der Mensch seinen Fleifs, seine Kunst und Kultur anwendet, da hat er, wenn auch kein Realrecht auf Eigenthum vorhanden ist, doch ein ausschließliches Ertrags-Recht.

Es wird angenommen werden müssen, dafs

ein Mensch oder eine Familie durch Industrie und Kultur den Anbau eines weit gröfseren Stück Landes vollenden oder den Ertrag des nemlichen Stück Landes weit mehr erhöhen könne, als zum Lebens-Unterhalt derselben nöthig ist. Da nun diefs die Frucht des Fleisses und der Händearbeit ist, was zum Personaleigenthum gehört, so hat der Mensch auch ein Recht auf den Ertrag nach irgend einem Verhältnifs aufser seiner Subsistenz. Dieses Recht dauert selbst im Dienstbarkeits-Verhältnifs nach der Normalidee des Rechts fort, und daher kann Jeder neben der Subsistenz des Lebens noch einen Lohn fordern, der als Aequivalent des erzielten Ertrags (abgerechnet die Zinse des Bodens als Capital, welche dem Eigenthümer zustehen) anzusehen ist. Dieser Lohn ist dann ein Gegenstand der gemeinschaftlichen Uebereinkunft zwischen A und B. Wo mithin in dem socialen Stande der Menschen noch ein solches Verhältnifs angetroffen wird, dafs die Menschen alle ihre Händearbeit verwenden müssen, um nur ihre Lebensbedürfnisse zu sichern, und ohne einen ausbedingten Lohn zu empfangen, wie es zum Theil noch bei der Leibeigenschaft und beim Sklavenhandel der Fall ist, da ist das wahre Rechtsverhältnifs noch nicht erkannt, und noch nicht eingetreten, da hat sich das erworbene Recht (*jus quaesitum*) über das wesentliche Recht hinaufgestellt, was durchaus unrecht ist.

§. 63.

Das wesentliche Recht der persönlichen Gleichheit bringt es mit sich, daß jede Person in einem Staate auf gleiche Weise Bürger ist, weil jeder entweder ein Real- oder Personal-Eigenthum besitzt. Es ist ungereimt, wenn man, das Bürgerrecht mit seinen verschiedenen Functionen nur an das Realeigenthum knüpft: Der faule und müßige Gutsbesitzer ist eigentlich in einem Staate weniger werth, als der fleißige Arbeiter ohne Gut. Dieses Recht duldet eben so wenig wie das vorige eine Leibeigenschaft, die weit unter dem Bürger steht. Mag es seyn, daß eine substantielle Ungleichheit in den Gütern statt finde, so muß diese doch wieder durch die formelle Gleichheit in den Verträgen kompensirt seyn. Es soll daher jede Person in einem Staate vertragsfähig seyn, und auch sein Dienstbarkeitsverhältniß muß auf einem Vertrage beruhen.

Ferner — jede Person in einem Staate soll gleich seyn vor dem Gesetze und dem Gerichte. Für alle Personen müssen die gleiche Rechtssätze gelten ohne Ansehen, Stand, Amt und Würde der Person. Die Patrimonial-Gerichte, wenn sie die Untergebene nach eigenthümlichen Rechtssätzen richten, verstossen gegen das wesentliche Recht der Gleichheit.

Alle Lasten des Staats sollen auf alle Bürger des Staats nach Maasgabe ihres Real- und Perso-

nal-Ertrags vertheilt seyn. Die Einführung oder Fortdauer der Privilegien und Monopole; Steuerfreiheit, streitet gegen dieses Recht. Kein Bürger kann, wenn er verschiedenen Herren zinsbar ist, von beiden auf gleiche Weise angelegt werden, wie der nur einem Herrn zinsbare Bürger; vielmehr muß der Betrag der beiden Anlagen gleich seyn dem Betrage der einzelnen Anlage eines Staatsbürgers. Steuerfreiheit des Einen wälzt die Last auf Andere. Monopole und Privilegien können nur für neue Erfindungen und Anstalten auf bestimmte Dauer dem Erfinder oder Stifter ertheilt werden. Sie werden selbst durch das Normalrecht unter diesen Umständen gerechtfertigt, weil neue Erfindungen, Anstalten, Ansichten, Künste zum besondern Personaleigenthum gehören.

§. 64.

Das wesentliche Recht der persönlichen Sicherheit fordert die Unantastbarkeit der Person. Ehre, Leben und Eigenthum müssen auf gleiche Weise in allen geschützt seyn. Es gibt keinen Herrn über Leben und Tod ohne die öffentliche Erkenntniß eines Gerichts. Jedem Menschen müssen seine Vertheidigungsmittel gestattet seyn, und unverhört darf keiner gerichtet werden. Alle erworbene Rechte, welche dieses Recht beschränken, widersprechen dem Normalrecht.

Diese Sicherheit aber, da sie der Obhut eines Mächtigen anvertraut werden muß, kann nur durch das Vertrauen und die Meinung, daß dieser seine Macht nicht mißbrauchen werde, begründet werden. Dieß führt nothwendig zu einem Wahl- und Stimm-Recht. Jede selbstständige Person im Staate hat daher ein Wahl- und Stimm-Recht für seine Vorgesetzte, wenn nicht die Sicherheits-Anstalt auf andere Weise erzielt werden kann, was dieses Recht wieder kompensirt, wovon später die Rede seyn wird.

Da überhaupt aus dem Grundsatz der Sicherheit sich ein weit höheres Verhältniß entwickelt, so wird das Recht der Freiheit und Gleichheit noch manche Modifikationen davon annehmen.

§. 65.

Diese wesentliche Rechte können mehr oder weniger durch die erworbene Rechte getrübt werden und Abbruch erleiden. Werfen wir einen Blick nur auf den heutigen Stand der Sachen, so finden wir noch nirgends eine durchgängige Rechtsverfassung, die auf dem Normalrecht ruhte. Wir finden noch Leibeigene und Sklaven, ein Dienstbarkeits-Verhältniß, dem die Möglichkeit abgeschnitten ist, sich frei zu machen. Aller Fleiß, alle Händearbeit und Kunst, das ganze Personaleigenthum wird verschlungen von dem Oberherrn und außer dem Lebensunterhalt wird für das Er-

tragsrecht kein Aequivalent, d. h. Lohn erstattet. Dadurch ist dem Unterthan der Weg abgeschnitten, sich allmählig auf rechtlichem Wege ein Eigenthum zu erwerben oder sich loszukaufen. Alles dieß entschuldigt das *jus quaesitum*.

Ueberall sehen wir noch privilegierte Classen von Menschen, die mit Steuerfreiheit, Vortheilen und Vorzügen aller Art ausgestattet sind. Der Adel, die Staatsdiener und mehr oder weniger alle Personen, welche zum verwaltenden Stand gehören, stehen in dieser Rubrick. Alles dieß rechtfertigt das *jus quaesitum*.

Wir sehen eine Menge Monopole, welche schon Jahrhunderte zum Nachtheil vieler fort-dauern, und die Freiheit und Gleichheit stören. Alles dieß bekräftigt das *jus quaesitum*.

Wir sehen die Lasten des Staats auf die ungleichste Weise vertheilt, noch eine Menge Frohnen und Abgaben, welche die Unterthanen drücken, während gestützt auf ihre Privilegien und Vorzüge die höhere Classen theils frei ausgehen theils nur gering angelegt sind. Das ist die Autorität des *jus quaesitum*.

Wir sehen privilegierte Gerichte, die noch nach Herkommen und Observanzen oder überhaupt nach eigenthümlichen Rechtssätzen ihre Sentenzen fällen, und das Ansehen der Person in Berechnung nehmen. Dieß entschuldigt das *jus quaesitum*.

§. 66.

Diese angezeigte Fälle beweisen, wie sehr die erworbene Rechte die wesentliche der Persönlichkeit bisher verdrungen haben.

Wenn einst vor Jahrhunderten ein armer Mann wegen des Lebensunterhalts genöthigt war, seine Freiheit an den Reichen und Gewaltigen zu verkaufen, so mußten alle seine Nachkommen dieses harte Schicksal bis auf diese Stunde empfinden. Das will das *jus quaesitum*, nach welchem der Sohn, der Enkel und Urenkel in alle Verbindlichkeiten des Urahns treten sollen.

Wenn einst durch Gewalt der Waffen ein erobertes Dörfchen in die Botmäßigkeit eines Ritters fiel, und nun der Besitz dieser Leibeigenen eine Reihe von Jahrhunderten fort dauerte, so ist das *jus quaesitum* darauf auf alle Weise bis an der Welt Ende begründet.

§. 67.

So weit geht das lose Spiel mit den erworbenen Rechten — der Menschheit zum Hohn, wie wenn nicht der von Gottes Hauch belebte Mensch weit früher der Erbe der freigünstigen Natur wäre, als er der Erbe des Ungemachs seiner Eltern ist, — wie wenn die Persönlichkeit nichts wäre als ein Werkzeug, das der Oberherr flickt und ausbessert, damit es in seinem Dienste nicht untauglich werde — wie wenn alle Anlagen, Ta-

lente, Triebe und Neigungen des Menschen im Sumpfe des Feudalismus ersticken müßten, um desto willigere Hände zur Sklavenarbeit zu bieten! Zum Druck und Ungemach gibt es keine Verbindlichkeit unter Gottes freier Sonne; der freigeborne Mensch (und einen andern gibt es nicht) kann sich dieser Erbschaft bedanken. In dieses Labyrinth konnte uns das römische Recht mit seiner Erwerbslehre, seiner Besitzeskraft und seinen Präscriptionen einbannen, wie wann die freie Persönlichkeit einer Verjährung fähig wäre.

§. 68.

Jedes durch Vertrag erworbene Recht kann in seinem Entstehungspunct sich an ganz zeitgemäße Verhältnisse anschließen, aber eben darin liegt auch seine Wandelbarkeit. Je niedriger die Menschheit in ihrer Kultur steht, desto weiter sehen wir den Abstand zwischen Unterthan und Herr und desto härter die Lasten des Ersten. Je mehr sich aber in der Folge der Zeit der Mensch entwickelt, und der Bürgersinn und die wesentliche Rechte der Persönlichkeit jenen Abstand ausfüllen, desto mehr mildern sich die willkürliche Lasten, und so muß eine Zeit kommen, in welcher alle diese durch lästige Verträge erworbene Rechte ihrem Untergang nicht mehr entfliehen können. Die Zeit hat sie geschaffen, die Zeit gibt ihnen auch wieder den Untergang, und dagegen hilft kein Sträuben. Die historische De-

ductionen, unter wie viel Rechtstiteln diese Rechte erworben seyen, und wie ein ununterbrochener Besitz sie bestätige und das Alter sie heilige, lassen sich alle recht gut lesen, aber sie vermögen nichts gegen die natürliche Deductionen, welche den Menschen seine Persönlichkeit selbst lehrt. Wie der Mensch in seinem wahren Rechtsverhältniß sich klarer wird, so findet er in seinen Ansprüchen eine höhere Priorität als das Datum jener historischen Deductionen ist, und setzt dieselbe der letztern entgegen. Es kann keine andere erworbene Rechte geben, als solche, die die wesentliche Rechte der Persönlichkeit nicht stören, und auf einem freien Vertrag beruhen. Und arbeitet dann nicht die Zeit gewaltig und auch der Sinn der Regenten auf diesen Punct hin? Sind nicht die Feudallasten gemildert, die Leibeigenschaft entweder aufgehoben, oder ihrer Strenge nach kaum noch vorhanden? Ist nicht überall die Tendenz zu Verfassung und Recht und zum Bürgersinn, der weder Knechtschaft noch Despotismus duldet? Nur jene blindgeborne Proprietärs der lästigen Verträge sehen vor lauter überschriebenen Pergamenten die ungeschriebene Ziffern nicht, die, nicht vermodert, ausgebleicht und vom Wurm zernagt, sondern lebendig und frisch in dem Gemüthe der Völker stehen, sie hören nicht das Mahnen und

Klopfen des Zeitgeistes, und versäumen, was allein noch räthlich wäre, die Revision der alten und den Abschluß der neuen Verträge. Man rühmt unser altes deutsches Vaterland, seine Heldenzeit und sein Ritterthum, umgürtet selbst die Lenden, läßt Haare und Bart wachsen wie damals, und sieht nicht ein, daß gerade in jener Zeit die Keime gelegt wurden zu dem Unwesen, an dem wir heute noch darnieder liegen. Allerdings war der Bürgersinn in Deutschland schon frühe rege, besonders in den Städten, wo Wohlstand und Handel blühte, aber immer im feindlichen Gegensatz lag er mit dem Feudalismus und nur mit Mühe konnte er sich durchkämpfen bis zu dem Punkte, auf dem wir jetzt stehen. Der Städter war es, nicht der Ritter, der uns das bessere Ahnengut des Bürgersinnes hinterließ. Wollen wir den Städter nachahmen, dann werfen wir die Harnische weg, und lassen die Burgen in ihren Ruinen, üben dagegen den Arm auf freiem Ackergrunde und befördern Handel und Gewerbe, dann treibt es von selbst zu Recht und Verfassung hin, der Bürger fühlt sich als Glied des Ganzen, in ihm sproßt die Vaterlandsliebe und wer von dieser beseelt ist, dem wird die Hake und Schaufel zu Schwerdt und Speer, wann's nöthig ist. Je weniger ein Volk an das Geklirre der Waffen erinnert wird, desto glücklicher ist es.

Die Dichter lassen sich gerne von dem Glanze der Waffen verblenden, und besingen jene Burgen mit den gnädigen Fräuleins und den stattlichen Rittern, und wie die Fenster blinken weit hinaus in die Gauen im falben Mondenscheine. Der Rechtsfreund, der an ihnen vorüberwallt, läßt sie ruhen, denn eine Menge Servituten, Frohnen, Lasten und Abgaben sind in ihrem Schutte begraben. Die Thaten, die uns die Geschichte nachhaft macht, sind immer die gelungene oder mißlungene Werke des Schwerdts, des Speers und der Lanze. Der Griffel gräbt sie auf die Schilder des Ritterthums ein. Das, was uns aber die Geschichte immer verhehlt, ist der Druck und die Knechtschaft der Unterthanen, die Strenge und Unbarmherzigkeit der Frohnvögte, die Verspottung der Unschuld, die Willkür des Rechts und überhaupt der Hohn der Menschenwürde. Alles dieß ist durch den Schleier des Alterthums bedeckt; denn die Thränen der Gedrückten lassen sich nicht in die Pergamente einschreiben und die viele Seufzer nicht in die steinerne Wappenschilder einhauen. Die rächende Nemesis war einst der Bauernkrieg. Jene Ruinen zeugen von dem Unwillen des natürlichen verweigerten Rechts.

Zweiter Abschnitt.

Von den zufälligen Rechten.

§. 69.

Sitten, Gebräuche, Gewohnheiten, Traditionen, Herkommen, Observanzen bilden sich allmählig zu Rechten aus, die sich als solche in den Streitigkeiten geltend machen. Ja selbst augenscheinliche Vorurtheile können einen rechtlichen Karakter annehmen. Fragt man bei allen solchen Rechten nach den ursprünglichen Verträgen und ihren Dokumenten, so sind keine vorhanden, und kein Mensch weiß, woher sie entstanden sind. Die meisten Rechte dieser Art sind durch Zufall, Begünstigung, Glücksumstände, Auszeichnung der Mächtigen entstanden und enthalten oft die größte Lasten für Andere. Die Innhaber derselben wollen ihren Besitz verewigen auch ohne förmliche Deduction von Rechtstiteln, so gut wie die Innhaber der durch Verträge erworbenen Rechte.

Wenn es einst einem Regenten einfiel, einem Günstling eine Jagd zu schenken, und dieser nun, als ein großer Jagdliebhaber, so oft als ihm beliebt, Jagdfrohnen aufbietet, sollte wohl dieser Einfall auf ewige Weise sich rechtskräftig machen?

Wenn eine durch Unglück arm gewordene Familie sich nothgedrungen einem Reichen über-

läßt; und die Bedingungen desselben eingehen muß, sollte wohl dieses Ungemach sich auf die ganze Reihe der Generationen forterben?

Wenn der Verprasser seines Guts in fremde Dienstbarkeit fällt, soll diese üble Haushaltung seine ganze Sippschaft auf ewige Weise büßen?

Wenn dieß möglich ist, so kann man ein solches Recht mit der Höhle des Löwen vergleichen, in welche alle Fufsstapfen einwärts aber keine herauswärts führen. Wer einmal in den Klauen eines solchen Rechts ist, der ist für immer verloren. Nach solchen Rechten kann das Unrecht selbst, das man an der Persönlichkeit und an der Menschenwürde begeht, zum Recht erhoben werden.

§. 70.

In diese Rubrik gehört auch die Erwerbsart, welche Kant Ersitzung ein Eigenthum durch langen Besitz (*usu capio*) nennt.

Wenn z. B. eine Familie fortzöge und über einige Güterstücke nichts bestimmte, und der Nachbar anfieng, dieselbe zu bauen, ohne daß jemand etwas dagegen hätte, so geht nach langer Zeit diese provisorische Besitznahme in Eigenthum über. Es findet hiebei alles stillschweigend statt. Das Gut ist *res derelicta*, aber bloß stillschweigend; die Okkupation geschieht ohne Deklaration; Possession wird es stillschweigend, weil die übrige Nachbarn keine Einrede machen;

es scheint sogar Appropriation stillschweigend, weil die Gemeindevorsteher dem Anbauer, den sie darüber vernehmen sollten, nichts in Weg legen. Kommt nach hundert Jahren ein rechtmäßiger Erbe und spricht das Recht an jene Grundstücke an, so sagt der Andere: dieses Grundstück ist durch Verjährung mein Eigenthum. Offenbar kann nach hundert Jahren dieß Grundstück bona fide und als praesumptio juris et de jure an die dritte Generation als Eigenthum übergegangen oder durch allerlei Tausche in fremde Hände gekommen seyn. Wie müßte nun das Normalrecht entscheiden?

Da das Recht auf das Grundstück nicht förmlich aufgegeben ist, so findet keine Okkupation, Possession und Appropriation statt. Hingegen erwächst dem Anbauer desselben ein Recht auf den durch die Formation erzielten Ertrag. Das Eigenthumsrecht ist keiner Verjährung fähig. Kommt der Erbe und spricht sein Erbrecht in der Persönlichkeit des Stammes an, so muß das Grundstück wieder erstattet werden. Denn — von einem Gute, das nie öffentlich zugeschrieben werden konnte, sind alle nachherige Käufe, Tausche und Vererbungen wahre Nullitäten. Die Zeit schafft aus Unrecht, aus willkürlichen Anmaßungen oder Erschleichung eines fremden Guts und kluger Vermeidung der Einreden kein Recht,

d. h. ein anfängliches Unrecht kann durch Verjährung nie Recht werden.

§. 71.

In Beziehung der zufälligen Rechte mögen folgende Sätze gelten: Glücklicher oder unglücklicher Zufall, Vergünstigung auf Kosten anderer, willkürliche Besitznahme und Verjährung bilden keine dauerhafte Rechtstitel, sie können höchstens nur auf die Dauer der begünstigten Personen sich beschränken und müssen, wo Einsprache geschieht, entweder aufgegeben oder in vertragsmäßige Rechte verwandelt werden, nie aber können sie bestehen, wenn dem wesentlichen Rechte der Persönlichkeit dadurch Eintrag geschieht.

Realeigenthum und Personaleigenthum sind die wahre Gegenstände der Verträge, und wo aus diesen beiden irgend ein Recht erwächst, da ist es mit den wesentlichen Rechten einstimmig. Alle übrige Rechte sollte man bloße Gerechtsame nennen, die nur auf bestimmte Zeit ertheilt werden können.

Kein zufälliges und selbst kein erworbenes Recht darf mit den wesentlichen Rechten in Widerspruch stehen, und muß, wie ein solcher Widerspruch erkannt ist, sogleich aufhören. Man könnte etwa einwenden, daß es Jedem frei stehe, seine Freiheit zu veräußern, und an einen Andern zu verkaufen. Auch abgesehen von dem innern

Widerspruche, dafs das Verkaufen der Freiheit aus Freiheit geschehen könne, insofern es keinem möglich ist, einen Bestandtheil der Persönlichkeit von sich selbst abzutrennen, so darf und soll es keinen Käufer der Freiheit geben, und jeder Contract, der die Menschenwürde schändet, ist null und nichtig. Wäre es aber auch möglich, so kann ein solcher Contract sich nie über die Dauer des Individuums, das ihn eingieng, erstrecken.

§. 72.

Die Rechte, die ich in dieser Abtheilung erwähnte, mögen, da sie eine Zugabe zu der bisherigen Naturrechtslehre sind, wohl auch die Prüfung der Rechtsfreunde verdienen. Sind die wesentliche Rechte in ihrer Würde erkannt, so müssen alle übrige Rechte ihre Modifikationen von denselben annehmen. Da sie unmittelbar aus den Grundsätzen des Normalrechts fließen, so darf kein abgeleitetes Recht mit denselben im Widerspruche stehen. Sind sie gültig, so können sie nur das rechtliche Wohl der Menschen befördern; es kann nach ihnen keinen harten Feudalismus, keine Leibeigenschaft, keine Monopole und Privilegien auf Kosten vieler, keine drückende ungleiche Abgaben geben; es gibt nur Staatsbürger mit gleichen Ansprüchen zu allen Stellen, mit proportionirten Abgaben und gleichen Rechten und Verbindlichkeiten. Dadurch muß offen-

bar das ganze Rechtswesen vereinfacht werden, und die viele tausend Rechte müssen sich in wenige einfache auflösen. Das rechtliche Gleichgewicht, das in der bisherigen Komplikation mit hundert Gewichten und Gegengewichten zieht und schwankt, kann nach dieser Vereinfachung auf wenige Gewichte um so bald in Ruhe gebracht werden.

Es mag freilich anfangs schwierig seyn, die Grenzen der wesentlichen Rechte zu bestimmen, so, daß die erworbene Rechte sie weder stören noch aufheben, sind sie aber einmal bestimmt, so ist auch das rechtliche Wohl der Menschen gesichert.

Dritter Abschnitt.

Von den Vernunftrechten.

§. 73.

Vernunft nehme ich hier im praktischen Sinne. Wie der Rechtsbegriff von der praktischen Vernunft ausgeht, sich unaufhörlich durch die Persönlichkeit in der Socialität zu realisiren strebt, so soll er auch, wenn er seine wahre Proportion gefunden hat, sich an den höhern Verhältnissen wieder veredeln. Wie die innere Freiheit zur äußern geworden ist, so soll

auch die äussere wieder zurückstreben zur inneren. Wie die Moralität zur Legalität geworden ist, so soll auch die Legalität, wenn sie ihren Kreis beschlossen hat, wieder zurückstreben zur Moralität. Wenn wir die sittliche und religiöse Bestimmung als Zweck der Menschheit betrachten, so ist der äussere Rechtszustand nur ein Bildungsmittel zu diesem Zwecke und als solches nichts für sich Bestehendes, sondern um eines Andern Willen vorhanden. Diese Ansicht ist wichtig, weil sie uns kein zu niedriges Ziel stecken läßt, sondern über den bürgerlichen Mechanismus, ja selbst über die Verhältnisse des Staats hinausführt, und uns eine höhere Ansicht öffnet. Das Recht bahnt bloß den Weg zur Sittlichkeit. Das Recht ist nicht das höchste in der Welt, sonst würde die Sentenz, welche die Juristen uns vorhalten: fiat justitia, pereat mundus, unbedingt wahr seyn. Würde Jeder aus Einsicht in die sociale Ordnung ihre Gesetze halten, und aus freier Ueberzeugung seine Pflichten erfüllen, so wäre alles Recht überflüssig, und die Welt würde nur um so besser stehen, je weniger Justiz auszuüben wäre.

Es ist ein großer Unterschied zwischen Verbindlichkeit und Rechtspflicht (*obligatio et justit officium*). Die Verbindlichkeit kann immer durch Zwang hervorgebracht werden, die Pflicht stammt aus dem moralischen Gefühl und folgt nur aus

den innern Anregungen desselben. Soll daher der Zwang aus der Welt verschwinden, so muß die bloße Verbindlichkeit in die Rechtspflicht übergehen und die freie Ueberzeugung muß das leisten, was das Gesetz befiehlt. Dieß ist ohne Zweifel ein besserer Zustand, und ihn hervorzu- bringen, muß das Recht selbst die Mittel dazu bieten. Und diese Mittel schafft das Vernunft- recht. Dieses soll das rechtliche Verhältniß dem sittlichen näher rücken, der harte Buchsta- ben des Gesetzes soll mit dem Gefühl der Billig- keit sich vereinigen und das, was bloß Sache des kalten Begriffs ist, soll auch das Herz in An- spruch nehmen, mit einem Wort — die äußere Gesetzgebung soll als äußere der innern gleich zu kommen streben. Die Juristen haben eine Sentenz: *Summum jus, summa injuria*; für Bar- baren mag sie gelten, aber nicht für Menschen, die Treue und Billigkeit kennen.

§. 74.

In der historischen Entwicklung wurde ge- zeigt, daß die Normalidee des Rechts eine posi- tive Abweichung habe, und sich mit einem hö- hern Verhältniß zu vereinigen suche. Wenn nemlich in den Epochen der Menschheit der Rechtsbegriff seinen wahren Saturationspunct er- reicht hat, und alle Proportionen, deren er fähig ist, durch ihn real geworden sind, so fängt er an,

sich vermittelt der sittlichen Faktoren, die er jetzt erst in sich aufnimmt, selbst zu veredeln. Die praktische Vernunft nemlich ruht nicht, alles in der Welt zu realisiren, was sie auf ideelle Weise in sich selbst findet, sie will das Recht zur Pflicht und die Pflicht zur Tugend erheben; denn dieß ist die höchste Proportion, die sie in sich selbst trägt, und diese Proportion will sie auch außer sich realisiren, und dieß kann nicht anders seyn, als daß das Recht selbst in der socialen Ordnung sich zur Tugend erhebe. Das erste Mittel, dessen sie sich dazu bedient, ist die positive Gesetzgebung.

§. 75.

Was ich positive Gesetzgebung nenne, ist die Aufnahme des Rechtsverhältnisses in die jedesmalige Bildungsstufe, welche die Völker in ihrer Evolution erreicht haben. Wenn gleich das Normalrecht überall die Basis, die Grundsätze und Kategorien hergibt, um das Rechtsverhältniß zu gründen, so muß doch die positive Gesetzgebung hinzukommen, um auf dieser Grundlage das dem Zeitalter gemäße Gebäude aufzuführen. Es gibt eine Menge Verhältnisse, welche sich nicht rein rechtlich bestimmen lassen, und wovon das Normalrecht nichts aussagt; dahin gehören alle die Humanitäts-, Bildungs- und kirchliche Verhältnisse, sie haben in jedem Zeitalter einen eige-

nen Charakter, der tief in die Socialität eingreift. Diesen Charakter jedesmal aufzufassen, und soviel möglich mit den Rechtsnormen zu verschmelzen, ist Sache der positiven Gesetzgebung.

Mag es seyn, daß das positive Recht nicht immer das Normalrecht zu Rath zog, daß die Grundsätze der persönlichen Freiheit, Gleichheit und Sicherheit, wenn sie auch erkannt waren, doch nicht in Ausübung kamen, und der reine Rechtszustand bis jetzt nirgends anzutreffen war, so ist doch nicht zu läugnen, daß eine Tendenz dazu überall ersichtlich ist. Es ist oft nur eine scheinbare Störung, ein scheinbares Zurücksinken in schlimmere Formen, während unvermerkt neue Elemente sich ins Alte einbilden, und was freilich nie ohne Kampf geschieht, endlich durchbrechen und dann mit frischem jugendlichem Leben ihren Lauf beginnen. So erscheint mir die Geschichte aller Zeiten. Ein stiller Geist arbeitet unvermerkt an der Evolution der Völker, die Menschen aber sind voll Ungeduld und wollen nicht warten, bis ihre Zeit kommt; aber die Frucht fällt nicht eher vom Baume als bis sie reif ist, wehe dem, der sie genießen will, wenn der Sturm sie früher herabschlägt.

§. 76.

Vernunftrechte sind solche, welche der Mensch zur Vervollkommnung und Veredlung in sich

trägt, und deren Anstalten er vom Staate fordert. Nur da ist eine gute Gesetzgebung, wo der Staat in seinen Gesetzen auch das höhere Interesse der Menschen berücksichtigt und über das bürgerliche Verhältniß hinaus ihre Tendenz weckt. Es ist hiebei nicht blos um das rechtliche Gleichgewicht zu thun, sondern weit mehr um die Sittlichkeit und Religion; Schule und Kirche müssen hier wirken, und dazu hat der Mensch ein Vernunftrecht.

Nicht wohl ist ein schimpflicherer Grundsatz zu finden, als der: „daß man das Volk moralisch verderben müsse, um es politisch besser regieren zu können, daß man Schule und Kirche in den Dienst der Politik nehmen müsse, um alles zu verhüten, was den Menschen über seine gerechte Ansprüche aufklären könne.“ Dieß sind die machiavellistische Maximen des sogenannten milden Despotismus, in welchem die Völker verlernen sollen, was die Natur sie lehrt.

Der Mensch ist ein perfectibles Wesen und hat unendliche Bildungsfähigkeit im Denken, Fühlen und Wollen, und weil dieses sollicitirende Moment tief in den innersten Kern der Menschheit verpflanzt ist, so hat er auch das Recht, nach aussen die Anstalten zu fordern, die dieser Bildungsfähigkeit entsprechen. Gerne möchte zwar die Politik jene Feder lähmen, Gränzpfähle stecken für Vernunft und Willen, und eine feste

Axe bilden, damit der menschliche Geist, da er doch seiner Natur nach sich bewegen muß, sich in ewigen Kreisen um sich selbst bewege, nie aber vorwärts komme, um seine Sonnennähe zu erreichen. Es ist dieß ein eitles Werk — denn eben, weil das Vernunftrecht das leichtfaßlichste, einfachste und zugleich kräftigste ist, so ist es auch das erste, was sich an der fehlerhaften Politik rächt und mit angeschwelltem Strome den Damm durchbricht, der seinen Lauf hemmen will. Weil dieses Recht das höchste ist, so fordert es, wenn es einmal zur Ansprache kommt, auch alle übrige Rechte im Menschen auf, gemeinschaftliche Sache mit ihm zu machen, und so stürzt die ganze alte Ordnung, ohne das Gute vom Schadhafte zu sondern, durch eine Revoluzion über den Haufen.

§. 77.

Unter die Vernunftrechte gehören vorzugsweise folgende:

A. Revision aller alten Gesetze und Rechte.

Alle Revoluzionen würden in bloße Reformationen umgewandelt, dem Schwindelgeist phantastischer Aufklärlinge so wie den Liebhabern des alten Sauertaigs wäre am besten gesteuert, wenn dieses Vernunftrecht anerkannt wäre.

Keine Gesetzgebung, keine Rechtsverfassung sollte über hundert Jahre ohne Revision bleiben. Die Zeit schreitet immer vorwärts und in ihr ent-

wickelt sich der Geist besserer Einsicht zu höherer Bildung und Kultur; Sitten, Gebräuche wechseln, Künste, Wissenschaften erweitern sich, neue Elemente treten in den Staat ein, die alte Triebfedern werden lahm und morsch, die Gewohnheit, weil sie gedankenlos fortlebt, schleift allmählig die Energie ab, mit welcher der Mensch sich den Mißbräuchen und Vorurtheilen entgegenstellen sollte, nach hundert Jahren organisirt sich eine neue Ordnung der Dinge, und doch sollen die alte Gesetze und Rechte die nemliche bleiben. Diefß streitet gegen die Vernunft. Ist dann nicht alles Menschensatzung, und diese ein Ausdruck der jedesmaligen Kulturstufe des geistigen Vermögens des Menschen? Sollten wohl jene, die die alte Gesetze und Rechte schaften, weiser und besser gewesen seyn, als die weiter sich entwickelnde Nachkommen? Heißt das nicht seinen Verstand abschwören und die Autorität zum alleinigen Richter über Vernunftbegriffe setzen? Revision aller Rechte und Verträge, überhaupt Reformation der socialen Ordnung ist ein Vernunftrecht.

§. 78.

B. Öffentlichkeit.

Publizität ist eines der wichtigsten Vernunftrechte;

1) Oeffentlichkeit der allgemeinen Verhandlungen.

Treue und Glauben, Vertrauen, Liebe und Willigkeit der Völker sind die Früchte der Publizität. Nichts hebt den Bürgersinn mehr und die Vaterlandsliebe als die Oeffentlichkeit derjenigen Verhandlungen, die um seine Angelegenheiten geführt werden; die klare Einsicht in die Gründe und Gegengründe, welche Vortheile und Nachtheile abwägen, ist der beste Bürge des gesetzlichen Willens. Nur da, wo der Mensch nicht weiß, was nöthig zur Ordnung und Ruhe ist, spiegeln sich ihm seine Begierden und Leidenschaften unter dem Scheine des Vortheils und Gewinnes vor, er faßt Unwillen über die Staatslasten und ist auf jede Gelegenheit bedacht, sie abzuwerfen. All diesem Uebel begegnet nur die Oeffentlichkeit. Der Eigennutz, die Bosheit schleicht im Dunkel, die Politik, wann sie schlimme Plane schmiedet, entzieht sie dem Licht des Tages, und daher rührt auch das ewige Mißtrauen, das unverständige Bekritteln, die Abneigung und Herabwürdigung der Vorgesetzten.

2) Oeffentlichkeit der Justiz.

Gegen die geschworne Gerichte, ihre Oeffentlichkeit und das mündliche Verfahren derselben sind schon viele Schriften gewechselt, aber keine Gründe reichen hin, dieses Vernunftrecht

noch länger abzuweisen. Breitet nicht die Asträa ihren Sternenmantel über alle Bewohner des Himmels aus, warum sollte sie auf der Erde nicht mit heiterer Stirne vor den Völkern erscheinen dürfen? Es gibt eine Winkeljustiz, die wie der Wurm in vermoderten Acten umwühlt, und in ihrem tausendjährigen Rechtsgespinnste die Beute, die sich da fängt, allmählig aussaugt, bis nichts als die leere Hülle zurückbleibt. Man könnte fragen, ob der hundertjährige aber nach strengen Rechtssätzen gewonnene Proceß nicht ein weit größeres Unrecht ist, als der im ersten Jahr durch Anwendung fehlerhafter Rechtssätze verlorne Proceß? Eben so könnte man fragen, ob denn auch das Recht sey, daß die Kosten, um Recht zu erhalten, den Werth des Rechtsobjects ums drei- und vierfache übersteigen können, so daß es scheint, die Rechtsverwaltung sey eine Leihbank, in der das Recht zu Capital angeschlagen hundertfältige Prozente trage.

Die wahre Justiz muß öffentlich, unentgeltlich und in mündlichem Vortrage geschehen. Da kann sich der schlichte Rechtssinn gegen die Rechtsverdrehungen und Chikanen halten und seinen Triumph vor den Zuschauern des Volks feiern.

Soll das Recht der Sittlichkeit sich annähern, so muß der innere Friede und die Einigkeit das erste Gesetz des Staats seyn, und seine vorzüglichste Anstalt muß auf Erhaltung desselben abzielen.

Diese Anstalt sind die vom Volke gewählte Friedensrichter, die den Streit in seiner Geburt zu ersticken und die Parteien zu vermitteln suchen. Heinrich Kefsler hat in seiner Abhandlung über Staatsorganisationen hierüber schöne Ideen geäußert. Die Händel abschneiden, bringt Ruhe und Frieden in das Herz des Menschen; sie hingegen nach langer Dauer durch Rechtssprüche beschwichtigen, läßt immer für einen Theil Reue, geheimen Groll und Beeinträchtigung des Vermögens zurück. Jeder Rechtshandel ist in seinem Entstehen einfach, wird erst verwickelt durch die Umstände, durch Dazwischenkunft fremder Antriebe und durch verschiedene Wahl der Rechtsätze. Man helfe, wo der Schaden noch klein ist.

3) Oeffentlichkeit der Verwaltung.

Die Einführung der Civillisten hebt die größte Schwierigkeit, welche der öffentlichen Rechenschaft im Wege steht, und läßt um so eher erwarten, daß dieses schöne Volksrecht überall in Ausübung komme. Wie es keinen König ohne ein Volk gibt, so gibt es auch keinen Staat ohne Steuern und Abgaben; dieß ist wohl auch dem Volke verständlich. Aber da nach dem Normalrecht jedem, der sein Realeigenthum durch Fleiß und Arbeit, Industrie und Kultur verbessert, auch ein Recht auf den Ertrag zusteht, und eben dieser Ertrag in einem aliquoten Theil vom Staate in Anspruch genommen wird, so kann auch je-

der verlangen, daß der Administrator desselben ihm öffentliche Rechnung ablege. Die Verbindlichkeit des Volks zu zahlen, rührt aus dem Recht des Staats, seine Bedürfnisse zu decken, aber dagegen rührt die Verbindlichkeit des Staats, öffentliche Rechnung abzulegen, aus dem Ertragsrecht des Volks her; hiezu kommt aber noch das Vernunftrecht der Oeffentlichkeit überhaupt. Die Geheimnisse der Cassen, die scheinbar-willkürliche Verwendung erzeugen beständiges Mißtrauen und in dessen Folge auch den übelsten Willen zu den Leistungen. Nur die Oeffentlichkeit der Rechnungen kann ihm abhelfen.

§. 79.

C. Oeffentliche Meinung.

Oeffentliche Meinung ist ein Vernunftrecht, das einer ganzen Nation zusteht. Sie äußert sich theils in dem allgemeinen Wahl- und Stimmrecht, wo gewöhnlich auf gewisse Eigenschaften der zu wählenden Subjecte gesehen wird, theils in den Privaturtheilen großer gesellschaftlicher Cirkel über allgemeine wichtige Angelegenheiten und Anordnungen des Staats und der Staaten, in welchen gemeiniglich der volksthümliche Charakter beachtet wird, theils in wissenschaftlichen Ansichten über den politischen Stand der Sachen und in Critiken derselben.

Die öffentliche Meinung hat nur einen Werth

bei einem politisch - gebildeten oder sich bildenden Volke, wo jeder sich als ein Glied des Ganzen fühlt, und über die allgemeine Angelegenheiten reflectirt. Ihre Wirkungen treffen wir noch sparsam unter den Völkern vertheilt an; bei den Engländern und Nordamerikanern ist sie schon lange herrschend geworden, bei den Franzosen ist sie im Gedeihen, bei den Deutschen nur im Keime, aber der Keim verspricht Blüthe und Frucht. Bei den Deutschen ist ein noch zu großer Abstand zwischen dem Gelehrten, Politiker und dem Volke. Wir besitzen einen Haufen politischer Blätter, aber nur wenige aus dem Volke nehmen Theil daran. Es gibt überall vier Classen von Menschen, welche in dieser Hinsicht zu betrachten sind:

1) Der Pöbel. — Dessen Urtheil ist Unvernunft und verdient keine Rücksicht, es ist die Classe, die überall unzufrieden ist, wo sie keinen Vortheil sieht.

2) Die Honoratiorschaft. Davon möchte ich nur einen Drittheil zu den Stimmen zählen, welche das wahre Interesse erkennen, das in der öffentlichen Meinung sich kund thun soll. Es sind größtentheils Staatsdiener, die sich gern in einen Kontrast mit dem Bürger stellen, und wenn auch nicht royalistisch, doch aristokratisch denken.

3) Die mittlere Bürgerclasse. Diese

bildet die Majorität der öffentlichen Meinung, sie fühlt am meisten, was das Volk bedarf, sie kennt das Zeitinteresse und zugleich die Mittel, das Rechte und Angemessene zu finden, sie haßt den Umsturz und will blos Abstellung der Mißbräuche und Verbesserung der Mängel. Wenn auch ihr Gesichtspunct weit entfernt ist, die Gründe einer Staatsverwaltung zu verstehen, so haben sie doch einen sichern Takt, die gute oder schlimme Anordnungen in Beziehung auf das Volkswohl zu beurtheilen. Zugleich liegt die Kraft, der Reichthum und der Wohlstand der Nation in ihr und dieß entfernt sie von den anarchischen Umdrieben des Pöbels eben so weit als vom Despotismus. Diese Bürger sind zugleich die bessere Wächter für diejenige, die ihr Interesse besorgen, und ihre Stimme spricht in der Wahl des Subjects zugleich am besten die öffentliche Meinung aus. Diese Stimme sollte jede Regierung sorgsam vernehmen, und nicht als ein leeres Geschwätz von der Hand weisen.

4) Die politische Schriftsteller, Zeitungsschreiber und Journalisten. Sie sind die Herolde der öffentlichen Meinung und ihr Einfluß ist, wenn er auf ein gelehriges Volk trifft, nicht unbedeutend. Uebrigens darf die gegenwärtige Epoche, die aus allen vier Winden hervorbläst, nicht zum Muster genommen werden. Die tausend Meinungen verwirren, die kräftige und ver-

nünftige Stimme der Einzelnen wird vom Geschrei der Vielen übertäubt und das gesunde Urtheil geht in der Seichtigkeit der Uebrigen unter. Alles soll gelesen seyn, damit ja immer der Spreu bei dem Kern bleibe. Wer das Lesen zum Zeitvertreib macht, kann nie zur Erkenntniß des Wahren kommen, und wird nie aus dem Gewirre sich herausfinden. Es bedarf nur vier oder fünf Männer, welche in antagonistischem Wettkampf einander gegenüber stehen. Diese sprechen dann eine bestimmte Tendenz aus, die der Prüfung des Publikums sich darbietet, und zur bestimmten Wahl der einen oder andern Meinung auffordert; wohin nun die meiste Stimmen fallen, das ist die öffentliche Meinung. Ohne Zweifel wird das deutsche Publikum, wenn es sich einmal müde gelesen hat, auch an die Musterung des Zeitungs-Heeres denken, die kraftvolle auslesen, und die Schwächlinge untergehen lassen. Der gegenwärtige politisch-literarische Zustand hat viel Aehnlichkeit mit dem, was man im Kriegsstand die Freibeuter nennt. Sie streifen die Kreuz und die Quere durch, beunruhigen die entfernteste Gegenden, bringen überall Furcht und Schrecken hin, drohen überall mit Plünderung und Tod, und am Ende ist durch sie gar nichts entschieden. Wie im Krieg so auch hier bricht nur die Tendenz der Kernmasse durch und entscheidet den Sieg der öffentlichen Meinung.

§. 80.

D. Censurfreiheit.

Sehr nahe verwandt mit der öffentlichen Meinung oder vielmehr einander bedingend, ist die Censurfreiheit.

Die Gedankenmauth schreibt sich von den Finsternissen des Pfaffenthums her; denn — es war ein natürlicher Schluss, dafs, wenn der Mensch nur durch das einzige Thor, wozu der Nachfolger Petri den Schlüssel hat, passiren sollte, man überall sonst Barrieren anlegen mufste, um die Nebenwege abzuschneiden. Es war aber hiebei ein kleines Versehen; denn, da Gott seine Sonne über Gerechte und Ungerechte, über Fromme und Gottlose auf gleiche Weise scheinen läfst, so wollte Er eben damit andeuten, dafs es keine Barrieren für sein Licht gebe. In des Vaters Hause sind viel Wohnungen und mitten in diesen Wohnungen leuchtet die göttliche Sonne, der Sohn — das ewige Wort der Liebe, das nun durch sein Evangelium für immer ein offenes und kein durch ein Thor verschlossenes ist. Es gibt keine Banner des Gewissens, keine Inquisitoren des Glaubens, keine Mauthgerichte des Geistes, und keine Zolltarife der Sünden, sondern nur weise Lehrer und sanfte Ermahner jenes lebendigen Worts. Wer es vernimmt und in sich wirken läfst, wandelt von selbst den rechten Weg, — und eben dieses Wan-

deln muß das freie Verdienst der Vernunft seyn. Das ist das Wahre, daß erst dann, wenn der Gedanke seine höchste Freiheit erreicht, die himmlische Dreifaltigkeits-Blume: Glaube, Liebe und Hoffnung aus ihm hervorsproßt. Wer daher den Himmel und das geoffenbarte Wort für die wichtigste Angelegenheit des Menschen hält, muß ihm auch die Freiheit des Gedankens lassen, ohne welche jenes keinen Werth hat. Die freie Vernunft ist die Gabe Gottes gleich wie das Licht seiner Offenbarung, beide Geschenke können einander nicht widersprechen, und nur die Unverständigen, die keine Freiheit des Gedankens haben, finden Anstoß und Widerspruch. Wer die Gabe reicht, will auch ihren vollen Gebrauch, und was Gott will, das werden die Menschen auch wollen. Wen fürchten sie dann — die Mächte des Censurzwangs? Der böse Vorsatz, die Bosheit und der Verrath scheuen das Licht des Tages, und brüten im Finstern, diese verlangen keine Freiheit der Censur. Für wen soll der Zwang noch gelten? Etwa dem, der das, was man den Menschen aufdringen will, nicht weise und nicht gut findet? Es mag seyn, daß ein Irrthum darunter steckt; aber überall leiten die begangenen Irrthümer zum Aufsuchen der Wahrheit. Wer Aufruhr predigt, verführt das Volk, — das ist wahr, aber wo die Censur frei ist, da müssen alle diese Menschen mit Schande abziehen; denn wo die

Freiheit der Meinung geachtet ist, da ist auch die Freiheit der Person sichergestellt, und bei dieser ist kein Aufruhr möglich. Nur ein Sklavenvolk hilft sich durch Aufruhr, ein freies Volk achtet die Gesetze. Nur im einzigen Falle, wenn erwiesen wäre, daß das Volk noch nicht reif zur Freiheit, noch unmündig zur Erkenntniß der Wahrheit ist, möchte Censur und geistige Vormundschaft, aber mit weisem Maas geordnet, räthlich seyn. An sich betrachtet aber ist die Freiheit des Gedankens und die aus ihm entspringende öffentliche Meinung das schönste Vernunftrecht.

E. Schule und Kirche.

§. 81.

Zur intellectuellen, sittlichen und religiösen Bildung hat jeder Mensch ein Vernunftrecht. Da die Grundverhältnisse derselben zur Persönlichkeit gehören, so gehört ihre Entwicklung schon zu den natürlichen Ansprüchen des Menschen. Da aber zur Bildung derselben gewisse Methoden und Anstalten erforderlich sind, so hat der Mensch auch ein Recht zu diesen Methoden und Anstalten und diese Anstalten sind Schule und Kirche.

Die zeitliche Bestimmung des Menschen soll so gut als möglich ausgefüllt werden, sie besteht in der Brauchbarkeit zum socialen und bürgerlichen Leben und in der Ausbildung der intellectuellen Fähigkeiten in Gewerbe, Stand, Amt,

Beruf, dieß muß hauptsächlich die Schule leisten. Aber ein wichtigeres Interesse faßt Religion und Sittlichkeit in sich. Es ist nicht genug, daß der Mensch bloß die intellectuelle Fähigkeiten zum Bürger ausbilde, er soll auch die Tugenden desselben üben, und mit der Brauchbarkeit auch Treue, Redlichkeit, Biederkeit des Worts und Patriotismus verbinden, und diese Verknüpfung ist ein Theil der sittlichen Erziehung; aber noch wichtiger ist die religiöse Bildung. Sie hat den Zweck, den Menschen über den bürgerlichen Mechanismus hinaus zu führen, und seine Bestimmung für die Ewigkeit klar und durch die Klarheit werth und theuer zu machen. Dieß leistet die Kirche und zwar für Uns die christliche. Insofern hat der Mensch ein Vernunftrecht zu Erziehung und Bildung durch Schule und Kirche.

§. 82.

Vernunftrechte finden überhaupt nur da statt, wo schon wahre Staatsverhältnisse sich organisirt haben, und der vorgerückte Culturgrad schon höhere Ansichten als die rechtliche entwickelt hat. Wo können wir Reformation des Alten, Oeffentlichkeit in ihren verschiedenen Zweigen, Pressfreiheit, Erziehungs- und kirchliche Anstalten anders suchen, als bei Völkern, die sich schon ganz zu einer nationalen Selbstständigkeit erhoben haben? Vernunftrechte sind allgemein und

beziehen sich immer auf das Ganze, während die übrige Rechte sich entweder nur auf Privat- oder bürgerliche Verhältnisse beziehen. Daher treten sie auch erst dann hervor, wenn der Mensch als Glied des Ganzen sich fühlt, und in diesen Ansprüchen klar wird. Lange mögen die Regierungen im Wahn seyn, daß solche Rechte, welche die Nationen früher nie besessen hätten, denselben auch jetzt noch verweigert werden könnten, aber sie irren sich; solche Rechte, wie die Vernunftrechte, tragen die Dokumente in sich selbst und lassen sich weder von juridischen noch historischen Deductionen abweisen. Wie eine Nation auf die Stufe sich erhebt, wo die Nationalität eine Stimme erhält, da wird eben das Vernunftrecht das stärkste, und geht mit jugendlicher frischer Kraft jeden Wettkampf ein. Die positive Gesetzgebung ist das eigentliche Gebiet für die Vernunftrechte.

E. V e r f a s s u n g.

§. 83.

Verfassungen werden der Autokratie oder dem willkürlichen und uneingeschränkten Monarchismus entgegengesetzt. Jede Verfassung soll die Rechte des Volks, der Stände und des Regenten durch Normen bestimmen, und diejenige Proportion unter denselben suchen und festsetzen, welche dem Wohl des Staats am angemessensten

ist. Alles Uebrige, was zur Verfassung gehört, ist entweder nur die Methode, um die beste Proportion zu suchen, oder es betrifft die Anknüpfung des Rechtszustandes mit den höhern angränzenden Verhältnissen, wie z. B. dem sittlichen und religiösen. Dieses beides gehört ausschliesslich der Vernunft, und wie diese in ihrer Entwicklung zu dieser Stufe gelangt, so hat sie auch das Recht dazu. Das Vernunftrecht bezieht sich nicht nur auf Verfassung, sondern auch auf eine gute Verfassung. Nun bestimmt aber das Normalrecht vermittelt des Rechtsprinzips bloß: „daß die Handlung des Einzelnen mit der äufsern Freiheit, Gleichheit und Sicherheit aller in Uebereinstimmung stehen solle,“ die Methode aber, wie dieses am besten geschieht, ist dadurch noch nicht bestimmt, und eben dieß ist Sache der Einsicht der Vernunft und der vorgerückten Kultur. Es gibt viele Verfassungen, die ihrem Zeitalter in Gebräuchen, Sitten, Gewohnheiten und überhaupt der Receptivität der Völker sehr genau anpassen, aber eben daher in einem spätern Zeitalter und bei anderer Receptivität nichts mehr taugen; dieß alles zu bestimmen, gehört dem Vernunftrecht,

§. 84.

Wo alte Verfassungen sind, da folgt das Recht dazu schon aus dem vorhergegangenen Vertrage als *jus quaesitum*.

Wie aber jedes alte erworbene Recht dem Vernunftrecht der Revision oder Reformation nach Jahrhunderten unterworfen ist, so muß auch eine alte Verfassung dasselbe anerkennen. Findet die Vernunft Einsicht, daß das Alte heute noch taue, so mag es bleiben, sind aber die Verhältnisse verändert, so muß es auch neue Modifikationen annehmen. Es bleibt denn bloß das Recht zum Vertrage stehen, ob dieser Vertrag aber auf die alte Bedingungen oder auf neue geschlossen werden solle, das entscheidet die Vernunft Einsicht. Im Politischen kann ein alter Vertrag nur solange dauern, als die Verhältnisse dauern, welche als wesentliche Bestimmungen in den Vertrag eingegangen sind.

§. 85.

Wo hingegen noch keine Verfassungen sind, da sollen sie nach dem Vernunftrecht eingeführt werden. In der Evolution des rechtlichen Grundverhältnisses kommt immer eins um das andere an die Tagesordnung. Aus den Elementen bilden sich Producte, und aus den Producten Combinationen, bis die letzte Synthese die Reihe schließt. Mehr oder weniger ist dies der Gang menschlicher Entwicklung. Sind im Civilrecht alle Privatverhältnisse bestimmt, im Staatsrecht alle Verhältnisse zwischen Einzelnen und Ganzen wechselseitig, so kommt die Reihe auch noch

an die Bestimmung der Verhältnisse des Volks als einer kollektiven Einheit mit der Regierung als der Trias der gesetzgebenden, richtenden und ausübenden Kraft. Diese Verhältnisse zusammengenommen, nennt man Verfassung — und erst sie vollendet das Rechtsgebäude des Staats.

Das Recht zu Verfassungen geht aus der Vernunftentwicklung des Volks hervor. Solange ein Volk nicht zu dieser Stufe gekommen ist, solange ist auch kein reiner Verfassungs-Vertrag mit ihm zu schließen. Was auch die Cosmopoliten sagen mögen, das Volk hat wie das Kind und der Knabe seine unmündige Periode, wo ihm weder persönliche Freiheit, Gleichheit und Sicherheit anzuvertrauen, noch ein Vertrag mit ihm abzuschließen ist. Wo noch kein allgemeines Interesse im Volke lebt, und der persönliche Egoismus alles verschlingt, wo noch keine Einsicht ins Ganze ist, kein eigener Trieb zur Ordnung auffordert, das Recht noch den strengen Zwang nöthig und nicht zur freien Ueberzeugung sich erhoben hat, da würde die persönliche Freiheit in Volkswillkür und Zügellosigkeit, die Gleichheit in Anmassung und Bürgerstolz und die Sicherheit in Ungehorsam und Verachtung der richterlichen und ausübenden Gewalt übergehen, und es müßte Anarchie und Auflösung dem Staate drohen. Und da ist auch kein reiner Verfassungsvertrag zulässig. Erst, wenn das Volk, wie der vom

väterlichen Hause freigelassene Sohn, selbstständig und vernünftig und innerlich selbstgesetzgebend geworden ist, kann ihm die äußere Freiheit und Mitsprache zu allgemeinen Angelegenheiten anvertraut werden. Der Cosmopolit übersieht leicht den Unterschied der Frage: „wie eine „Verfassung der Idee nach seyn sollte, und wie „sie der Rezeptivität des Volkes nach seyn sollte?“ Jene ist das Ziel, wozu diese den Weg angibt. Alle Versuche sind bisher gescheitert, mit der Bildung und Aufklärung des Volks auf einmal einen Sprung zu machen. Es ist dieß ein sehr langsames Werk und der Rechtsfreund muß zufrieden seyn, wenn es nur vorwärts geht. Daher kann jedes Volk durch eine Stufenreihe von Verfassungen hindurchgehen, die es alle vorwärts bringen, ohne jedoch das Ideal der Verfassung zu erreichen. Solange das Volk unmündig ist, kann selbst der milde Despotismus bildend für dasselbe wirken und seiner Rezeptivität angemessen seyn. Wer könnte einem noch nicht verständigen Volke wohl die Gesetzgebung, die Administration in die Hände geben? Wer könnte es ohne Zwang und Zuchtmittel regieren? Wer könnte sich auf seine Einsicht und freie Ueberzeugung verlassen?

Daher ist auch das Vernunftrecht zur Verfassung an die Bedingung der Vernunftentwicklung geknüpft, und dazu müssen die Kriterien auch vorhanden seyn. Werfen wir einen Blick auf die

gegenwärtige Nationen in Europa, so möchte ich nie rathen, Einer wie der Andern eine gleiche Verfassung zu geben. — Und hierin besteht eben die Kunst großer Staatsmänner, alle die Bildungsmittel zu organisiren, welche gerade der Receptivität des Volkes angemessen sind. Will man alte Gewohnheiten, Gebräuche, Vorurtheile und Aberglauben ausrotten, welche das hemmende Prinzip sind, so kann dieß nie mit Erfolg geschehen, wenn nicht zugleich der gute Saamen gepflegt wird, der dem Unkraut die Nahrung entzieht. Auch der Staatsmann ist nichts anders als Pädagog, aber nicht für die intellectuelle und wissenschaftliche, sondern für die rechtliche Seite des Volks.

§. 86.

So wahr es ist, daß jede Verfassung sich der Receptivität und Bildungsstufe des Volks anpassen müsse, so wahr ist es auch, daß jetzt der Zeitpunkt eintrete, in welchem sich die Völker Deutschlands zum Vernunftrecht entwickeln. Sie fordern, wie die freigelassene Söhne, ihre Unabhängigkeit von Vormundschaft. Sie treten in alle Rechte des Bürgers ein, der als Glied des Staats auch eine Mitstimme in den Volksangelegenheiten hat. Es ist nicht mehr die Furcht, der Nimbus, der Adel, der Glanz, die Pracht des Hofes, was das Gemüth der Völker zur Unterwürfigkeit und zum Glauben an höhere Kräfte und

Eigenschaften stimmt. Das Volk ist über diese Meinungen hinausgewachsen. Jetzt will sich die Achtung vor dem Gesetz an die Stelle des blinden Gehorsams vor dem alleinigen Willen setzen, die Liebe will ihr Recht behaupten und der Furcht keinen Raum mehr gestatten, die vaterländische Tugenden wollen nicht am militärischen Zwang sich erziehen, sondern an freier Verfassung sich bilden. Nur dem weisen und gerechten Regenten, der Strenge mit Milde verbindet, und dem Gesetz seine Kraft gibt, wird künftig das Volk aus freiem Gehorsam gehorchen, und diejenige Ehrfurcht zollen, die früher die in Pracht und Glanz verhüllte Grösse für sich forderte. Gehorsam, Achtung, Liebe, Vertrauen, Ehrfurcht bleiben wie vorher, aber sie verlangen andere und bessere Eigenschaften, wie vorher. Diefs ist der Bestand der Vernunftentwicklung zu Verfassungen.

Möge ja der Staatsmann sich nicht darin verrechnen, dafs er die alte Zeit zum Maasstab für die neue nehme. Es sind Dinge vorgegangen, welche den früheren Jahrhunderten fremd blieben. Es gibt eine schnelle und eine allmähliche Evoluzion, die sich zu einander verhalten, wie Geburt und Wachsthum. Wenn aus der Mutter-Schoos ein neues Leben hervorgeht, so ist diefs etwas ganz anders, als das allmähliche Wachsthum dieses Lebens. Der Kerker ist auf

einmal gesprengt, das Kind steht auf einmal frei im Universum, die vorher ungekannte Thätigkeit der niedern Functionen der Seele kommen auf einmal zum Bewusstseyn, lauter neue Verhältnisse, neue Reize, neue Begierden und Triebe entwickeln sich, während bei dem allmählichen Wachsthum nur immer Neues ans Alte sich ansetzt, der ganze Kreis der Verhältnisse sich nur erweitert und vermehrt, aber nicht in seinem ganzen Bestand sich verändert.

Unsere gegenwärtige Zeit gleicht weit mehr der Entwicklung durch Geburt als der durch Wachsthum. Eine 25jährige Periode, welche dazu geschaffen war, alle alte Gewohnheiten, Gebräuche und Vorurtheile auszutreiben, die Bequemlichkeit der Menschen, — das ewig träge Prinzip — aufs tiefste zu erschüttern, und überhaupt alle gesellige Verhältnisse umzugestalten, hat auch im Gemüthe des Volks die Rechtsidee aufs neue befruchtet, und ihre Frucht heist Verfassung. So ist nun der Ruf nach Verfassungen laut geworden in allen Völkern, die in den großen Streit sich mischten und das Vernunftrecht, das dem Privat- und Staatsrecht seine Vollendung gibt, ist nun zur öffentlichen Sache geworden. Wer die Kraft der Vernunft kennt, wird auch wissen, dafs, wenn sie einmal erwacht ist, jeder Versuch fehlschlage, sie einzuschläfern oder zum Schweigen zu bringen.

Vergleichung der aufgezählten Rechte.

§. 87.

A) Die angeborne Rechte kommen ohne Zweifel an die Spitze aller Rechte zu stehen. Wie der Mensch als bloßes Naturwesen, d. h. in seinem aussersocialen Stand, wie es das Kind in Mutterleib ist, in den socialen Stand, was durch Geburt geschieht, aufgenommen ist, so hat er das Recht zu leben und das Leben zu unterhalten. Das Leben ist eigentlich das Subject aller Rechte, sie mögen Namen haben, welche sie wollen, und kann durch kein anderes Recht aufgehoben werden. Daher hat auch die Vorsehung weislich gesorgt, daß das Leben nicht an Rechtsverhältnisse, sondern an Liebespflichten geknüpft ist, und daß hierin der rohe Insulaner mit dem kultivirtesten Bewohner auf gleicher Stufe steht. Der mütterliche Trieb, das Leben des Kindes zu erhalten, geht allem voran, und erst, wo dieser fehlt, kommt das Geburtsrecht des Kindes zum Lebensunterhalt (*jus vitae sustentationis*) zur Sprache, und der Staat oder jedes Individuum desselben, wenn er nicht durch die säugende Löwin und Wölfin übertroffen seyn will, muß seine Amme seyn. Der Wahn, daß der Mensch zum Richter über das Leben des Menschen sich aufwerfen könne, zeigt sich hier in seiner Nichtigkeit. Wohl kann das Recht das entziehen, was es gibt, nemlich alle die sociale Verhältnisse, nie

aber das Leben selbst, das kein Product des Rechts sondern der ewig zeugenden mütterlichen, von Gottes Hauch belebten Natur, und vielmehr das Subject aller Rechte ist.

Aus gleichem Boden entspringt auch das Ansiedlungsrecht (*jus incolatus*). Nur kann dieses, wenn es mit dem Recht des Lebensunterhalts der Andern in Collision kommt, seine Ansprüche nicht verfolgen, sondern muß jenem den Primat zuerkennen.

Das dritte Recht, das hieher gehört, ist das Selbstvertheidigungs-Recht. Jeder, der auf Leben und Tod angegriffen wird, ist im Augenblick durch den Angreifer und mit ihm in den aufsocialen Zustand versetzt, und kein socials Rechtsgesetz kann ihm Regeln seines Verhaltens mehr vorschreiben, oder ihn auf gewisse Mittel, sich zu helfen, beschränken. Er hat hier keine andere Rechenschaft zu geben, als seinem Gewissen.

Diese drei Rechte könnte man, weil sie durch das ganze Rechtsgebiet unbedingt erscheinen, uneingeschränkte Rechte (*jura illimitata*) nennen.

§. 88.

B) Die wesentliche Rechte ruhen alle auf der im socialen Stande festgegründeten Persönlichkeit. Freiheit, Gleichheit und Sicherheit sind wesentliche Attribute der Person; wer-

den sie in das rechtliche Gebiet übergetragen, so bilden sie die Grundsätze desselben. Nicht jeder sociale Stand der Menschen hält sie entwickelt, aber, wie wir abgesehen von allen socialen Verhältnissen den Menschen auf den mittleren Normalstand reduzieren, um für alle mögliche Rechtsverhältnisse die Einheit eines Maasstabs zu finden, so treten sie unmittelbar heraus, und machen sich als Recht persönlicher Freiheit, Gleichheit und Sicherheit geltend.

In ihrer Dignität folgen sie unmittelbar auf die uneingeschränkte Rechte, und könnten, da jede Person sie auf gleiche Weise anzusprechen hat, allgemeine oder wesentliche Rechte (*jura universalia seu essentialia*) genannt werden.

Die Frage, die man hiebei machen könnte, wie es komme, daß im Menschen gerade seine wesentliche und zugleich vorzüglichste Rechte, die doch mit der Persönlichkeit so innig verwachsen sind, so spät zur Ansprache kommen, habe ich in der historischen Entwicklung des Rechtsbegriffs beantwortet. Wie jedes Individuum aus seinen Elementen heraufwächst, in seinem frühern Perioden Leitung, väterliches Regiment, Vormundschaft nöthig hat, und ebendaher nicht selbst seiner Rechtsansprüche fähig ist, sondern dieselbe den Erwachsenen und Selbstständigen übertragen muß, so auch die Völker. Auch sie fangen von den Elementen an, gehen verschie-

dene Grundverhältnisse durch, brauchen Leiter, Erzieher, Vormünder, Pfleger, bis ihre Persönlichkeit auf jene Stufe sich entwickelt, wo sie zur Kenntniss ihrer wesentlichen oder allgemeinen Rechte gelangt. Die Menschen leben anfangs isolirt in Familien, dann in Stämmen, Völkern und zuletzt in Nationen, und wie sie hiebei ihre sociale Verhältnisse erweitern, so generalisiren sich auch ihre Rechte.

§. 89.

C) Den dritten Rang nehmen die erworbene Rechte (*jura quaesita*) ein. Diese sind zwar der Zeit ihrer Entstehung nach die frühere in der Geschichte der Völker, aber der Dignität nach müssen sie den wesentlichen, so wie sie zur Ansprache kommen, nachstehen. Es ist dieß der natürliche Gang des Lebens. Das Kind bildet seine besondere Begriffe weit früher aus als seine Allgemeinbegriffe. Lange hält sich der Mensch an die Accidenzen und die Erscheinungen, ehe er die substantielle Verhältnisse und Gesetze derselben kennen lernt. Hat er sie aber einmal erkannt, dann kann nicht nur diese Erkenntniss nicht mehr ausgetilgt, sondern sie muß immer vermehrt und vervollkommnet werden. Wer vermöchte wohl den Menschen, seine einmal erlangte Erkenntnisse aufzugeben, und die Evidenz seiner Sätze für Irrthum zu halten? Auf gleiche Weise läßt sich

der Mensch den einmal genommenen Standpunct in seinem Rechtsverhältniß nicht mehr nehmen. So mag es allerdings seyn, daß die besondere oder erworbene Rechte der Zeit nach früher sind, aber dieß hindert nicht, daß die allgemeine oder wesentliche Rechte sie an Dignität und Evidenz weit übertreffen.

§. 90.

Erworbene Rechte sind solche, welche nicht jeder Persönlichkeit an sich zukommen, sondern durch irgend einen besondern Willensact zur Persönlichkeit hinzugefügt werden. Ist dieser besondere Willensact von der Art, daß er gegen ein wesentliches Recht streitet, daß er entweder die Freiheit, die Gleichheit, Sicherheit der Person oder Eigenthum antastet, so muß er auf irgend eine Weise seine Rechtskraft beschränken oder verlieren. Dieß ist immer der Fall im lästigen Vertrag, wo entweder die Dienstbarkeit so groß ist, daß die Person bloß auf Sustentation ohne möglichen Erwerb beschränkt ist, oder die Frohnen so lästig sind, daß der Anbau des Eigenthums darunter leidet, oder die Abgaben so stark sind, daß der größte Theil des Ertrags davon absorbirt wird, oder wo eine Ungleichheit des Gesetzes, privilegirte Gerichte und eine willkürliche Behandlung der Unterthanen statt findet.

Alle diese angegebene Fälle widerstreiten den wesentlichen Rechten der Persönlichkeit und müssen, wie der Mensch dem Normalrecht in seiner Entwicklung näher rückt, mildernde Bestimmungengründe aufnehmen, d. h. die *pacta onerosa* müssen in *pacta mutua* verwandelt werden, welche allein mit den wesentlichen Rechten bestehen können.

Da alle erworbene Rechte sich nur auf bestimmte Personen beziehen, so könnte man sie auch besondere Rechte (*jura particularia*) nennen.

§. 91.

D) Den vierten Rang nehmen die zufällige Rechte ein. Diese beruhen weder auf einem Vertrag, noch gehören sie der Persönlichkeit an, sie haben vielmehr ihre Entstehung besonderen Umständen, zufälliger Gunst des Geschickes, eingeschlichenen Gebräuchen, Gewohnheiten, Observanzen zu danken. Da alle diese Dinge auf keinen förmlichen Willensact sich gründen, die Leistungen oft nur auf die Individualität einer Person oder Familie sich beziehen, und aus Gutmüthigkeit fort dauern, Gebräuche, Gewohnheiten aber nach Belieben verändert werden können, so ist kein förmliches Recht daraus zu

folgen. Diese Rechte könnte man einzelne Rechte (*jura singularia*) oder Gerechtsame nennen.

Nie sollte man aus bloßen Observanzen ein förmliches Recht ableiten wollen. Denn nie kann die Zeit als ein empirisches Ding das ersetzen, was dem Willensact an Legalität abgeht.

Auch kann man bei solchen Gerechtsamen nie von einem Besitz sprechen, sondern nur von einem Genuß, der, wie der leistende Theil seine Willfähigkeit zurücknimmt, aufhört. Je nachdem Gründe der Billigkeit vorwalten, mag in diesen Fällen ein Vergleich geschlossen werden.

Nichts scheint mir vager zu seyn, als die Rechtsgründe, die man aus der Dauer des Genusses herhohlen will. Denn gerade die sich immer freier entwickelnde Menschheit vertilgt alle Gewohnheiten und Observanzen, und wenn die Zeit einen Rechtsgrund geben soll, so gibt die neue Zeit, welche den Entwicklungspunct der Menschen aufnimmt, einen weit stärkern, als die alte verflossene Zeit, welche unter ganz andern Verhältnissen da war.

§. 92.

E) Die edelste von allen sind die Vernunftrechte (*jura rationalia*). Sie haben es mit der Vervollkommnung des Einzelnen und des

Ganzen zu thun; sie arbeiten darauf hin, Leben und Bewegung in den ganzen Rechtszustand zu bringen, damit er nie als ein in sich beschlossener Mechanismus stehen bleibe; durch die beständige Revision suchen sie alles Schadhafte und Todte auszutreiben und neue gestählte Triebfedern einzusetzen; durch die Bildung der öffentlichen Meinung wollen sie das Interesse des Einzelnen am Ganzen erhöhen, und den Patriotismus hervorru- fen. Das ganze Normalrecht nehmen sie als Ba- sis auf, suchen aber durch ihren positiven Gehalt dasselbe mit den höhern Grundverhältnissen des Menschen in Uebereinstimmung zu setzen. Sollte wohl über den politisch-rechtlichen Mächten nicht noch eine sittliche Macht stehen, die wie ein ver- söhnendes Prinzip sich zwischen den Streit der Potentaten hineinlegt? Wer soll dann den Streit des Rechts mit dem Recht schlichten, und die Sentenz fällen? Ueberall steht der Richter über den Parteien, wer soll hier Richter seyn? Nur das Vernunftrecht vermag es, insofern es sein Rechtsverhältniß im Sittlichen veredelt und ver- vollkommnet, und seinen Zwang in Liebe, Ei- nigkeit, Verträglichkeit und Zutrauen verwandelt.

§. 93.

Diefs sind die fünf Ordnungen von Rechten, welche durch eigenthümliche Charaktere sich aus-

zeichnen und daher auch eine eigene Exposition verdienen. Nicht alle sind in der positiven Gesetzgebung anerkannt. Die angeborene Rechte sind zum Theil nur leise berührt, zum Theil mit den allgemeinen (absoluten), was ich wesentliche nenne, verwechselt. Die wesentliche Rechte, die zunächst aus der Rechtsidee hervorgehen, sind nicht in ihrer durchgreifenden Wirkung geschätzt, sondern erscheinen nur wie ein problematisches Probestückchen, das der positiven Gesetzgebung zum Versuche dargeboten wird. Aller Werth dagegen wird auf die erworbene Rechte (*jura quaesita*) gelegt, wie wenn der Mensch, ehe ihm die Würde der Persönlichkeit gesichert ist, schon einen positiven Willensact zum Erwerbe haben könnte. Nichts hat den Menschenwerth so tief in das Rechts-Unrecht versenkt, als das Hinaufstellen der erworbenen Rechte über die wesentliche. Denn eben dadurch, daß an den Erwerb eine Menge förmlicher Acte sich knüpfen, sind die erworbene Rechte das Spiel der Förmlichkeiten geworden, — und wenn auch der einfache Rechtssinn noch so klar, das einfache Rechtsgefühl noch so innig sich ausspricht, so muß es sich doch den tausenderlei Begriffen, welche die Förmlichkeiten reguliren, vorher hingeben und sein Schicksal von denselben erwarten. So kommt es, daß eine in ihrer Wurzel leicht zer-

setzbare Sache, um sie recht gründlich an den Rechtssätzen auszuspinnen, zu Actenstöfsen von ungeheurer Gröfse sich anhäuft, die jenes Schicksal hundert Jahre lang ungewifs lassen. Endlich hat der Wurm die Acten gefressen, die Beweisführung hört auf, und die dritte Generation mufs nach einem Jahrhundert zu eben dem Vergleich schreiten, der in der Ungewifsheit des Rechts das erste Jahr weit vernünftiger gewesen wäre. Ein langwieriger Procefs ist die Schmach der Justiz.

Auch die zufällige Rechte werden viel zu sehr von der Rechtspflege in Schutz genommen, und nur zu oft den vertragsmäfsigen Rechten gleich gestellt.

Ganz verkannt aber sind die Vernunftrechte selbst von dem Naturrecht; nie wird der Mensch als ein perfectibles Wesen betrachtet, der zur Bildung und Veredlung an die Rechtsverfassung Anforderungen machen könne. Auch nicht eine leise Ahnung hat die positive Gesetzgebung, dafs sie dem Menschengeschlechte Anstalten schuldig sey, welche es allmählig vom blinden Gehorsam zum freien Gehorchen, vom Rechtszwange zur freien Ueberzeugung und Einsicht fortleiten können. Vielmehr legt sie überall ihre Sperräder in die Zeit ein, und will die Vernunft, die, von

Gottes Hauch belebt, ihre Ideale sich bildet, an die Vergangenheit fesseln.

§. 94.

So verhalten sich die fünf Gattungen von Rechten ihrer Dignität nach, aber anders verhält sich die Zeit ihrer Entwicklung am Menschengeschlechte.

Zuerst zwar kommen die angeborene Rechte, denn sie nehmen am aussersocialen wie am socialen Stande auf gleiche Weise Theil und sind nicht sowohl selbst Rechte als vielmehr die Bedingungen, unter welchen ein Rechtszustand möglich wird. Sie tragen die Nothwendigkeit ihres Daseyns in sich selbst, und man könnte sie daher auch nothwendige Rechte (*jura necessaria*) heißen. Wenn vom Leben selbst die Rede ist, so gilt die Sentenz: „Noth kennt kein Gebot“ (*necessitas non habet legem*). Gesetze können nur Kraft haben im socialen Stande, das Leben aber hat auch seine Kraft im aussersocialen; daher gibt es kein Gesetz für das Leben an sich, sondern nur für die Persönlichkeit in ihren Ansprüchen.

Hat Familie sich zu Familie gesellt, so entstehen gemeinschaftliche Gebräuche, Gewohnheiten und wechselseitige Hülffleistungen, jedoch ohne Verträge und feste Bestimmungen des Ei-

genthums. Die Gunst der Natur, die Gunst des Geschickes, zahlreichere Familie und durch sie vermehrte Stärke, klügere Anwendung der Kraft mag zuerst das Uebergewicht bestimmen, was alsdann zu einem zufälligen Recht (*jus accidentale, singulare*) sich ausbildet, und allmählig durch die Gewohnheit und Länge der Zeit zur Observanz wird. Vorschriften, Rathschläge erben sich fort, und werden Familiengesetz. Aber alle diese Bestimmungen tragen zugleich den Unbestand in sich. Gewohnheiten ändern sich, Observanzen werden lästig, es bilden sich neue Verhältnisse, welche die alte aufheben, die vermehrte Familien vereinigen sich zu einem Stamm, durch die grössere Zahl vermehren sich auch die Störungen, es entsteht Streit, zuletzt Kampf und aus dem Kampf erwächst der Vergleich, indem beide Parteien über die im Streit begriffene Gegenstände übereinkommen. So organisirt sich allmählig Eigenthum und Vertrag und, kommt vollends die Wahl einer dritten Macht zum Richter hinzu, auch die Sicherheit beider. Und nun gehen die zufällige Rechte in Erworbene über, die im Falle des Streits dem Richter zur Entscheidung übertragen werden.

So wächst der Rechtszustand aus seinen negativen Abweichungen allmählig herauf bis zum

Normalstand des Rechts, in welchem dann das sociale Leben in das bürgerliche sich verwandelt und jetzt zum erstenmal in der Würde selbstständiger Persönlichkeit seine wesentliche Rechte gültig macht. Ist dieß einmal geschehen, so nehmen alle vorhergegangene Rechtsarten eine Modifikation von den wesentlichen an, und alle ihre Collisionen werden vertilgt.

In den Republiken, wo der Bürgersinn sich zuerst über alle andere Verhältnisse erhob, sahen wir auch die wesentlichen Rechte der Persönlichkeit zuerst blühen, aber auch sonst nirgends. Ueberall sonst war der Rechtszustand zwischen Sklav und Herr getheilt, und eben dieß kostete den langen und blutigen Kampf, bis das Mittelglied des Bürgers sich in den weiten Abstand hineinschob, und die Gegensätze zwischen Herr und Sklav vermittelte. Die allmähliche Bildung zu Staaten hat auch zugleich das staatsbürgerliche Verhältniß herbeigeführt, und die Vollen- dung desselben ist die Verfassung. Hier ist nun auch der Zeitpunkt gekommen für die Entwicklung der Vernunftrechte, nach welchen der Einzelne sich nicht nur als ein Glied des Ganzen betrachtet, sondern auch für die Bildung seiner höhern Grundverhältnisse die Mittel und Anstalten fordert.



Eschenmayer, Carl A., 1768-1852

Normal-Recht

Bd.: 1

Stuttgart u.a. 1819

Ph.pr. 420 nd-1

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10040435-2